

Thüringen. Besser bleiben.



Regierungsprogramm 2014-2019

GUT. BESSER. THÜRINGEN. 3

GUTE ARBEIT – STARKE WIRTSCHAFT 4

Gute Arbeit für Thüringen	4
Starke Wirtschaftspolitik für unser Land	5
Jobmotor Sozial- und Gesundheitswirtschaft	8
Medienland Thüringen	8
Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft	9

ZUSAMMENLEBEN – IN EINER SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT 10

Familienfreundliches Thüringen	10
Jugend hat Zukunft	12
Aktive Senioren braucht das Land	13
Pflege stärken – Fachkräfte sichern	13
Ärztliche Versorgung sichern	14
Krankenhäuser – nah, modern, leistungsfähig	15
Teilhabe und selbstbestimmtes Leben	15
Opfer respektieren	16
Gleichstellung von Frau und Mann	16
Toleranz gehört zu einem modernen Land	17
Weltoffenes Thüringen – für Vielfalt und Integration	17
Gemeinsam gegen Rechts – für mehr Zivilcourage	19
Soziales und solidarisches Europa	19

LERNEN, STUDIEREN, FORSCHEN – THÜRINGEN INVESTIERT IN DIE ZUKUNFT 21

Frühkindliche Bildung: Unser Land bleibt Spitze	21
Gute Schule zahlt sich aus	22
Berufsausbildung – Die richtige Wahl	23
Auf motivierte Lehrerinnen und Lehrer kommt es an	24
Gute Lehre und exzellente Forschung	24
Bildung geht weiter – lebenslang lernen	27

SICHERHEIT GARANTIEREN – BÜRGERRECHTE VERTEIDIGEN 28

Kriminalität bekämpfen – Sicherheitsbehörden erneuern	28
Bürgerfreundliche Justiz	30
Informationsfreiheit ausbauen – Datenschutz erweitern	32
Verbraucher besser schützen	34

LAND UND KOMMUNEN GESTALTEN – DURCH INFRASTRUKTUR, INVESTITIONEN, INNOVATION 35

Solide Finanzen statt geerbter Schuldenberge	35
Unsere Kommunen: leistungsfähig und bürgernah	37
Zukunftsfähige Infrastruktur entwickeln	38
Energiewende zum Erfolg führen	39

THÜRINGENS VIELFALT ERLEBEN 41

Kulturland Thüringen – Kreativität Freiraum geben	41
Lebensqualität durch saubere Umwelt und Naturschutz	44
Sport – aktiv durchs Leben	45
Tourismus stärken	47

MITGESTALTEN – MEHR DEMOKRATIE WAGEN 48

GUT. BESSER. THÜRINGEN.

Thüringen steht vor der Wahl. Am 14. September entscheiden die Bürgerinnen und Bürger: Wird über Zukunft nur geredet oder wird gute Zukunft in Thüringen gestaltet? Thüringen ist ein starkes Land, es hat eine sichere Perspektive verdient. Dafür wollen wir die nächsten Jahre gut regieren. Die vergangenen fünf Jahre waren für uns erst der Anfang. Der Anfang war erfolgreich, aber ein guter Anfang ist bekanntlich erst die halbe Arbeit. Wir haben noch viel vor und wollen viel tun. Schon Johann Wolfgang von Goethe wusste: „Was immer du tun kannst oder wovon du träumst – fang damit an. Mut hat Genie, Kraft und Zauber in sich.“

Die Sozialdemokratie ist die starke politische Mitte in Thüringen. Und sie hat hier eine ganz besondere Tradition. Seit über 150 Jahren engagieren wir uns für sozialen Ausgleich und gegen die Spaltung der Gesellschaft. Wir wollen ein solidarisches Miteinander auf Basis einer starken und dynamischen Wirtschaft und einer offenen Gesellschaft, die attraktive Aufstiegs- und Entfaltungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe für alle bietet, unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Hautfarbe.

Eine wesentliche Grundlage für ein Leben in einer lebenswerten Gesellschaft ist für uns eine starke Wirtschaft. Starke Wirtschaft heißt für uns immer auch Gute Arbeit – denn dauerhaften Erfolg haben Arbeitnehmer und Arbeitgeber nur gemeinsam. In den vergangenen Jahren hat sozialdemokratische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik den Freistaat stärker gemacht. Wir haben das Prinzip der Guten Arbeit fest in der Wirtschaftsförderung verankert. Im Ergebnis stehen wir bei Wirtschaftswachstum und Investitionen an der Spitze der neuen Bundesländer. Die Arbeitslosigkeit ist heute so niedrig, wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Wir haben eine zukunftsfähige Strategie für eine wettbewerbsfähige Industrie, eine breite Wertschöpfungskette und unseren innovativen Mittelstand. Aber wir verramschen Thüringen nicht als Billiglohnland. Gute Arbeit und steigende Löhne sind nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage ökonomischer Vernunft.

Wir wollen in Thüringen die Solidarität der Generationen als Grundlage eines guten Lebens stärken. Hier sollen alle Generationen gut zusammenleben und füreinander Verantwortung übernehmen können. Familienfreundlichkeit schreiben wir groß. Ein Zukunftsthema ist für uns die Sicherung von guter Pflege, Gesundheitsversorgung, aber auch von Angeboten für Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren. Wir wollen, dass Frauen und Männer in allen Bereichen des Lebens gleichgestellt werden. Als Alt-Thüringer wollen wir Neu-Thüringer willkommen heißen und als Alt-Thüringer den Jung-Thüringern einen sicheren Platz zum Leben bieten. Wir sind stolz auf unser Land, weil wir ein modernes und weltoffenes Bundesland sind. Deswegen engagieren wir uns gegen jegliche Form von Rechtsextremismus und Diskriminierung. Thüringen ist



Heike Taubert,
Spitzenkandidatin der SPD zur Landtagswahl 2014

in den vergangenen Jahren gerechter geworden. Die Armutsquote ist deutlich gesunken. Wir werden mit finanzieller Vernunft für soziale Gerechtigkeit sorgen. Soziale Sicherheit und gerechte Chancen – beides hat für uns Priorität.

Zur Solidarität der Generationen gehört auch, den nachfolgenden Generationen eigene finanzielle Spielräume zu belassen. Wir sorgen dafür, dass die von den CDU Vorgängerregierungen geerbten Schulden und finanziellen Risiken schrittweise abgebaut werden. Unter unserer Regierungsverantwortung ist Thüringen zu einem der erfolgreichsten Länder in der Bildung aufgestiegen. Gute Bildung ist nicht nur eine Schlüsselfrage für die Zukunftschancen jedes Einzelnen. Bildung ist für uns auch eine Frage gesellschaftlicher Emanzipation und ist der Ausgangspunkt für gesellschaftliches Engagement. Bildung darf deshalb nicht mit dem Schulabschluss beendet werden, sondern muss allen Bürgerinnen und Bürgern in allen Altersklassen zugänglich sein. Dafür wollen wir uns einsetzen. Besondere Aufmerksamkeit richten wir dabei auf unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Sie sind Zukunftslabore. Hier entstehen die Ideen von morgen. Mit attraktiven Angeboten locken wir junge, kluge Köpfe ins Land.

Wir wollen ein sicheres Thüringen. Deshalb werden wir die Strafverfolgung verbessern und die Kriminalitätsprävention weiter ausbauen. Sicherheit ist aber nicht nur eine Frage von Polizei und Gefängnissen. Gerade die Thüringer Sicherheitsbehörden müssen generalüberprüft werden. Die Diskussion um den NSU-Skandal führt uns das tagtäglich vor Augen. Wir setzen uns für die Gewährleistung hoher datenschutzrechtlicher Standards ein und lehnen jede Form von geheimer Schnüffelei und Abhörerei konsequent ab. Stattdessen werden wir die Rechte der Bürgerinnen und Bürger stärken. Sicherheit bedeutet für uns auch das Selbstbestimmungsrecht

der Bürgerinnen und Bürger noch stärker zu schützen. Dies gilt auch für den Verbraucherschutz. Wir setzen uns für gute und gesunde Lebensmittel ein und werden konsequent die Lehren aus den Lebensmittelskandalen ziehen. Wir wollen detaillierte Kennzeichnungen auf Verpackungen statt Gammelfleisch in Glitzerfolie.

Das Prinzip „Vorsicht ist besser als Nachsicht“ gilt auch für den Hochwasserschutz, den wir verbessern werden, bevor uns die nächste Hochwasserkatastrophe überrascht.

Wir investieren mit einer vorausschauenden Verkehrs- und Infrastrukturpolitik in die Zukunft Thüringens. Dafür müssen die Kommunen die Mittel bekommen, die sie für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben benötigen. Wir wollen starke Kommunen. Wir werden die Sanierung der Landstraßen weiter vorantreiben und dafür eintreten, dass Mobilität und Wohnen für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleibt. Wir wollen in Thüringen die Energiewende vorantreiben und konsequent zum Erfolg führen. Eine Rückkehr zur Atomkraft wird es mit uns nicht geben. Wir setzen auch künftig auf Green-Tech. Die Energiewende ist für Thüringen eine ökologische,

wachstums- und infrastrukturpolitische Chance. Wir wollen, dass Thüringen weiterhin der „Grüne Motor“ Deutschlands bleibt und wir wollen gleichzeitig den Anstieg der Strompreise bremsen.

Thüringen ist vielfältig, bunt, einzigartig. Thüringen ist ein Ort zum Leben, zur Erholung und des Sports. Wir werden den Tourismus weiter fördern und dafür sorgen, dass seine drei tragenden Säulen – Städte und Kultur, Natur- und Aktivurlaub sowie Wellness und Gesundheit – gemeinsam entwickelt werden. Dazu wollen wir die Qualität und die Arbeitsbedingungen verbessern. Doch diese Angebote sind nicht nur für Touristen attraktiv, sie sind Grundlage der Lebensqualität. Thüringen liegt kulturell im Herzen Deutschlands und ist ein Kulturland mit Weltklang. Das Bauhaus und die Kreativwirtschaft sind hier zu Hause. Diese Einzigartigkeit wollen wir erhalten und weiter stärken. Wir wollen Tradition und Moderne vereinen, gestern und heute erlebbar machen und auch in Zukunft Geschichte schreiben.

Sie entscheiden über die Zukunft Thüringens! Gute Zukunft kommt nicht von alleine. Aber gute Zukunft kommt mit UNS!

GUTE ARBEIT – STARKE WIRTSCHAFT

Thüringen ist ein innovativer, moderner und zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort. Unser Land hat sich als Fortschrittsregion einen guten Ruf erworben – in Deutschland und darüber hinaus. Wir sind stolz darauf, bei Wirtschaftswachstum und Investitionen an der Spitze der ostdeutschen Bundesländer zu stehen. Grundlage dieses Erfolgs sind eine wettbewerbsfähige Industrie, eine breite Wertschöpfungskette, innovativer Mittelstand und Handwerk. Gerade in der Krise haben sich Mitbestimmung, Sozialpartnerschaft und verantwortliches Unternehmertum als erfolgreiche Markenzeichen der sozialen Marktwirtschaft bewährt.

GUTE ARBEIT FÜR THÜRINGEN

Die positive Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt, dass sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik wirkt. Der Thüringer Arbeitsmarkt ist robust, weil Unternehmen und Beschäftigte an einem Strang ziehen und Sozialpartnerschaft ausgebaut wurde. Die Arbeitslosenquote lag in Thüringen im Jahr 2013 im Durchschnitt bei 8,2 % (2009: 11,4%). Thüringen hat damit eine niedrigere Arbeitslosenquote als alle anderen ostdeutschen Bundesländer und liegt fast gleichauf mit Nordrhein-Westfalen.

Dennoch wollen wir uns auf den Erfolgen nicht ausruhen. Auf dem Arbeitsmarkt wollen wir den eingeschlagenen Kurs weg von einer Praxis der Selektion hin zu einer Kultur der Integration gehen. Wir wollen in Thüringen zu einer anderen Kultur der Arbeit beitragen. Der auf Abnutzung und Verschleiß von Arbeitskräften ausgerichteten herrschenden

Praxis wollen wir die gesundheitsorientierte Arbeit entgegenstellen. Wir gehen davon aus, dass der Standort Thüringen nur wettbewerbs- und damit zukunftsfähig ist, wenn er nicht mehr nur aus der Sicht von Investoren und Unternehmern interessant ist, sondern auch aus Sicht der Arbeitnehmer attraktiv wird.

Das Lohngefüge, die Tarifbindung und die Möglichkeiten betrieblicher Mitbestimmung müssen weiter positiv entwickelt werden. Dazu braucht es starke Gewerkschaften und engagierte Betriebs- und Personalräte. Die nach wie vor zu hohe Zahl an atypischer Beschäftigung muss abgebaut werden. Wir wollen mehr Gute Arbeit in Thüringen. Werkverträge und Leiharbeit sind für uns atypische Beschäftigungsverhältnisse. Geschäftsmodelle, die auf dieser Grundlage fußen, werden wir nicht fördern.

Bis 2025 brauchen wir in Thüringen 280.000 neue Fach- und Arbeitskräfte. Gut ausgebildete Arbeitskräfte sind die Voraussetzung, um die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung im Land fortzusetzen. Um den Bedarf an Fachkräften zu decken, werden wir noch stärker auf Qualifizierung und Weiterbildung setzen. Mit der Kampagne „Thüringen braucht Dich“ haben wir den Anfang gemacht. Wir müssen weiter alle Qualifizierungsreserven heben.

Das haben wir erreicht:

- Wir haben ein Thüringer Vergabegesetz geschaffen, das sich nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichtet. Öffentliche Aufträge werden nur für Gute Arbeit und bei

Einhaltung tarifrechtlicher Standards vergeben. Wir haben Leiharbeit und Lohndumping bekämpft und die Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsplatz gestärkt. Gleichzeitig sorgen wir für mehr Nachhaltigkeit und Umweltschutz bei Vergabeentscheidungen.

- Wir haben die Leiharbeit in Thüringen drastisch gesenkt. Durch die Neuausrichtung der Fördervoraussetzungen haben wir Anreize dafür geschaffen, dass Unternehmen ihre Stammebelegschaft erweitern und qualifizierte Kräfte halten. Auch die Lohnkosten-förderung aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) wird nur für Gute Arbeit vergeben. Gewerbliche Leiharbeit wurde von der Förderung ganz ausgeschlossen. Ausschließlich gefördert werden nur noch Arbeitsplätze, für die ein Tarifvertrag oder schon jetzt ein Mindestlohn gilt. Mit diesen Änderungen in der Förderpraxis setzen wir das Signal, dass Menschen und ihre Arbeit in Thüringen hohe Wertschätzung genießen.
- Ein voller Erfolg ist auch unser Landesarbeitsmarktprogramm (LAP). 13.900 Menschen, die früher bereits abgeschrieben waren, wurden und werden betreut. 4.700 von ihnen konnten bereits in Arbeit oder in eine Ausbildung vermittelt werden. An diesen Erfolg werden wir anknüpfen und das Landesarbeitsmarktprogramm konsequent fortführen.
- Mit der Fachkräfte-Initiative „Thüringen braucht Dich“ sorgen wir dafür, dass Menschen auch ohne abgeschlossene Berufsausbildung eine zweite Chance erhalten und sich aus- und weiterbilden können.
- Um den Fachkräftebedarf im Freistaat zu decken und Zuwanderung zu erleichtern, haben wir die Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung (ThaFF) geschaffen. Mit dem „Welcome Center Thuringia“ haben wir eine Servicestelle für ausländische Studenten und Fachkräfte eingerichtet.
- Wir haben die Arbeitszeiten für Beamte in Thüringen an die Regelungen der meisten anderen Bundesländer angepasst.
- Bei der Novellierung des Ladenöffnungsgesetzes haben wir darauf geachtet, dass die Beschäftigten im Einzelhandel durch Arbeit an Wochenenden nicht übermäßig belastet werden. Die Einkaufsmöglichkeiten der Kunden bleiben bestehen.

Das werden wir tun:

- Wir werden eine Qualifizierungsoffensive für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne abgeschlossene Berufsausbildung umsetzen, um ihnen Aufstiegschancen aus dem Niedriglohnbereich heraus zu ermöglichen.
- Das Landesarbeitsmarktprogramm soll dauerhaft als ein System von aufeinander aufbauenden Förderinstrumenten zur sozialen und beruflichen Integration der von gesellschaftlicher Teilhabe und Arbeit ausgegrenzten

Menschen etabliert werden. Dafür stellen wir 15 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Die SPD setzt sich darüber hinaus für eine Verbesserung und teilweise Neuregelung von öffentlich geförderter Beschäftigung als gesetzliche Pflichtleistung des Bundes ein. Wir setzen uns im Bund für eine dauerhafte öffentlich geförderte Beschäftigung als gesetzliche Pflichtleistung ein.

- Individuelle Förderung und Begleitung sind uns wichtig. Wir werden die betrieblichen Integrationsbegleiter für langzeitarbeitslose Menschen weiter fördern, um Langzeitarbeitslose bei der Bewältigung individueller Problemlagen zu unterstützen und ihnen damit den Weg zurück in die Erwerbsarbeit ebnen.
- Der steigende Bedarf an Fachkräften und die demografische Entwicklung machen ältere Beschäftigte unersetzlich. Wir werden die „Mobilisierungsstrategie 55+“ umsetzen, die es möglich macht, dass ältere Beschäftigte länger im Erwerbsleben bleiben. Sie soll unter anderem darauf aufmerksam machen, dass Tätigkeitsanforderungen sich an das Alter der Beschäftigten anpassen und Regenerationszeiten verlängert werden müssen. Außerdem sollen gezielte Fortbildungsangebote, Erfahrungswissen und Mentoring-Funktionen miteinander verknüpft werden. Gleichzeitig brauchen wir ein vorausschauendes und möglichst früh ansetzendes Gesundheitsmanagement.
- Gute Arbeit sichert Fachkräfte und macht Thüringen für Beschäftigte attraktiv. Gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaft werden wir einen Fachkräftepakt verabschieden, in dem wir Maßnahmen für Gute Arbeit und zur Fachkräftesicherung verabschieden.
- Unternehmen, die durch öffentliche Gelder gefördert werden, müssen auch für gute Arbeitsplätze stehen. Die Einführung einer maximalen Leiharbeitsquote war hier ein erster wichtiger und deutschlandweit entscheidender Schritt. Dieses Thüringer Modell werden wir ausbauen und weitere Aspekte Guter Arbeit in die Förderkriterien aufnehmen.
- Wir sehen großen Handlungsbedarf im Kampf gegen den Missbrauch von Werkverträgen. Deshalb werden wir geeignete Initiativen des Bundes unterstützen, die den Missbrauch eindämmen bzw. unterbinden.

STARKE WIRTSCHAFTSPOLITIK FÜR UNSER LAND

Die vergangenen Jahre waren gut für unser Land. Gemeinsam mit den Unternehmen und den Beschäftigten hat sozialdemokratische Wirtschaftspolitik den Freistaat Thüringen stärker gemacht. Unsere zahlreichen wirtschaftspolitischen Initiativen machen sich positiv bemerkbar. Es gibt neue Angebote in den Bereichen Fachkräftesicherung, Energie,

Wirtschaftsförderung, Tourismus und Infrastruktur. Dahinter steckt eine zukunftsfähige industriepolitische Strategie, die von den Thüringer Akteuren getragen wird.

Wir werden unsere erfolgreiche Wirtschaftspolitik konsequent fortführen. Es geht dabei um Zukunftsorientierung, verlässliche Rahmenbedingungen, Ausgewogenheit und den Ausgleich der Interessen im aktiven staatlichen Handeln, nicht aber um das Vertagen von wichtigen Zukunftsentscheidungen als kurzsichtiger Weg des geringsten Widerstands. Wir werden für stabile Verhältnisse und dynamisches Wachstum sorgen.

So wird sich die Thüringer Wirtschaft im nationalen und internationalen Wettbewerb behaupten können. Gleichzeitig braucht unser Land eine starke Binnennachfrage und Investitionen. Gute Löhne und in der Folge steigender Konsum, Investitionen in Forschung, Maschinen, innovative Technologien und Infrastrukturen sowie eine bessere Finanzausstattung für Städte und Gemeinden sind ein zentraler Antrieb von wirtschaftlicher Entwicklung. Uns geht es um eine Doppelstrategie aus soliden Finanzen und Wachstumsimpulsen.

Das haben wir erreicht:

- Thüringen erlebt wirtschaftlich erfolgreiche Jahre. Mit Investitionen von 4,15 Milliarden Euro, fast 36.300 mit staatlicher Unterstützung gesicherten und rund 11.500 neuen Arbeitsplätzen gehen die vier vergangenen Jahre als sehr erfolgreiche in die jüngere Wirtschaftsgeschichte Thüringens ein. Allein 2012 und 2013 konnten Investitionen im Umfang von je mehr als 1 Milliarde Euro angestoßen werden. Das laufende Jahr 2014 setzt diesen positiven Trend fort.
- Unsere Förderpolitik hat erheblich zur guten Entwicklung beigetragen: Knapp 748 Millionen Euro hat das Wirtschaftsministerium in den vergangenen vier Jahren angesichts der zu erwartenden hohen Investitionsdynamik allein aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) Unternehmen zur Verfügung gestellt.
- Wir haben die Gründerkultur in Thüringen gestärkt und ausgebaut. Auf unsere Initiative wurde das „Thüringer Zentrum für Existenzgründungen und Unternehmertum“ (ThEx) gegründet. Hier werden alle vom Land geförderten Angebote von der Gründung bis hin zur Unternehmensnachfolge im Freistaat gebündelt.
- Mit der „Thüringer Agentur für Kreativwirtschaft“ sind wir Vorreiter unter den deutschen Flächenländern und haben eine Anlaufstelle für die Zukunftsbranche Kreativwirtschaft in Thüringen geschaffen.
- Wir haben die „Breitbandstrategie Thüringen 2020“ ins Leben gerufen und 12 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für den Breitbandausbau zur Verfügung gestellt. Bis Mitte 2013

konnten mit Fördermitteln in Höhe von rund 4,7 Millionen Euro Investitionen im Umfang von fast 15 Millionen Euro ausgelöst werden. Der Breitbandausbau im ländlichen Raum bleibt für uns eine wichtige Herausforderung, aber der Fortschritt kann sich sehen lassen. So hat sich die Zahl der grundversorgten Haushalte gegenüber 2010 um rund 29 % erhöht.

Das werden wir tun:

- Grundlegend für den wirtschaftlichen Erfolg im Freistaat ist es, die Produktivitätslücke zu den westdeutschen Ländern zu schließen. Hierzu müssen wir die Eigenkapitalintensität, die Innovationskraft und die Internationalisierung der Thüringer Wirtschaft weiter fördern. Für uns gehen dabei Produktivität und gute Löhne Hand in Hand. Nur mit deutlich besseren Löhnen werden wir uns im verschärften Wettbewerb um Fachkräfte behaupten können, und nur mit diesen Fachkräften können wir die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft sichern.
- Eine entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Angleichung der Produktivität ist, dass in Thüringen mehr investiert wird – privat und auch öffentlich.
- Thüringen muss beim Export zum bundesdeutschen Schnitt aufschließen. Um dies zu erreichen, müssen wir unsere Exporte nach Europa halten und gleichzeitig unseren Exportanteil in den rasch wachsenden Märkten in Amerika und Asien weiter ausbauen. „Thüringen International“ werden wir in den kommenden Jahren nach einer Erfolgskontrolle intensivieren.
- Thüringen ist Industrieland und soll es auch bleiben. Nirgendwo in Ostdeutschland ist der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung höher, und er liegt auch höher als der Durchschnitt der westdeutschen Länder. Bei uns gibt es im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr Industriebetriebe als in Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg. Wir werden die Industriepolitik zu einem strategischen Schwerpunkt machen. Unsere erfolgreichen Cluster und Branchennetzwerke werden wir ausbauen. Hierfür hat sich das neu geschaffene Thüringer Clustermanagement bereits bewährt. Wir werden dessen Lotsen-, Beratungs- und Servicefunktion deshalb weiter ausbauen.
- Ein Motor für die gute wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen ist das Handwerk. Es hat sich als krisenfest erwiesen. Seine Kompetenzen sind altbewährt und unverzichtbar. Gleichzeitig hat es das Handwerk geschafft, neue Trends aufzunehmen und zu nutzen, wie sich am Beispiel der Energiewende zeigt. Wir werden deshalb das Thüringer Handwerk beim Aufgreifen neuer Trends auch in Zukunft tatkräftig unterstützen. Wir halten am Meisterbrief fest, um Qualität und Ausbildung zu sichern. Wir sorgen auch künftig dafür, dass gemeinsame Projekte mit dem Handwerk wie die Unterstützung bei der

Unternehmensnachfolge, die Werbekampagne „Thüringen braucht dich“ oder gezielte finanzielle Förderungen fortgesetzt werden.

- Thüringen ist stark aufgrund seiner wirtschaftlichen Vielfalt und Flexibilität. Unsere Unternehmen können schnell auf Veränderungen der Marktbedingungen reagieren. Jedoch fällt es unseren kleineren Unternehmen schwerer, Innovationen zu entwickeln. Wir werden daher mit einer Thüringer Innovationsoffensive den Unternehmen helfen, die keine eigenen oder nur kleine Forschungsabteilungen haben. Wir setzen dazu an der Schnittstelle zwischen Privatwirtschaft und Forschungseinrichtungen an und werden weitere anwendungsorientierte Kompetenzzentren aufbauen. Dabei sollen vor allem die Potenziale der Spezialisierungsfelder genutzt werden, die in der Thüringer Innovationsstrategie identifiziert wurden. Für die Bereiche Maschinenbau und Elektromobilität sind bereits attraktive Kompetenzzentren errichtet worden, andere Zukunftsbranchen müssen folgen. Zum Beispiel im Bereich Telekommunikations- und IT-Industrie – sichere Software „Made in Thuringia“. Wir werden den Bund an sein Versprechen erinnern, neue Forschungseinrichtungen vornehmlich im Osten zu schaffen und uns dafür einsetzen, dass dies maßgeblich in Thüringen geschieht.
- Angesichts rückläufiger finanzieller Mittel werden wir in der Wirtschaftsförderung Prioritäten setzen. Dabei konzentrieren wir uns auf besonders zukunftssträchtige Wachstumsfelder. Weiterhin spielt der Ausgleich struktureller Nachteile eine zentrale Rolle. Wir wollen die Wirtschaftsförderung stärker auf die Produktivität ausrichten. Mit den Investitionszuschüssen soll die Produktivität in der Thüringer Industrie als Ganzes verbessert und das Angebot attraktiver Arbeitsplätze insgesamt erhöht werden. Ein Schlüsselfaktor bei der Bewertung der Produktivität ist für uns die Lohn- und Gehaltsentwicklung in den Unternehmen.
- Mit einer neuen Initiative wollen wir besonders erfolgreiche Unternehmen in Thüringen aktiv dabei begleiten, sich zu hochwertschöpfenden und innovativen Weltmarktführern weiterzuentwickeln. Unser Ziel ist es, für Thüringen die Entwicklung eines globalisierten Mittelstands zu befördern, wie er in den wirtschaftlich erfolgreichsten Regionen Deutschlands schon lange prägend ist.
- Ein innovationsbasiertes Land wie Thüringen braucht nicht nur Neuentwicklungen in etablierten Unternehmen, sondern auch innovative Gründungen. Gründungen sind eine Frischzellenkur für den Standort. Thüringen braucht eine neue Gründerzeit. Zum dafür erforderlichen Umfeld gehört die Stärkung des Gründerpreises, die Weiterentwicklung von Förderinstrumenten für kreative Neugründungen, die Verbesserung der Finanzierung inklusive besserer Rahmenbedingungen für neue Formen wie das „Crowdfunding“, professionelle Beratungsstrukturen oder

die Bereitstellung von Gewerberäumen. Zudem müssen Ausgründungen aus Unternehmen (Spin-Offs) besser unterstützt werden. Innovative und hochwertschöpfende Gründungen und Spin-Offs verdienen eine besondere Unterstützung, weil sie oft ein besonderes Wachstumspotential bieten und im Erfolgsfall zu wichtigen Kristallisationspunkten für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Thüringens werden können. Dazu gehört auch eine Gründerkultur, in der das Nichtaufgehen einer Geschäftsidee nicht als endgültiges Scheitern angesehen wird. Auf institutioneller Ebene werden wir das „Thüringer Zentrum für Existenzgründungen und Unternehmertum“ (ThEx) in Fortsetzung der guten und engen Zusammenarbeit mit den Kammern stärken.

- Mit dem Bauhaus ist Thüringen die Wiege der Kreativwirtschaft und hat auf diesem Gebiet eine Vielzahl an Kompetenzen vorzuweisen. Das Potential der Branche wird oft unterschätzt, obwohl sie schon heute zu den dynamischsten Wirtschaftsbereichen zählt. Diese Entwicklung werden wir in Thüringen aktiv begleiten und befördern. Die ersten Schritte wurden mit der Einrichtung der Thüringer Agentur für Kreativwirtschaft (ThAK) in Erfurt und dem Gewerbezentrum für die Kreativwirtschaft in Weimar getan, was bundesweit Beachtung fand. Auf dieser Grundlage werden wir die Professionalisierung der Kultur- und Kreativwirtschaft weiter vorantreiben und Rahmenbedingungen schaffen, damit Kreative sich auch wirtschaftlich entfalten und von ihrer Arbeit leben können. Wir werden darauf hinwirken, dass kreativwirtschaftliche Dienstleistungen und Produkte besser gefördert werden.
- Ein Trumpf im Wettbewerb mit den westdeutschen Standorten ist unsere leistungsfähige Infrastruktur. Moderne Produktionsstätten und attraktive Gewerbeflächen sind ein wichtiger Standortfaktor. Das hat sich nicht zuletzt durch die hohe Ansiedlungsdynamik der letzten Jahre gezeigt. Und auch für die weitere positive Entwicklung ansässiger Unternehmen ist eine moderne Infrastruktur essentiell. Wir werden deshalb an der Qualitätssteigerung des Infrastrukturangebots festhalten und gleichzeitig die ökologischen Herausforderungen des Flächenverbrauches berücksichtigen. Wir setzen die begonnene Großflächeninitiative um und unterstützen Nachnutzungskonzepte für ehemalige Bundeswehrflächen. Damit verbindet sich das Engagement für den angemessenen Zugang aller Regionen zu Autobahnen und zum Schienennetz.
- Um die digitale Spaltung zu verhindern, die verbliebenen Lücken in der Versorgung mit einem leistungsfähigen Internet zu schließen und unsere Wirtschaft digital hochleistungsfähig zu machen, muss es bis zum Jahr 2018 in Thüringen eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s geben.
- Für die Zukunftsfähigkeit aller Regionen wird es wichtig sein, Mittelzentren mit mehr als 10.000 Einwohnern zu

stärken. Wir werden ein Mittelzentrumskonzept auf den Weg bringen, durch das Wohlstand und Wachstum in die Fläche getragen werden. Parallel dazu stärken wir die Impulsregion Erfurt-Weimar-Jena, so dass sie die Funktion eines urbanen Wachstumskerns erfüllen kann.

- Unsere Kommunen sind stolze und eigenständige Wirtschaftsakteure. Sie müssen strukturell in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen, Fachkräfte zu binden und zu investieren. Wir werden die Städte und Gemeinden durch einen kommunalen Investitionsfonds in die Lage versetzen, die wichtigen EU-Förderprogramme kofinanzieren, um für Wachstum und Beschäftigung zu sorgen und Fachkräfte anzuziehen. Dies ist gerade für Kommunen, die besonders stark vom demografischen Wandel betroffen sind, von zentraler Bedeutung.

JOBMOTOR SOZIAL- UND GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft ist Jobmotor und regionaler Wirtschaftsförderer. Die von der Branche getragene Infrastruktur entscheidet darüber, ob Thüringen kinder- und familienfreundlich bleibt. In strukturschwachen Regionen ist sie größter und standorttreuer Arbeitgeber.

Aber es gibt auch Schattenseiten: geringe Tarifbindung insbesondere im Bereich der Altenpflege und der Jugendhilfe, niedrige Löhne, prekäre Arbeitsverhältnisse durch unsichere, kurzfristige Förderung, unzureichende Planungssicherheit und nicht zuletzt ein häufig missverständenes Subsidiaritätsgebot der öffentlichen Träger bei der Vergabe sozialer Dienstleistungen an freie Träger.

Das haben wir erreicht:

- Wir haben mit dem Sozial- und Gesundheitswirtschaftsbericht belegt, welche Wirtschaftskraft in diesem Bereich steckt und welchen Mehrwert er für Thüringen erbringt. Wir haben diesem Wirtschaftszweig wieder Bedeutung und ein positives Image gegeben.
- Für die Schulsozialarbeit haben wir erstmals eine tarifliche Entlohnung festgeschrieben, so dass prekäre Arbeitsverhältnisse vermieden werden. Dies setzt auch ein Zeichen für andere Bereiche der Sozial- und Gesundheitswirtschaft.

Das werden wir tun:

- Wir wollen die Sozial- und Gesundheitswirtschaft im Dialog mit den Akteuren und Tarifpartnern modernisieren. Höhere Planungssicherheit für die erforderlichen Dienstleistungen und deren Finanzierung in den öffentlichen Haushalten ist ebenso unser Ziel wie die Berücksichtigung der Branche bei Maßnahmen der Wirtschaftsförderung.

- Bei der Vergabe öffentlicher Dienstleistungen an freie Träger setzen wir im Land und in den Kommunen auf einen partnerschaftlichen Umgang auf Augenhöhe. Dem bislang häufig praktizierten „Schlechterstellungsgebot“ wollen wir ein Ende setzen. Trägerpluralität und qualitativ hochwertige Dienstleistungen anstelle von Billigangeboten sind sozialdemokratische Maßstäbe.
- Gute soziale Arbeit setzt tarifgesicherte Arbeitsbedingungen und Entlohnungen voraus. Wir werden die öffentliche Förderung mit entsprechenden Mindeststandards für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft verknüpfen. Dazu werden wir ein Tariftreuegesetz einführen.
- Wir werden die Aufwertung und Professionalisierung des Erzieherberufs weiter vorantreiben. Hierzu gehört auch eine leistungsgerechte Bezahlung. Deshalb setzen wir uns für die landesweite Tariftreue für alle Erzieherinnen und Erzieher ein. Maßstab ist die Vergütung des öffentlichen Dienstes.
- Der Thüringer Pflegepakt wird weitergeführt. Wir bekennen uns dazu, dass in der Pflege arbeitende Menschen ein Recht auf gute tarifliche Entlohnung haben. Wir leisten unseren Beitrag dazu und drängen auf eine stärkere Finanzierung über eine solidarische Bürgerpflegeversicherung.
- Wir setzen uns darüber hinaus auf Bundesebene dafür ein, dass auch die Krankenpflege durch mehr Beschäftigte, attraktive Löhne, und bessere Arbeitsbedingungen verbessert wird.
- Soziale Arbeit darf nicht länger Ausfallbürge für die sich verändernde Gesellschaft sein. Wir streben in allen Berufsfeldern der Sozialarbeit eine tarifliche Entlohnung nach dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst an und werden einen umfassenden Tarifvertrag für Pflege, Erziehung und Soziales befördern.

MEDIENLAND THÜRINGEN

Unabhängige Medien sind wesentlicher Grundpfeiler einer lebendigen Demokratie und somit unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltags. Sie bieten Information, Kommunikation, sichern gesellschaftliche, politische und kulturelle Teilhabe und Zugang zu Wissen.

Eine starke Medienwirtschaft ist neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk für die Erfüllung dieser gesellschaftlichen Aufgaben von zentraler Bedeutung. Unser Ziel ist es, den Medienstandort Thüringen zu stärken sowie allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu einem ausgewogenen und unabhängigen lokalen, regionalen und überregionalen Medienangebot zu sichern.

Das haben wir erreicht:

- Durch die Umwandlung der Offenen TV- und Hörfunk-Kanäle sowie der nichtkommerziellen Lokalradios in Bürgerradios und Bürgerfernsehen sind zeitgemäße Strukturen entstanden.
- Durch gezielte Medienförderung haben wir Thüringen als Dreh- und Produktionsort nationaler und internationaler Film- und Fernsehproduktionen weiter etabliert. Aus Thüringen kommt inzwischen der „Tatort“ - und das mit gleich zwei Ermittlerteams in Erfurt und Weimar.
- Mit dem Erweiterungsbau für das Kindermedienzentrum Erfurt haben wir zusätzliche Möglichkeiten für die Medienproduktion in Thüringen geschaffen.

Das werden wir tun:

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass der geplante gemeinsame Jugendkanal von ARD und ZDF seinen Sitz in Erfurt bekommt.
- Wir werden den Anteil gesellschaftlich relevanter Verbände in den Gremien des MDR erhöhen und damit diesen weiter pluralisieren.
- Erfurt als Zentrum für Kindermedien werden wir weiter stärken. Dabei setzen wir künftig verstärkt auf die Entwicklung von Medieninhalten für Lehr- und Lernmedien, auf Spieleentwicklung sowie die Medienproduktion durch Kinder.
- Wir werden die Medienförderung noch deutlicher als bisher für neue mediale Formen und experimentelle Formate öffnen.
- Der Ausbildung in Medienberufen messen wir eine besondere Bedeutung bei. Daher wollen wir Aus- und Weiterbildungsiniciativen unterstützen, die auf den rasanten Wandel in der Medienwelt reagieren.
- Die Thüringer Bürgermedien werden wir weiterhin engagiert fördern und dafür sorgen, dass ihnen neue technische Verbreitungswege zur Verfügung stehen.
- Bibliotheken wollen wir als Orte der Informationsvermittlung und medienpädagogischen Arbeit stärken. Daher unterstützen wir eine Integration kommunaler Medienzentren in öffentlichen Bibliotheken und wollen den Zugang zu Bibliotheken auch im ländlichen Raum sicherstellen.

NACHHALTIGE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Die Landwirtschaft ist für uns einer der wichtigsten Wirtschaftszweige und prägend für Thüringen. Die Thüringer Landwirtschaft ist Hauptlieferant für die Thüringer Ernährungswirtschaft und damit unverzichtbare Grundlage für die zweitgrößte Thüringer Wirtschaftsbranche. Die Land- und

Forstwirtschaft bietet sichere Beschäftigungsmöglichkeiten besonders auch im ländlichen Raum. Unsere Landwirtschaft ist zentral für die Erzeugung gesunder, qualitativ hochwertiger Lebensmittel sowie für eine nachhaltige Pflege der Kulturlandschaft. Landwirtschaftliche Unternehmen in Thüringen haben eine hohe Investitionsrate und erschließen neue Betätigungsfelder. Thüringer Land- und Forstwirte sind zudem für die Produktion und Nutzung von nachwachsenden Energieträgern unverzichtbar.

Sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik verfolgt konsequent vier Grundsätze:

1. Wir wollen das Qualitätsbewusstsein und das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in die Thüringer Landwirtschaft steigern.
2. Wir setzen uns ein für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den „Grünen Berufen“.
3. Wir wollen gesunde Lebensmittel für die Menschen in unserem Land. Dazu bedarf es umfassender Aufklärung. Wir wollen eine klare Kennzeichnung der Inhaltsstoffe von Lebensmitteln, die Herkunftskennzeichnung und Rückverfolgbarkeit über die gesamten Handels- und Verarbeitungsstufen sowie die Nährwert-Kennzeichnung von Fertiggerichten in Ampelfarben.
4. Wir lehnen weiterhin den Anbau jeglicher gentechnisch veränderter Pflanzen in Thüringen strikt ab. Wir wollen eine deutschlandweite Kennzeichnungspflicht von Tierprodukten einführen, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert wurden.

Wir unterstützen die Forstwirtschaft. Das sichert Arbeitsplätze auch in der weiterverarbeitenden Industrie und sorgt für Steuereinnahmen.

Das haben wir erreicht:

- Wir haben die notwendige Kofinanzierung der Programme der EU und des Bundes zur Agrarförderung, zur Stärkung des ländlichen Raums und der Thüringer Landwirtschaft mit Landesmitteln sichergestellt. Dabei haben wir auch die Förderung der benachteiligten Gebiete im Zeitraum von 2009 bis 2013 jährlich auf etwa 250.000 Hektar umgesetzt.
- Wir haben und wir werden uns für einen gleichberechtigten Ökolandbau in Thüringen einsetzen.
- Die Forstwirtschaft haben wir optimiert und mit der neuen Anstalt ThüringenForst zukunftsfest organisiert.

Das werden wir tun:

- Landwirtschaft unterliegt einem ständigen Strukturwandel. Wir wollen u.a. durch die Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe, durch eine kluge Verzahnung von Kultur, Umwelt,

Naturschutz- und Tourismusbranche zusätzliche Einkommensquellen für unsere Landwirte erschließen.

- Wir wollen den Umbau hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, die sich an den Wünschen und Erwartungen der Verbraucher/-innen, dem Tierwohl, und den Belangen von Natur und Umwelt orientiert. Deshalb wollen wir weg vom bisherigen System der Belohnung für die Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen – hin zur Entlohnung von gesellschaftlich gewünschten Leistungen und öffentlichen Gütern.
- Die Agrar-Fördermittel des Landes sollen künftig gezielter eingesetzt werden um: existenzsichernde Arbeitsplätze in der Fläche unseres Landes zu erhalten oder neu zu schaffen, ökologisches Wirtschaften stärker zu honorieren und Wertschöpfung und Innovationsfähigkeit zu verbessern. Wir lehnen weitere Kürzungen von EU-Fördermitteln für Landwirtschaftsunternehmen allein aufgrund ihrer Betriebsgröße ab.
- Wir wollen, dass der Ökologische Landbau künftig einen höheren Stellenwert einnimmt. Deshalb brauchen wir mehr ökologisch bewirtschaftete Flächen, einen effizienteren Anbau und eine kontinuierliche, verlässliche Förderpolitik. Bis 2020 sollen 10 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Thüringen ökologisch bewirtschaftet sein. Um die Biolandwirtschaft effizienter zu machen, wollen wir außerdem mehr Geld für Forschung bereitstellen.
- Wir wollen das positive Image der Thüringer Land- und Ernährungswirtschaft auch über die Landesgrenzen verbessern, bestehende Absatzmärkte stabilisieren und neue erschließen. Das Qualitätszeichen „Geprüfte Qualität aus Thüringen“ wollen wir zu einem deutschlandweit bekannten Markenzeichen machen.

- Wir wollen den Erhalt und die Zustandsverbesserung unseres Waldes sowie die Entwicklung einer nachhaltigen und naturgemäßen Waldbewirtschaftung. Dabei soll allen Funktionen des Waldes gleichermaßen Rechnung getragen werden. Die Wertschöpfung der Forstwirtschaft soll weiter ausgebaut werden. Wir werden ein Programm zur Mobilisierung weiterer Privatwaldflächen auf den Weg bringen. Den Verkauf von landeseigenem Wald lehnen wir ab.
- Wir wollen die Gemeinschaftsforstämter erhalten und sicherstellen, dass die Förster als Mittler zwischen privaten Waldbesitzern und der Holzindustrie helfen, alle Waldteile nachhaltig zu nutzen. An der eigentumsübergreifenden Holzvermarktung soll festgehalten werden. Die Entwicklung der ThüringenForst-Anstalt werden wir weiter unterstützen.
- Die Jagd muss sich an ökologischen und wildbiologischen Grundsätzen, neuesten Erkenntnissen der Jagdpraxis, Werten des Tierschutzes und Erfordernissen der Lebensmittelhygiene orientieren. Wir wollen, dass sich die Bejagung künftig mehr am jeweiligen Waldzustand und weniger an Abschussplänen orientiert. Damit wollen wir eine angemessene Wilddichte erreichen und den Aufbau stabiler, vielfältig strukturierter Wälder sicherstellen.
- Die berufliche Fischerei in Thüringen ist in der Karpfen- und Forellenproduktion deutschlandweit auf den vorderen Plätzen zu finden. Wir setzen uns für hohe Qualitätsstandards und nachhaltige Teichwirtschaften in ganz Thüringen ein. Wir unterstützen die Thüringer Fischer und Angler dabei, den Lebensraum Gewässer in einen guten Zustand zu versetzen. Dazu gehört für uns auch die Durchgängigkeit für wandernde Fischarten.

ZUSAMMENLEBEN – IN EINER SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT

Familien sind eine der zentralen Grundlagen unseres gesellschaftlichen Lebens. Dabei berücksichtigen wir, dass Familien so vielfältig sind, wie das Zusammenleben nur sein kann. Familien sind immer solidarische Gemeinschaften mit festen Bindungen, in denen mehrere Generationen füreinander eintreten und Sorge tragen, deshalb wollen wir die Familien in Thüringen unterstützen und fördern. Wir wollen die Solidarität der Generationen stärken. Schlüssel dazu ist eine Familien-, Senioren-, Jugend- und Arbeitsmarktpolitik, die gesellschaftliche Veränderungen aufgreift und gestaltet. Damit die Generationen auch in Zukunft füreinander Verantwortung übernehmen können, benötigen sie Unterstützung durch eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur und familiengerechte Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt. Dies

beinhaltet gute tarifgesicherte Arbeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso wie die Unterstützung der Familien bei der Betreuung und Erziehung der Kinder und der Sorge um Eltern und Großeltern.

FAMILIENFREUNDLICHES THÜRINGEN

Familienfreundlichkeit wird maßgeblich dort definiert, wo die Menschen leben - in unseren Dörfern und Städten. Die Kommunen benötigen dazu die Unterstützung des Landes. Und sie benötigen das Wissen um die Bedürfnisse ihrer Bürger.

Familienfreundlichkeit ist einer der zukunftsweisenden und zukunftssichernden Standortfaktoren. Kinder- und

Familienfreundlichkeit sind und bleiben für uns eines der wichtigsten programmatischen Ziele unserer politischen Agenda für die Zukunft. Familienfreundlichkeit verstehen wir als übergeordnete Aufgabe für alle Politikbereiche.

Das haben wir erreicht:

- Mit dem Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz haben wir auch im bundesweiten Vergleich bei der frühkindlichen Förderung eine Spitzenposition eingenommen. So ermöglichen wir in Thüringen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bieten eine qualitativ hochwertige Betreuung der Kinder.
- Wir haben Kinder- und Familienarmut erfolgreich bekämpft. Mit dem Landesprogramm TIZIAN und dessen Schwerpunkt der Familienorientierung, konnten wir für über 5.000 langzeitarbeitslose Mütter und Väter die persönliche Lebenssituation und Integration in Beschäftigung verbessern. Mehr als 7.000 Kinder haben davon unmittelbar profitiert. TIZIAN wirkt nachhaltig einer Verfestigung von Armut entgegen. Mit dem Projekt ThINKA unterstützen wir durch Quartiersmanagement an 11 Standorten Familien und Kommunen in sozial problematischen Wohngebieten.
- Das Auditierungsverfahren „familiengerechte Kommune“ hilft mit konkreten Informationen über die Bedürfnisse von Familien und Senioren den Kommunen, das Thema Familiengerechtigkeit in der Öffentlichkeit zu verankern, bewährte Angebote und Netzwerke besser darzustellen und neue Handlungsstrategien sowie neue Angebote bedarfsgerecht mit und für Familien zu entwickeln.
- Mit dem Leitbild für ein familienfreundliches Thüringen haben wir dem Thema Familienfreundlichkeit eine klare Orientierung und Priorität gegeben. Das Leitbild zielt u.a. auf eine verbesserte Chancengleichheit für Familien in der Gesellschaft, für stärkere Familienfreundlichkeit in Wirtschaft und Verwaltung, stärkeres Engagement von Vereinen und Verbänden und auf eine bessere Ausrichtung der Infrastruktur in den Kommunen an den Bedürfnissen von Familien.
- Neben einer guten Kinderbetreuung gehören zu einer familienfreundlichen Infrastruktur auch die familienunterstützenden und -fördernden Einrichtungen sowie Angebote der Familienerholung, Familienbildung und Freizeitgestaltung, wie sie z.B. die Stiftung Familien-Sinn fördert. Deshalb haben wir im Freistaat die Familienzentren, Frauenzentren, Frauenschutzeinrichtungen, Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen gesichert und gefördert. Als wichtige Stützen für Familien in Problemlagen haben wir zudem die Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen und die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gestärkt.

- Familienhebammen unterstützen in den Familien einen vorbeugenden Kinderschutz. Sie leisten seit Jahren eine wichtige und erfolgreiche Arbeit in den Kommunen. Der Bedarf ist jedoch höher als das aktuelle Angebot. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass 2013 ein neuer Fortbildungskurs zum Erwerb der Qualifikation „Familienhebamme“ aufgelegt wurde, den der Hebammenlandesverband organisiert und durchführt.

- Wir haben ein Modellprojekt im Freistaat auf den Weg gebracht, mit dem Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren entwickelt werden können, um Familien niedrigschwellig in ihrem Lebens- und Familienalltag zielgerichtet zu unterstützen.

Das werden wir tun:

- Wir werden beim Einsatz des Europäischen Sozialfonds einen besonderen Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Armut, insbesondere der Familien- und Kinderarmut, und auf soziale Integrationsmaßnahmen legen. Landkreise und kreisfreie Städte sowie die LIGA der freien Wohlfahrtspflege wollen wir bei der Entwicklung von Armutspräventionsstrategien und der damit verbundenen Sozialplanung fördern, beraten und qualifizieren. Kommunen und LIGA erhalten ab 2015 Personalkostenförderung zur Stärkung der Sozial- und Bildungsplanung mit dem Ziel der Armutsprävention. Mit einem gemeinsam mit den Kommunen und der Fachhochschule Erfurt verantworteten Institut werden wir die Landkreise und kreisfreien Städte beraten, begleiten sowie die örtlichen Akteure qualifizieren.
- Die bewährten Programme TIZIAN und ThINKA werden wir weiterentwickeln, um die Armut zu verringern und die Beschäftigungsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen und ihren Familien zu verbessern. Seit langem arbeitslose junge Menschen erhalten besondere Unterstützung durch Beratung und Jugendwerkstätten.
- Mit einem spezifischen Landesarbeitsmarktprogramm werden wir in enger Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen zusätzliche Beschäftigungs- und Integrationsangebote für diejenigen Menschen entwickeln, die aufgrund ihrer individuellen Handicaps besondere Hilfen zur Integration in den Regelarbeitsmarkt benötigen. Ergänzend zu den Möglichkeiten des Europäischen Sozialfonds und der Bundesagentur für Arbeit werden wir das Landesarbeitsmarktprogramm weiterhin mit 15 MillionenEuro Landesförderung jährlich ausstatten.
- Um die Kommunen zu unterstützen, wollen wir ein Landesprogramm „Zukunft für Thüringen – solidarisches Zusammenleben der Generationen“ zur Unterstützung einer bedarfsgerechten kommunalen Infrastruktur mit einer Finanzausstattung von mindestens 10 Millionen Euro erarbeiten. Wir werden das Programm im Dialog mit Akteuren und Betroffenen entwickeln. Dazu zählen die Senioren-,

Jugend- und Familienverbände ebenso wie die freien Träger der Wohlfahrtspflege und die Partner in den lokalen Bündnissen für Familie.

- Kinder müssen sich frei entfalten können und die Möglichkeit haben, sich zu selbstbestimmten, verantwortungsvollen und eigenständigen Persönlichkeiten zu entwickeln. Dafür brauchen sie ein stabiles Umfeld. Kinderschutz steht für uns an erster Stelle. Wir wollen den Kinderschutz in Thüringen verbessern, um allen unseren Kindern ein Aufwachsen in stabilen Verhältnissen und Geborgenheit zu ermöglichen. Kinderschutz wird aus verschiedenen Töpfen finanziert. Wir wollen, die Mittel – soweit sinnvoll – zusammenführen. Wir werden unser Landesprogramm Kinderschutz ergänzend zum Bundesprogramm mit den Kommunen fortsetzen und finanziell sichern. Die Kinderschutzdienste werden wir weiter finanzieren.
- Den Fortbildungskurs zum Erwerb der Qualifikation ‚Familienhebamme‘ wollen wir fortsetzen. Dies ist notwendig, da der Bedarf an Familienhebammen noch nicht gedeckt werden kann. Wir halten an dem Ziel fest, flächendeckend Familienhebammen bedarfsgerecht zu aktivieren und zu qualifizieren. Auf Bundesebene werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass der Beruf der Hebamme attraktiv bleibt. Die Kosten der Haftpflichtversicherung müssen gedeckelt werden.
- Familien brauchen Unterstützung und müssen gestärkt werden, gerade in Krisensituationen. Daher wollen wir das flächendeckende Netz von Hilfe-, Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangeboten für Familien und deren Mitglieder in allen Lebenslagen und Lebensphasen stärken und weiterentwickeln, gestützt durch eine effektive strategische Sozialplanung auf Landesebene und kommunaler Ebene.
- Frühe Hilfen sind frühzeitige, koordinierte Beratungs- und Hilfsangebote während Schwangerschaft, Geburt und Entwicklung des Kindes in den ersten Lebensjahren. Diese Netzwerke Frühe Hilfen in den Landkreisen und Städten wollen wir stärken und dort schaffen, wo noch Bedarf besteht.
- Die Erkenntnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojekts „Weiterentwicklung von Thüringer Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren“ werden wir für spezifische Weiterbildungsangebote der Erzieherinnen und Erzieher nutzen und die örtlichen Jugendämter bei der Familienförderung und Familienberatung gemeinsam mit den Kindertageseinrichtungen unterstützen. Wir wollen insbesondere Elternangebote an Orten schaffen, an denen Familien in besonderen Lebenslagen erreicht werden können. Dafür nutzen wir Mittel, die nach dem Auslaufen des Landeserziehungsgeldes frei werden.

JUGEND HAT ZUKUNFT

Die junge Generation braucht Solidarität, Unterstützung und öffentliche Aufmerksamkeit. Erforderlich ist eine Jugendpolitik, die Chancen eröffnet, Angebote zur Freizeitgestaltung innerhalb und außerhalb von Vereinen schafft und den nötigen Rückhalt gibt. So verstanden, ist Jugendpolitik eine Investition in die Zukunft unserer demokratischen Gesellschaft. Wir werden deshalb die eigenständige Jugendpolitik in Thüringen und die Beteiligung junger Menschen stärken.

Das haben wir erreicht:

- Mit der Erhöhung der Mittel für die örtliche Jugendförderung auf 11 Millionen Euro und den Ausbau des Landesjugendförderplans haben wir für eine verlässliche Finanzierung der Jugendarbeit gesorgt. In Partnerschaft mit den Kommunen, den freien Trägern und den Thüringer Jugendverbänden ist es uns gelungen, den von der CDU geschaffenen Kürzungstrend bei der Jugendförderung zu stoppen und umzukehren.
- Wir haben das Landesprogramm Schulsozialarbeit 2012 im Umfang von 10 Millionen Euro gestartet. Daraus fördern wir 200 Stellen für Schulsozialarbeiter in Thüringen. Dieses Angebot kommt allen Kindern und Jugendlichen zugute und sichert eine flächendeckend qualitativ hochwertige Schulsozialarbeit an den Thüringer Schulen. Es eröffnet Schülern Chancen und unterstützt Eltern. Darüber hinaus haben wir eine tarifliche Entlohnung der Schulsozialarbeiter festgeschrieben.

Das werden wir tun:

- Mit der Etablierung einer eigenständigen Jugendpolitik werden wir die Bedürfnisse junger Menschen ressortübergreifend in den Fokus nehmen sowie die Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungen stärken. Das Landesprogramm Schulsozialarbeit werden wir evaluieren und in der Folge fachlich weiterentwickeln. Um Schulsozialarbeit dauerhaft zu verankern, werden wir diese in einem Gesetz verbindlich festschreiben. Davon profitieren nicht nur die Schüler, Eltern und Schulsozialarbeiter sondern auch die Kommunen und Träger, die dadurch Planungssicherheit bekommen.
- Jugendarbeit und Jugendbildung ebenso wie die selbst organisierte Freizeitgestaltung junger Menschen in Jugendverbänden und Jugendgruppen sind Eckpfeiler zur Förderung der jungen Generation. Wir werden diese Angebotsstrukturen stärken indem wir die örtliche Jugendförderung mit 15 Millionen Euro jährlich ausstatten und gesetzlich verankern. Die Verbindlichkeit der Jugendförderpläne werden wir erhöhen und den Landesjugendförderplan bedarfsgerecht ausfinanzieren. Damit machen wir uns unter anderem für Jugendclubs, Jugendhäuser und die Jugendverbände vor Ort stark und sorgen dafür, dass von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen

wohnnah offene Räume und Gruppenangebote genutzt werden können.

AKTIVE SENIOREN BRAUCHT DAS LAND

Die aktive Phase unseres Lebens ist heute länger denn je. Sie endet nicht mit dem Eintritt in den Ruhestand. Senioren wollen und können einen wichtigen Beitrag für die Gestaltung unserer Gesellschaft leisten. Senioren unterstützen ihre Kinder, sie pflegen Familienangehörige und engagieren sich vielfältig ehrenamtlich. Ihre Erfahrungen und ihr Engagement brauchen wir.

Das haben wir erreicht:

- Mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz haben wir wesentliche Voraussetzungen geschaffen, damit ältere Menschen in den Kommunen und im Land ihre Erfahrungen als Experten in eigener Sache einbringen können.
- Eine wichtige Grundlage für unsere Arbeit ist das seniorenpolitische Konzept. Hier haben wir wichtige Weichenstellungen erarbeitet, um Senioren im Ehrenamt und im Alltag zu aktivieren.
- Über die Thüringer Ehrenamtsstiftung haben wir Projekte gestartet, in denen Senioren gestärkt und unterstützt werden, für die Gesellschaft – z.B. in der Pflegebegleitung – wichtige Aufgaben zu übernehmen.

Das werden wir tun:

- Wir wollen das Seniorenmitwirkungsgesetz mit Leben erfüllen. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir in allen Landkreisen und Kreisfreien Städten Seniorenvertretungen initiieren, die die Interessen älterer Bürgerinnen und Bürger vor Ort, aber auch auf Landesebene vertreten.
- Den Landesseniorenrat und die Landesseniorenvertretung wollen wir stärken.
- Im Zusammenwirken zwischen Landesjugendhilfeausschuss, Landesseniorenrat und Landesseniorenvertretung werden wir einen Dialog der Generationen initiieren. Ziel ist es, sowohl auf Landesebene als auch in den Landkreisen und kreisfreien Städten das Zusammenleben der Generationen zu fördern und Landes- sowie Kommunalpolitik beratend zu begleiten.
- Auch über die Thüringer Ehrenamtsstiftung sowie über die Stiftung FamilienSinn wollen wir weiter verstärkt Senioren dafür gewinnen, wichtige Aufgaben für die Gesellschaft und die Familien zu übernehmen.
- 25 Jahre nach der Wende müssen die Unterschiede im Rentenrecht in Deutschland endlich abgeschafft werden. Wir unterstützen deshalb das Bundesarbeitsministerium auf dem Weg zu einem einheitlichen und gerechten Rentensystem für Ost und West. Wir sehen in der Gleichstellung der pauschal bewerteten Versicherungszeiten

(insbesondere der Kindererziehungszeiten) ein wichtiges Signal. Wir werden uns im Bund dafür einsetzen, dass die Gleichstellung dieser Zeiten schnellstmöglich umgesetzt wird. Denn die Erziehungsleistung ist in Ost und West gleich viel wert.

PFLEGE STÄRKEN – FACHKRÄFTE SICHERN

Niedrige Löhne sorgen in der Thüringer Pflegelandschaft für wachsende Probleme. Der Fachkräftemangel ist in einigen Thüringer Regionen bereits Realität. Schnelles Handeln ist notwendig.

In kaum einem anderen Berufszweig besteht zwischen dem wichtigen gesellschaftlichen Wert, der erbracht wird, und der Entlohnung ein so großer Graben. Die in der Pflege tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen mehr gesellschaftliche Anerkennung und Respekt.

Arbeit und Ausbildung in der Pflege müssen besser entlohnt und tariflich gesichert werden. Arbeits- und Ausbildungsbedingungen müssen sich positiv verändern. Nur dann gelingt es, Abwanderung in andere Berufe und Regionen zu vermeiden.

Das haben wir erreicht:

- In enger Kooperation mit den in Thüringen im Bereich der Pflege tätigen wesentlichen Akteuren hat das Thüringer Sozialministerium bereits 2012 den Thüringer Pflegepakt vereinbart. Er wird flankiert durch die gemeinsame Ausbildungsinitiative des Bundes und der Länder. Ziel ist die Sicherung einer qualitativ hochwertigen ambulanten und stationären Pflege – auch und gerade angesichts der demographischen Herausforderungen. Wesentliche Inhalte des Pflegepaktes sind die Verbesserung des Images und der gesellschaftlichen Anerkennung der Pflegeberufe, die Erhöhung der Anzahl der Auszubildenden und der Umschüler, gute Arbeitsbedingungen, tarifliche Entlohnung sowie die gemeinsame Weiterentwicklung der Pflege insbesondere im Hinblick auf die demografische Entwicklung und die mit der Zunahme von Demenzerkrankungen einhergehenden Herausforderungen.

Das werden wir tun:

- Wir wollen den Pflegepakt inhaltlich fortschreiben. Dabei werden wir den engen Dialog mit allen an der Pflege Beteiligten fortsetzen. Der Pflegepakt ist unser zentrales Instrument, um der Pflege zu ihrer verdienten Anerkennung zu verhelfen und Pflegeberufe und Pflegewirtschaft auf die kommenden Herausforderungen vorzubereiten.
- Dazu werden wir gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und den Trägern die Umschulung und Weiterbildung von Pflegefachkräften ausbauen. Ziel ist es, ausreichend Pflegefachkräfte für die Zukunft zu sichern.

- Wir setzen uns zudem gemeinsam mit den DGB-Gewerkschaften für gute, tariflich geregelte Arbeit in der Pflege ein und werden eine öffentliche Förderung an Mindeststandards für gute Arbeit knüpfen.
- Auch die Berufsorientierung, Berufsvorbereitung, Ausbildung, Umschulung, Weiterbildung und Personalentwicklung in der Pflege werden wir aus dem Europäischen Sozialfonds und entsprechenden Landesprogrammen fördern.
- Wir werden die Sicherung und Weiterentwicklung der Pflege – auch in Bezug auf die besonderen Belange von Menschen mit Demenz – zu einem Schwerpunkt in der künftigen Politik der Landesregierung machen und dafür die organisatorischen Voraussetzungen unter Einbeziehung der externen Akteure sowie der Thüringer Hochschulen schaffen.
- Die Imagekampagne für die Pflege werden wir fortführen.

ÄRZTLICHE VERSORGUNG SICHERN

Der Freistaat Thüringen verfügt über eine gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung auf hohem Niveau. Der demografische Wandel sowie der medizinische Fortschritt und die Kostenentwicklung stellen uns jedoch vor neue Herausforderungen. Das Hauptziel ist und bleibt eine wohnortnahe medizinische Versorgung der Patienten, die für den stationären Bereich durch das Land und im ambulanten Bereich durch die Kassenärztliche Vereinigung (KV) sichergestellt wird. Jedoch werden in den kommenden Jahren jene Ärzte in den Ruhestand gehen, die nach der Wiedervereinigung eine Praxis gegründet haben. Besonders bei einigen Facharztgruppen (z.B. Augenärzte, HNO-Ärzten) und bei Hausärzten droht in manchen Gebieten eine Versorgungslücke. Hier werden wir gegensteuern.

Das haben wir erreicht:

- Die Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum ist eine wichtige Aufgabe. Wir stellen uns dieser Aufgabe. Gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen hat der Freistaat die Stiftung Ärztliche Versorgung gegründet. Sie unterstützt Niederlassungen in ländlichen Gemeinden und die Weiterbildung der Medizinerinnen und Mediziner.
- Darüber hinaus vergibt die Stiftung Stipendien zur Bindung junger Ärztinnen und Ärzte und betreibt in von Unterversorgung bedrohten Gebieten eigene Stiftungspraxen, die jungen Medizinerinnen einen unbürokratischen Einstieg als Hausarzt ermöglichen. Der Vorteil dieser Praxen besteht darin, dass Ärzte auch als Angestellte mit festem Einkommen in der ambulanten Versorgung arbeiten können. Stiftungspraxen bestehen bereits in Gotha mit zwei angestellten Ärzten, in Gräfenthal sowie in Weida.

- Maßnahmen zur Ärzteförderung und -sicherung wurden auch am Lehrstuhl für Allgemeinmedizin an der Friedrich-Schiller-Universität Jena angeschoben. Mediziner sollen bereits während des Studiums für eine Niederlassung als Allgemeinmediziner in Thüringen interessiert werden. Der Lehrstuhl wird zu diesem Zweck seit dem 01. Juli 2009 jährlich mit 145.000 Euro gefördert.
- Zur Verbesserung und Unterstützung der hausarztzentrierten Versorgung haben wir im ambulanten Bereich z.B. mit dem Programm „Verah“ für neue Berufsfelder gesorgt. Innerhalb dieses Programms werden unter anderem Hausbesuche von ausgebildetem Pflegepersonal durchgeführt. Durch das Programm „Verah“ wird der Hausarzt entlastet und die Patienten werden dennoch bedarfsgerecht versorgt.

Das werden wir tun:

- Die Kassenärztliche Vereinigung ist zuständig für die Sicherung der ärztlichen Versorgung. Wir wollen sie dabei unterstützen. Regionen und Fachbereiche mit den größten Problemen werden wir künftig klar benennen. Durch kleinräumigere Planung soll Ärztemangel lokal sichtbar gemacht werden. Die bestimmenden Faktoren sind diesbezüglich der Grad und die Zeitdauer einer Unterversorgung in einem Bereich und einer Fachrichtung sowie der Umfang von Zwangszuweisungen von Patienten.
- Wir werden die Stiftung Ärztliche Versorgung noch stärker in die Förderung der Ärztegewinnung einbinden. Hierbei sind finanzielle Anreize ebenso möglich wie eine offensive Werbekampagne, die die größte Wirkung wesentlich früher als bisher, also spätestens nach dem Abschluss des Physikums, entfalten muss.
- Der Förderschwerpunkt wird auf die Niederlassung von Hausärzten in Gemeinden unter 25.000 Einwohnern, also folglich im ländlichen Raum, gelegt werden.
- Die erfolgreiche Arbeit des Lehrstuhls für Allgemeinmedizin der Friedrich-Schiller-Universität Jena wollen wir weiter fortführen. Wir wollen die gute Arbeit noch stärker mit der Praxis verzahnen. Dazu bündeln wir vorhandene Aktivitäten. So soll beispielsweise das „Netzwerk zur hausärztlichen Nachwuchssicherung“ als Gremium des Erfahrungsaustausches und der Erarbeitung neuer, innovativer Konzepte gestärkt werden.
- Den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) wollen wir sichern. Die Aufgaben des ÖGD definieren wir neu, um auf den Mangel an Ärzten im ÖGD zu reagieren. Verwaltungstätigkeiten der Ärzte werden wir dabei auf das absolut Notwendige reduzieren. Wir wollen darauf hinwirken, dass die Bezahlung im ÖGD für Ärzte wieder attraktiver wird. Dabei wollen wir auch den Amtsärzten die Möglichkeit der Nebentätigkeit im ambulanten Bereich einräumen. Die Zuständigkeiten für den ÖGD auf Landesebene sollten im

Geschäftsbereich des für Gesundheit zuständigen Ministeriums gebündelt werden. Fach- und Rechtsaufsicht gehören in eine Hand. Dies ist im Rahmen der anstehenden integrierten Gebiets- und Verwaltungsreform zu regeln.

KRANKENHÄUSER – NAH, MODERN, LEISTUNGSFÄHIG

Zu den wichtigsten Aufgaben der Gesundheitspolitik der kommenden Jahre gehört die Sicherung unserer Krankenhauslandschaft und ihrer Qualität. Alle Standorte müssen gesichert werden.

Gerade im Zuge der Debatte über sinkende öffentliche Haushalte dürfen wir bei der Sicherstellung der Versorgung keinen Akteur vernachlässigen. Zu diesen zählen neben den ambulanten und stationären Einrichtungen ausdrücklich auch die Rehabilitations- und Kurkliniken.

Das haben wir erreicht:

- Für Thüringen wurde ein modernes Krankenhausgesetz erarbeitet und verabschiedet. Dieses sieht unter anderem vor, dass vom Land Qualitätsstandards für Krankenhäuser und Fachabteilungen festgelegt werden können, um die Versorgungsqualität zu sichern. Gleichzeitig ermöglicht es weiterhin eine wohnortnahe Patientenversorgung.
- Die Investitionen in die Thüringer Krankenhauslandschaft sind gegen die Sparzwänge verteidigt und in ausreichender Höhe (351 Millionen Euro) geleistet worden. So haben wir eine wohnortnahe Behandlung nach modernen Qualitätsstandards gesichert.

Das werden wir tun:

- Wir wollen im Interesse der Patienten die hohe Qualität Thüringer Krankenhäuser sichern. Wir werden auf der Grundlage des Landeskrankenhausgesetzes rechtsverbindlich festlegen, dass Kliniken anerkannte Standards einhalten. Dabei werden wir uns ausschließlich an bestehenden Qualitätssicherungs-/Zertifizierungssystemen (z. B. KTQ) orientieren.
- Wichtiger Faktor für Qualität in der Klinik ist die ausreichende fachliche Kompetenz in den Fachabteilungen. Wir werden Vorgaben für die Besetzung von Fachabteilungen forcieren. Wir werden dabei ausschließlich die Fähigkeit der Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes, der Weiterbildungsverpflichtung und des Facharztstandards als Maßstab heranziehen. Dadurch erreichen wir mehrere positive Effekte: wir setzen Anreize zur Ausbildung von neuen Fachärzten und stärken die Kliniken personell, um neue Aufgaben, etwa in Medizinischen Versorgungszentren zu übernehmen. Wir verbessern die Arbeitsbedingungen und Familienfreundlichkeit für Ärzte in den Kliniken und wollen die Attraktivität der Arbeit im deutschen Gesundheitswesen für junge Mediziner wieder erhöhen.

- Wir wollen die kleinen Fachabteilungen erhalten, die Qualitätsanforderungen erfüllen und den Personalschlüssel einhalten. Es soll die unternehmerische Entscheidung der Klinik bleiben, ob sie sich die jeweilige Abteilung leistet. Damit sichern wir die Versorgung im ländlichen Raum sowie die oft geschätzte Facharztausbildung in einer kleinen Einrichtung. Zudem ermöglichen wir Kliniken, ein breites und sich sinnvoll ergänzendes Portfolio an Fachrichtungen vorzuhalten.

- Ärzte müssen mehr Zeit bekommen, in der sie sich den Patienten widmen können. Für junge Medizinerinnen und Mediziner wird es damit wieder attraktiver, ihren Beruf in Thüringen und nicht im Ausland auszuüben. Die Bürokratie für Ärzte hat in den vergangenen Jahren jedoch stark zugenommen und belastet

Mediziner sehr. Wie im ambulanten Bereich wollen wir auch im stationären Bereich neue Berufe fördern. Insbesondere wollen wir den Beruf des dokumentationstechnischen Assistenten unterstützen, der dem Arzt Dokumentationspflichten abnehmen kann.

TEILHABE UND SELBSTBESTIMMTES LEBEN

In Thüringen leben derzeit etwa 200.000 schwerbehinderte Frauen und Männer. Die Zahl der Schwerbehinderten wird aufgrund der älter werdenden Gesellschaft in den kommenden Jahren weiter steigen. Besondere Herausforderungen im Alltag müssen die fast 5.000 blinden Menschen überwinden. Diesen Menschen muss ebenfalls ein weitestgehendes Maß an Selbstbestimmung ermöglicht werden. Alle Menschen, egal ob behindert oder nicht behindert, sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Das haben wir erreicht:

- Eine der ersten Maßnahmen, die mit der Regierungsbeteiligung der SPD in Thüringen umgesetzt worden ist, war die Erhöhung des Thüringer Blindengelds um 50 Euro auf 270 Euro monatlich. Dies ermöglicht blinden und sehbehinderten Menschen die Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen sowie den Erwerb technischer Hilfsmittel.
- Wir haben die Finanzierung der Inanspruchnahme von Gebärdendolmetschern gesichert, sodass Menschen, die taub oder stark hörbeeinträchtigt sind, diese Leistungen nutzen und so beispielsweise Unterstützung bei Arztbesuchen erhalten können.
- In einem intensiven Diskussionsprozess wurde unter Beteiligung verschiedener Akteure und Betroffener im Bereich der Politik für Menschen mit Behinderungen ein umfangreicher Maßnahmenkatalog zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen erarbeitet. Er ist ein wichtiger Schritt, um eine inklusive Schul- und

Hochschulbildung zu ermöglichen, die Chancen von Menschen mit Behinderungen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verbessern, Barrieren im Bau- und Medienbereich abzubauen, den Zugang zu Angeboten des Sports, des Tourismus und im kulturellen Bereich zu verbessern, und Belange von Behinderten im Gesundheits- und Pflegesystem stärker zu berücksichtigen.

Das werden wir tun:

- Wir werden das Landesblindengeld auf den Bundesdurchschnitt erhöhen (derzeit 410 Euro im Monat). Besonderen Hilfe- und Unterstützungsbedarf haben Taubblinde. Diese sollen den doppelten Betrag des Landesblindengeldes erhalten.
- Wir wollen Barrieren für Behinderte dort wo es möglich ist, abbauen und den umfassenden Thüringer Maßnahmenplan zur UN-Behindertenrechtskonvention Schritt für Schritt umsetzen. Wir wollen, dass Behinderte ihre Rechte wahrnehmen und zur Not auch einklagen können. Ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist die Überarbeitung und schrittweise Anpassung des Thüringer Behindertengleichstellungsgesetzes. Wir achten auf eine angemessene Finanzierung für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen. Wir sind uns bewusst, dass es sich bei der Umsetzung der UN-Konvention um einen komplexen und langfristigen Prozess handelt. Den vorliegenden Maßnahmenplan werden wir in regelmäßigen Abständen durch alle Beteiligten überprüfen und soweit erforderlich fortschreiben. Das bedeutet auch weitere notwendige Maßnahmen einzufügen.
- Ein weiterer Schwerpunkt ist die Einführung der Integrierten Teilhabepanung (ITP). Wir wollen Menschen mit Behinderungen dadurch ein möglichst hohes Maß an Teilhabe und Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen und Lebensphasen ermöglichen. Die Eingliederungshilfe soll von einer überwiegend einrichtungszentrierten und pauschalen Förderung zu einer personenzentrierten und individuellen Hilfe umgestaltet werden. Wir wollen eine passgenaue Hilfe für jeden Einzelnen. Nach der erfolgreichen Erprobung in den Modellregionen wollen wir die Integrierte Teilhabepanung im Freistaat Thüringen flächendeckend einführen.

OPFER RESPEKTIEREN

Wir erkennen das Schicksal und Leid der Opfer der DDR-Repression an und zollen ihnen unseren Respekt. Auch in Zukunft wollen wir sie mit staatlichen Leistungen unterstützen.

Das haben wir erreicht:

- Wir haben mit dem Fonds für ehemalige Heimkinder der DDR einen sehr wichtigen Beitrag zur Rehabilitierung der Betroffenen geleistet. Die Ausstattung des Fonds und die Leistungsgewährung analog zum sog. Heimkinderfonds

West hat deutlich gemacht, dass Unrecht nicht ungleich bewertet werden darf.

Das werden wir tun:

- Wir werden den Fonds für ehemalige Heimkinder der DDR mit ausreichend Mitteln ausstatten und die verabredeten Leistungen beibehalten. Auch die Betroffenen strafrechtlicher Rehabilitation können sich auf unsere Solidarität verlassen.

GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN

Im Bereich der Gleichstellung haben wir in den vergangenen Jahren viel erreicht. Aber wir machen uns nichts vor: Im Alltag ist die Gleichstellung auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch immer nicht vollständig verwirklicht. Frauen tragen größere Risiken im Erwerbsleben als Männer - sie arbeiten deutlich häufiger in prekären Beschäftigungsverhältnissen, haben schlechtere Aufstiegsmöglichkeiten und verdienen im Durchschnitt 22 % weniger Geld. Auch wenn die Lohnunterschiede in Thüringen im Vergleich zu den anderen Bundesländern unterdurchschnittlich sind, ist dies nicht zuletzt auf die Lohnsituation in Thüringen insgesamt zurückzuführen. Auch Verbesserungen im Bereich der schulischen, beruflichen und akademischen Ausbildung von Frauen konnten daran bislang nichts ändern. Frauen sind in Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert. Wir wissen, dass hierfür nicht die schlechtere Ausbildung oder Eignung von Frauen, sondern weiterhin die bestehende Diskriminierung die Ursache ist.

Wir wollen in Thüringen einen Beitrag dazu leisten, mehr Chancen für Frauen im Beruf und in der Karriere zu schaffen. Nicht nur in Thüringer Unternehmen, auch im öffentlichen Sektor sind Frauen zu selten in Führungsetagen vertreten. Mit einer verbindlichen Frauenquote für die öffentlichen Verwaltungen wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen.

Das haben wir erreicht:

- Wir haben ein modernes Gleichstellungsgesetz für die öffentliche Verwaltung Thüringens erarbeitet und verabschiedet. Die Stellung der Gleichstellungsbeauftragten in Kommunen und Land haben wir deutlich gestärkt: In Kommunen über 20 000 Einwohnern werden Gleichstellungsbeauftragte überwiegend für diese Funktion freigestellt. Gleiches gilt für große Behörden des Landes. Mit Gleichstellungsplänen fördern wir die Gleichstellung der Geschlechter. Im Gleichstellungsgesetz ist eine Quote von mindestens 40 % des unterrepräsentierten Geschlechts in Führungsposition festgeschrieben. Mit dem Klagerecht für die Gleichstellungsbeauftragten erhalten diese die Möglichkeit, ihre Beteiligungsrechte wirksam zu erstreiten.

- Wir haben durch eine gute Betreuungssituation in den Kindertageseinrichtungen die Möglichkeiten für Frauen verbessert, Kinder und Beruf zu verbinden und einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen.

Das werden wir tun:

- Wir wollen ein Frauenförderprogramm in der Landesverwaltung einführen, um Frauen zu ermutigen, Führungspositionen zu übernehmen und sie auf diesem Weg zu unterstützen. Ziel ist es, den Anteil von Frauen in Führungspositionen deutlich zu erhöhen.
- Wir wollen den Frauenanteil in Aufsichtsräten landeseigener Unternehmen und Gesellschaften deutlich erhöhen.
- Im Zuge einer Novellierung des Gleichstellungsgesetzes wollen wir die Gleichstellungsbeauftragten in den Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern stärken. Wir wollen die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten mit einem angemessenen Budget ausstatten.
- Wir wollen die Möglichkeiten von Klage-, Veto- und Widerspruchsrechten für die Landesgleichstellungsbeauftragte und für kommunale Gleichstellungsbeauftragte schaffen. Anerkannte Vereine, deren Ziel die Verwirklichung einer geschlechtergerechten Gesellschaft bzw. der Abbau von Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht oder sexueller Orientierung ist, sollen Beteiligungsmöglichkeiten erhalten.

TOLERANZ GEHÖRT ZU EINEM MODERNEN LAND

Schwule und Lesben verdienen denselben Respekt wie alle anderen Menschen. Eine Ungleichbehandlung aufgrund der geschlechtlichen Identität und Orientierung ist für uns anachronistisch. Unser Ziel bleibt die vollständige Gleichstellung in allen Lebensbereichen.

Das haben wir erreicht:

- Mit der 2009 geschlossenen Koalitionsvereinbarung wurden erstmals gleichstellungspolitische Vereinbarungen in Bezug auf nicht-heterosexuelle Menschen in Thüringen festgeschrieben, wie sie sich auch aus der 1993 verabschiedeten Landesverfassung ergeben. In der Folge wurden, höchstrichterlichen Urteilen folgend, entsprechende Rechtsnormen im Freistaat angepasst.
- Wir haben Thüringer Gesetze so angepasst, wie es der Respekt gegenüber gleichgeschlechtlichen Paaren gebietet. Durch unsere Regierungsbeteiligung können gleichgeschlechtliche Paare in Thüringen inzwischen ihre Lebenspartnerschaft im Standesamt besiegeln. Zudem ist die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe nunmehr auch in der Beamtenversorgung geregelt.

- Über diese Absichtserklärung hinaus trat Thüringen der „Koalition gegen Diskriminierung“ bei, richtete im TMS-FG einen zentralen Ansprechpartner für alle Diskriminierungsformen (einschließlich der Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität) ein und richtete – als bisher einziges Bundesland – einen Staatsakt zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus aus Anlass des 100sten Geburtstages eines Rosa-Winkel-Häftlings aus.

Das werden wir tun:

- Die vollständige Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe ist uns ein wichtiges Anliegen. Dazu gehört auch die Gleichstellung im Adoptionsrecht.
- Wir wollen geeignete Organisationen unterstützen und Aktivitäten fördern, um den Abbau der Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen und Transgendern voranzutreiben. Beratungs-, Kultur- und Selbstvertretungsprojekte fördern wir durch die Entwicklung von Veranstaltungsmodulen und Unterstützung queerer Strukturen im ganzen Land. Die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle in Thüringen werden wir ausbauen.
- Wir wollen öffentliche Institutionen für die Belange von Schwulen und Lesben sensibilisieren. An geeigneten Stellen benennen wir entsprechend geschulte Ansprechpersonen (z.B. in Polizeiinspektionen für homo- und transphobe Gewalt), und errichten ein Beschwerdemanagement.
- Wir stehen für Toleranz im Bildungswesen. Dazu schaffen wir Module in der Aus-, Weiter- und Fortbildung von Lehr- und Erziehungspersonal in allen Bildungsformen. Unterrichtsmaterialien und Bildungsinhalte sollen das Thema Vielfalt angemessen aufgreifen und darstellen. Zudem werden wir einen Aktionsplan zur Förderung von Toleranz gegenüber homo-, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen entwickeln.
- Wir wollen die Opfer des Nationalsozialismus sowie die Verurteilten nach § 175 Strafgesetzbuch rehabilitieren. Wir sehen diese Urteile als Unrecht an.

WELTOFFENES THÜRINGEN – FÜR VIELFALT UND INTEGRATION

Thüringen ist ein weltoffenes und buntes Land, in dem Menschen aus den verschiedensten Ländern und Kulturkreisen zusammenleben. Das ist gut so und stellt in vielerlei Hinsicht eine Bereicherung für unser Land dar. Wir stehen für ein gutes Miteinander von Alteingesessenen und Zuwanderern, Deutschen und Ausländern. Wir sehen Thüringen als ein Zuwanderungsland, in dem sich alle Menschen, die hier ihre neue Heimat finden, wohl fühlen sollen. Unsere Unternehmen können durch Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte

dem drohenden Fachkräftemangel entgegensteuern. Eine Willkommenskultur und gezielte Integrationsangebote – von der Sprache bis zum Sportverein – sind das richtige Signal. Aufgabe von Land und Kommunen ist es, dafür die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen.

Menschen, die vor Verfolgung und Vertreibung fliehen, brauchen unsere Solidarität. Wir wollen in Thüringen unseren Beitrag leisten, um Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten aufzunehmen. Alle, die sich rechtmäßig bei uns aufhalten, weil sie Schutz suchen oder arbeiten wollen, sollen sich in Thüringen willkommen fühlen.

Das haben wir erreicht:

- Wir haben für ausländische Fachkräfte und Auszubildende eine einheitliche Anlaufstelle geschaffen: das Welcome Center. Es trägt seinen Namen zu Recht, denn es berät und informiert zu Arbeit und Leben in Thüringen, hilft beim Umgang mit Behörden – etwa bei Einreise- und Aufenthaltsfragen – und bietet Unterstützung für die mitziehenden Familien.
- Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erleichtern wir mit dem Thüringer Anerkennungsgesetz. Das Gesetz gibt allen Personen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit einen Rechtsanspruch auf eine individuelle Überprüfung der Gleichwertigkeit ihrer Berufsqualifikationen. Auch hier erfolgt die Erstberatung durch das Welcome Center.
- Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben wir zu Zuwanderungsmagneten für junge Menschen aus der ganzen Welt gemacht. Damit stärken wir den Wissenschafts- und Forschungsstandort Thüringen und machen unser Land in der Welt bekannt. Das kommt langfristig auch der Wirtschaft und unseren touristischen Einrichtungen zugute.
- Die Lebensumstände und die Integration von Asylbewerbern haben wir verbessert. Vor unserer Regierungsbeteiligung hatte Thüringen im bundesweiten Vergleich besonders restriktive Regelungen für Asylbewerber. Wir haben durchgesetzt, dass sich diese Menschen nunmehr ohne Erlaubnis in ganz Thüringen bewegen können, zum Beispiel um Freunde und Verwandte zu besuchen oder sich beraten zu lassen.
- Uns sind auch kleine Schritte der Integration wichtig. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass der Versammlung der Thüringer Landesmedienanstalt künftig ein/e Vertreter/ in der Migrantinnen und Migranten angehört. Er oder sie kann sich dann zur Medienbildung oder zur Medienberichterstattung über Ausländer äußern, der eine große Bedeutung bei der Bekämpfung von Vorurteilen und Resentiments zukommt.

Das werden wir tun:

- Wir wollen die Willkommenskultur in Thüringen weiter ausbauen. Ein wesentlicher Baustein ist die Mehrsprachigkeit in der Verwaltung, um Migrantinnen und Migranten besser beraten zu können. Wir wollen die Kommunen bei der Umsetzung dieses Ziels unterstützen.
- Integration beginnt im frühesten Alter. Unser Ziel ist es, Kinder von Migrantinnen und Migranten möglichst früh in Kindertagesstätten und Schulen zu integrieren. Dazu wollen wir die Möglichkeiten zum frühen Spracherwerb weiter verbessern. Interkulturell geschultes und für die verschiedenen Hintergründe der Kinder sensibilisiertes Personal ist dabei unerlässlich.
- Um den Fachkräftebedarf zu decken, brauchen wir die Zuwanderung von Fachkräften. Die SPD Thüringen spricht sich dafür aus, die Anwerbeprogramme für außerthüringische Fachkräfte und zentrale Anlauf-, Informations- und Beratungsangebote für Zuwanderinnen und Zuwanderer miteinander zu verknüpfen.
- Die Internationalisierung unserer Hochschulen werden wir fortsetzen. Zugleich wollen wir, dass junge Menschen berufliche Perspektiven erhalten, auch wenn sie nicht aus einem EU-Staat kommen. Nach erfolgreichem Studienabschluss in Thüringen sollen die jungen Akademikerinnen und Akademiker bleiben dürfen. So kann unsere Wirtschaft noch besser von gut ausgebildeten, zudem mehrsprachig qualifizierten Fachkräften profitieren.
- Wir setzen uns dafür ein, dass alle EU-Bürger sich durch erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten aktiv an der Gestaltung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse beteiligen können. Der Beteiligung der Bürger anderer Mitgliedsstaaten der EU an Landtagswahlen in Deutschland stehen gegenwärtig die Vorgaben des Grundgesetzes und der Thüringer Verfassung entgegen. Wir wollen – gemeinsam mit den Initiativen in anderen Ländern – hier eine Änderung erreichen.
- Wir setzen auf eine stärkere finanzielle Unterstützung der Kommunen zur Gestaltung einer menschenwürdigen und unterstützenden Flüchtlingspolitik vor Ort. So werden wir eine angemessene Unterbringung vor Ort gewährleisten sowie die Betreuung der Flüchtlinge und ihre medizinischen Versorgung verbessern. Unser Ideal ist dabei die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge mit sozialpädagogischer Betreuung, um so den Austausch mit den Thüringerinnen und Thüringern zu befördern. Wir lehnen die Praxis einiger Landkreise ab, Flüchtlingen Einkaufsgutscheine anstelle von Bargeld für Lebensmittel zu geben. Wir halten das für diskriminierend und wollen diese abschaffen.
- Auf Bundesebene wollen wir erreichen, dass auch Flüchtlinge, die nur kurz in Deutschland sind, für diese Zeit einen

Rechtsanspruch auf kostenlose Sprachkurse erwerben. Dies ist die Grundlage für die Integration. Wir machen uns zugleich dafür stark, dass Asylbewerber schnell eine Arbeitserlaubnis erhalten. Dadurch können sie selbstbestimmt am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in Thüringen teilhaben. Vorurteile lassen sich durch das Miteinander am Arbeitsplatz abbauen.

GEMEINSAM GEGEN RECHTS – FÜR MEHR ZIVILCOURAGE

Rechtsextremismus ist keine Randerscheinung. Vielmehr sind diese Einstellungsmuster in allen gesellschaftlichen Gruppen mehr oder weniger verankert. Sie bedrohen unsere Demokratie und verletzen die sozialdemokratischen Grundwerte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wie wichtig der Kampf gegen rechte Gewalt und menschenverachtende Meinungen ist, haben uns die grausamen rassistischen Morde der NSU deutlich vor Augen geführt. Wir haben schon lange Zeit die Erarbeitung eines Landesprogramms gegen Rechtsextremismus in Thüringen gefordert und dies in Regierungsverantwortung als eines der ersten Projekte umgesetzt. Darauf dürfen wir uns jedoch nicht ausruhen. Denn Thüringen hat nach wie vor ein Problem: Mitten in unserer Gesellschaft gibt es Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Dagegen helfen nur gemeinsame Anstrengungen – von der Jugendarbeit bis zur Schule, von der Polizei bis zur Justiz, von der Zivilgesellschaft bis hin zu den politischen Parteien.

Das haben wir erreicht:

- Mit dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit hat die Landesregierung eine wichtige Grundlage für gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus geschaffen. Es ist gelungen, alle demokratischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte zu bündeln. Ein von einer breiten Basis getragenes Engagement gegen Rechts ist der beste Schutz unserer Demokratie. Dafür danken wir allen zivilgesellschaftlichen Akteuren.
- Durch das Landesprogramm konnten vielfach gute Strukturen für mehr Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Freistaat erhalten, aufgebaut und etabliert werden.
- Beratungsprojekte wurden gesichert und zielgerichtet ausgebaut. Durch gemeinsame Veranstaltungen und Tagungen konnten die Akteure zudem noch besser miteinander vernetzt werden und sich über die gemeinsame Arbeit innovativ austauschen. Auch das bürgerschaftliche Engagement und die Zivilgesellschaft konnten gestärkt werden.

Das werden wir tun:

- Das Landesprogramm soll künftig noch stärker den Kampf gegen Rechtsextremismus forcieren. Deshalb soll sich diese Schwerpunktsetzung auch explizit im Namen

des Programms widerspiegeln. Die Förderhöhe wollen wir verstetigen.

- Zivilgesellschaftliches Engagement braucht unterstützende politische Rahmenbedingungen. Deshalb wollen wir Maßnahmen zur Stärkung von Zivilcourage in das Landesprogramm aufnehmen. Zivilgesellschaftliches – also ehrenamtliches – Engagement und professionelle Beratungsarbeit sollen einander ergänzen. Die jahrelange Kompetenz und Erfahrung von mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus und der Beratung von Opfern rechter Gewalt gilt es unabhängig von Bundesförderung langfristig zu erhalten. Die Opfer rassistischer Übergriffe benötigen weiter Schutz und Unterstützung in der Gesellschaft. Es bedarf der Empathie für die Opfer und nicht für die Täter.
- Wir benötigen einen umfassenden präventiven Ansatz gegen Rechtsextremismus im Landesprogramm, den wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe sehen, die sich nicht auf einzelne Altersgruppen oder Milieus beschränkt und auch politisch als Querschnittsaufgabe anzusehen ist.
- Vor allem fordern wir ein Verbot der NPD. Mit einem Parteiverbot würde dieser rechtsextremistischen Partei der Mantel der Legalität genommen. Sie könnte das demokratische System nicht weiter zur Verfolgung ihrer demokratie- und menschenfeindlichen Ziele instrumentalisieren. Zudem würde ihr durch den Entzug öffentlicher Gelder die Fähigkeit genommen, den Rechtsextremismus insgesamt zu stärken.

SOZIALES UND SOLIDARISCHES EUROPA

Unser Freistaat Thüringen liegt nicht nur in der Mitte Deutschlands, sondern auch im Herzen Europas. Nicht nur deshalb liegt uns Europa am Herzen. Unmittelbar erfahren wir Europa, wenn wir über die offenen Grenzen reisen und im Euro-Raum eine gemeinsame Währung nutzen. Aber wir erfahren Europa auch, wenn andere EU-Bürger zu uns kommen – als Touristen, Studierende oder Fachkräfte. Das sind nur die sichtbaren Vorteile Europas; viele weitere nehmen wir kaum noch wahr. So ist der Binnenmarkt ein wichtiger Jobmotor und fast zwei Drittel der Thüringer Exporte gehen in die EU. Fakt ist: Als attraktiver Dienstleistungsstandort, Verkehrsknotenpunkt und Kulturland profitiert Thüringen in besonderem Maße von Europa.

Europa ist für uns mehr als ein gemeinsamer Markt und eine gemeinsame Währung. Europa ist ein Friedensprojekt. Gerade die Entwicklungen in der Ukraine zeigen, wie wichtig dieses Friedensprojekt auch aktuell ist.

Europa ist auch ein Wohlstandsprojekt. Mit den Strukturfonds der EU finanzieren wir wichtige Zukunftsinvestitionen in Thüringen, wie die Vollendung der A 71, Baumaßnahmen an unseren Hochschulen oder Tourismusprojekte im Hainich.

Europa muss auch ein soziales Projekt sein. In einer Welt der grenzenlosen Märkte dürfen der soziale Ausgleich und die Solidarität nicht an nationalen Grenzen Halt machen. Deshalb wollen wir eine EU, die sich hohe soziale und rechtliche Standards als Zielvorgaben setzt. Diese Standards brauchen wir, um zukunfts- und konkurrenzfähige Arbeitsplätze und gute Lebensbedingungen in der gesamten EU zu schaffen. Europa ist ein demokratisches Projekt – auch wenn die Krisengipfel der vergangenen Jahre manches Mal haben Zweifel aufkommen lassen. Wir brauchen mehr Demokratie der EU und ein Europa, bei dem die Bürgerinnen und Bürger mehr zählen.

Europa ist auf dem Weg zur Rechtsgemeinschaft. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofes u.a. zur Vorratsdatenspeicherung haben gezeigt, dass u.a. die Europäische Grundrechtcharta Ansatzpunkte für einen weiteren Schutz der Bürger bietet. Wer im 21. Jahrhundert den Finanzmarktkapitalismus bändigen will, wer gute Arbeit und einen zuverlässigen Sozialstaat möchte, wer den Raubbau an der Natur stoppen will, wer verlangt, dass unsere Bürgerrechte auch im Internetzeitalter gelten, der muss auf Europa setzen. Doch es geht nicht um ein Europa des „Weiter so“. Wir müssen Europa neu denken. „Die Europäische Union muss vervollständigt werden!“, wie es der große Europäer Helmut Schmidt anlässlich seines 95. Geburtstags eindringlich gesagt hat.

Das haben wir erreicht:

- In erfolgreichen Verhandlungen haben wir erreicht, dass Thüringen in der neuen Förderperiode 2014-2020 insgesamt mehr als 2 Milliarden Euro Unterstützung aus den europäischen Programmen für regionale Entwicklung (ERDF) und für die Entwicklung des ländlichen Raums (ERDF) sowie aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) erhält. Es sind Mittel, mit denen in Thüringens Zukunft investiert werden kann: für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung, gute Arbeit und attraktive Lebensbedingungen hier im Land.
- Thüringen besitzt durch den Vertrag von Lissabon neue und gestärkte Beteiligungsmöglichkeiten an politischen Entscheidungen der EU, die wir im Rahmen des so genannten Subsidiaritäts-Frühwarnsystems intensiv genutzt haben. Auf Grundlage einer 2011 geschlossenen Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung wird der Thüringer Landtag frühzeitig über Vorhaben, Verordnungen und Richtlinien der EU informiert. Er kann seine Bedenken und Anregungen an die Landesregierung übermitteln, die dadurch bei Abstimmungen im Bundesrat politisch gebunden ist.
- Das Europäische Informationszentrum (EIZ) in Erfurt, das den Bürgerinnen und Bürgern wertvolle Informationen zur EU und ihren Institutionen liefert, wurde durch unseren Einsatz erhalten und weiterhin finanziell auskömmlich ausgestattet.

Das werden wir tun:

- Angesichts der aktuellen Krisensituation in Europa werden wir in der EU und im Bundesrat alles dafür tun, die Verursacher der Krise an der Bewältigung der Folgen zu beteiligen. Hierfür benötigen wir vor allem eine starke Bankenunion. Diese soll durchsetzen, dass Bankenpleiten weitgehend durch Aktionäre, private Gläubiger und den von der Finanzwirtschaft gespeisten Abwicklungsfonds geschultert werden – und nicht länger der Steuerzahler dafür haftet. Darüber hinaus kann die Finanztransaktionssteuer einen wichtigen Beitrag dazu leisten, um Kapitalmarktspekulationen zu begrenzen.
- Von zentraler Bedeutung sind ausreichend finanzierte Programme gegen Massenarbeitslosigkeit, vor allem gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Zugleich engagieren wir uns für eine gemeinsame, innovative und ökologisch-nachhaltige Wirtschaftspolitik. Sie stärkt die Wachstumskräfte in den europäischen Krisenländern und bietet den Menschen Zukunftsperspektiven in ihren Heimatländern.
- Die Sozialdemokratie steht für die Kombination aus sozialpolitischer Kompetenz und wirtschaftspolitischem Sachverstand – auch auf europäischer Ebene. Gute Arbeit und die Steigerung der wirtschaftlichen Dynamik stellen wir ins Zentrum unserer europapolitischen Initiativen. Ein soziales Europa braucht starke Arbeitnehmerrechte, handlungsfähige Gewerkschaften und durchsetzungsfähige Betriebsräte, um die Interessen der arbeitenden Menschen in Europa effektiver zu vertreten. Dem Lohndumping sagen wir den Kampf an. Wir bekennen uns zu Zukunftsinvestitionen in moderne Infrastrukturen, in Forschung und Entwicklung sowie in Bildung – in Thüringen wie in Europa.
- Wir wollen vereinfachte Förderverfahren für die europäischen Strukturfonds. Die ab 2014 zur Verfügung stehenden Fördermittel werden wir weiterhin für Zukunftsinvestitionen verwenden sowie dafür einsetzen, die Arbeitslosigkeit und Armut wirkungsvoll zu bekämpfen und die Energiewende zu verwirklichen. Nicht zuletzt machen wir damit unsere Wirtschaft, die durch viele klein- und mittelständische Unternehmen geprägt ist, noch dynamischer.
- Wir wollen regionale und Städtepartnerschaften, wie sie u. a. mit Gemeinden und Regionen aus Polen, Frankreich, Litauen, Russland oder Ungarn bestehen, stärker fördern. Damit verbessern wir die Verständigung und den kulturellen wie wirtschaftlichen Austausch innerhalb der EU. Ein intensiver Austausch eröffnet neue Perspektiven und macht den europäischen Gedanken der Völkerverständigung durch persönliche Erfahrungen erlebbar. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf den Schüler- und Studierendenaustausch legen.

- Wir unterstützen den Aufbau einer EU-Staatsanwaltschaft und die Durchsetzung des Rechtsinstituts des Europäischen Haftbefehls, um grenzüberschreitende Kriminalität effektiv zu bekämpfen. Gleichzeitig setzen wir uns für die Einführung eines EU-weiten Korruptionsregisters

mit dem Ziel ein, Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Mittel und Aufträge auszuschließen, die irgendwo in Europa Subventionsbetrug begehen, Kartellabsprachen vornehmen, Schwarzarbeiter beschäftigen oder Verwaltungen korrumpieren.

LERNEN, STUDIEREN, FORSCHEN – THÜRINGEN INVESTIERT IN DIE ZUKUNFT

Thüringen ist Spitze. In nationalen und internationalen Vergleichstests schneidet unser Bildungssystem hervorragend ab. 84 % der Thüringerinnen und Thüringer loben die Bildungsangebote. Und: Die Thüringerinnen und Thüringer vertrauen der Bildungspolitik der SPD – bei unabhängigen Wählerbefragungen bekommen wir unter allen Parteien die höchste Kompetenz zugesprochen. Unser Leitsatz findet Anklang: Auf den guten Anfang kommt es an und die richtige Balance zwischen Fordern und Fördern ist entscheidend. Deshalb haben wir Thüringen zum Vorzeigeland der frühkindlichen Bildung gemacht, die individuelle Förderung an allen Schulen gestärkt und mit der Etablierung der Thüringer Gemeinschaftsschule längeres gemeinsames Lernen bis mindestens Klasse 8 ermöglicht. Wir haben für mehr neue Lehrerinnen und Lehrer gesorgt und gemeinsam mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden ein Personalentwicklungskonzept für die nächsten zehn Jahre erstellt.

Wir wollen, dass Bildung nicht von der Herkunft oder dem Geldbeutel abhängt. Und wir wollen motivierte Lehrerinnen und Lehrer, die unterrichten können und weniger verwalten müssen.

Was wir angefangen haben, wollen wir mit vollem Einsatz fortsetzen. Thüringen soll auch in Zukunft Bildungsland Nummer 1 sein.

Starke Hochschulen sind für uns mehr als herausragende Bildungseinrichtungen. Unsere Hochschulen sind die Motoren einer erfolgreichen Entwicklung Thüringens.

Attraktive Studienbedingungen und leistungsfähige Forschungsstrukturen sorgen für Zuwanderung. Sie ziehen kluge Köpfe aus dem In- und Ausland an. Bereits heute kommen 40 % der Studienanfänger aus den alten Bundesländern. Gleichzeitig tragen unsere Hochschulen maßgeblich zur Internationalität Thüringens bei: 16 % der Studierenden kamen im vergangenen Jahr aus dem Ausland.

Attraktive Hochschulen sind das beste Mittel gegen Abwanderung und Stagnation. Deshalb haben wir gemeinsam mit den Thüringer Hochschulen ihre weitere Profilierung vorangebracht und stehen für eine auskömmliche und bedarfsgerechte Finanzierung der Thüringer Hochschulen.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG: UNSER LAND BLEIBT SPITZE

Thüringen ist das Heimatland des Kindergartens. 1840 eröffnete Friedrich Fröbel in Bad Blankenburg den ersten Kindergarten der Welt. Wir wollen, dass Thüringen selbstbewusst seine guten Traditionen pflegt – mit hervorragender frühkindlicher Bildung.

Das haben wir erreicht:

- Mehr Fachpersonal. Durch einen verbesserten Betreuungsschlüssel stehen erheblich mehr Erzieherinnen und Erzieher für die Betreuung und Bildung der Kinder zur Verfügung. Seit 2010 wurden im Durchschnitt in jedem Kindergarten zwei zusätzliche Stellen geschaffen. Insgesamt gibt es thüringenweit mehr als 2.500 zusätzliche Stellen.
- Mehr Kompetenz. Für die Fachberatung der Kindertagesstätten haben wir mehr Mittel zur Verfügung gestellt, damit die Fortbildung von Fachkräften und die Erarbeitung pädagogischer Konzeptionen unterstützt werden.
- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir haben den voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder ab dem ersten Geburtstag bis zum Grundschulalter im Umfang von täglich zehn Stunden gesetzlich verankert.
- Erfolgreiche Inklusion. Wir haben die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und damit die Verbesserung der Förderung von behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern vorangebracht.
- Mehr Mitwirkung. Wir haben die Elternrechte durch Bildung von Elternvertretungen auf Ebene der Kommunen, der Landkreise und des Landes gestärkt.
- Mehr Platz. Wir haben für eine bessere räumliche Ausstattung in den Kindertageseinrichtungen gesorgt.

Das werden wir tun:

- Wir wollen auch in Zukunft hohe pädagogische Standards und gut qualifizierte Fachkräfte in der frühkindlichen Bildung. Eine Absenkung der Standards wird es mit uns nicht

geben. Wir werden am Fachkräftegebot und dem Betreuungsschlüssel festhalten.

- Den Erzieherberuf möchten wir aufwerten. Hierzu gehören die Profilierung von Ausbildungsangeboten an Fachschulen, Fachhochschulen und den Universitäten sowie eine verstärkte Kooperation zwischen den Einrichtungen.
- Wir wollen die Arbeit in den Kindertagesstätten und die Tagespflege qualitativ weiterentwickeln. Dazu sollen die Weiterbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher verbessert werden - im Hinblick auf die pädagogische Arbeit sowie die Arbeit mit Eltern.
- Wir wollen für das Personal aller Kindertageseinrichtungen gute, tarifvertraglich geregelte Arbeitsbedingungen mit Löhnen, die sich an der Höhe des Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst orientieren.
- Familien leisten viel. Wir wollen sie entlasten. Wir wollen den schrittweisen Einstieg in die Gebührenfreiheit. Das Land kann das nicht allein schaffen. Es ist notwendig, dass sich auch der Bund dauerhaft am Ausbau der Kindergarten-Finanzierung beteiligt. Wir werden uns in Berlin dafür einsetzen.
- Wir werden dafür sorgen, dass die Kita-Finanzierung des Landes zielgenauer wird. Der enorme Zuwachs bei den Landesmitteln muss auch vor Ort ankommen. Bei der weiteren Ausgestaltung des Kommunalen Finanzausgleiches werden wir darauf achten.
- Eltern, deren Kinder nicht den Kindergarten besuchen, erhalten im Moment eine Doppelförderung. Der Bund zahlt für Kinder im zweiten Lebensjahr, die zu Hause bleiben, Betreuungsgeld, das Land das Thüringer Landeserziehungsgeld. Wir werden die Doppelförderung abschaffen und das Geld in bessere Angebote der Kindergärten investieren.

GUTE SCHULE ZAHLT SICH AUS

Die Thüringer SPD steht für ein Schulsystem, das jedem Kind die Chance auf bestmögliche Entwicklung eröffnet. Jedes Kind, gleich welcher Herkunft, ob mit Handicaps oder ohne, soll seine Fähigkeiten voll ausschöpfen können. In Regierungsverantwortung haben wir seit 2009 wichtige Schritte eingeleitet, um diese Ziele verwirklichen zu können.

Das haben wir erreicht:

- Für eine bessere Unterrichtsabsicherung haben wir begonnen, wieder mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Die Personalplanung ist neu justiert und die Verwaltungsabläufe rund um Schule optimiert.
- Die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler ist der Leitgedanke unseres neuen Schulgesetzes. Neben den Noten und Bewertungen in den einzelnen Fächern

wird jetzt auch die Lernentwicklung insgesamt in den Blick genommen.

- Mit der Einführung der Thüringer Gemeinschaftsschule als gleichberechtigter Schulart ist in Thüringen längeres gemeinsames Lernen bis mindestens Klasse 8 möglich. Im Schuljahr 2014/2015 wird es mehr als 40 Gemeinschaftsschulen geben.
- Für den weiteren Ausbau schulischer Ganztagsangebote stellen wir mehr Pädagogen zur Verfügung.
- Wir sorgen weiterhin für eine angemessene Finanzierung der freien Schulen. Sie sind Bestandteil einer vielfältigen Bildungslandschaft.
- Für den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern haben wir die notwendigen Ressourcen bereitgestellt und die fachliche Beratung verbessert.
- Die Thüringer SPD fördert den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, indem sie staatlichen Lehrkräften den nötigen Freiraum für eine hohe Qualität des Unterrichtes gibt und den von den Kirchen zur Verfügung gestellten Lehrkräften (Gestellungskräften) sichere Einsatzbedingungen bietet. Wir haben die Zahl der Schulpsychologen verdoppelt. Damit sind die Beratung von Lehrkräften und die Begleitung von Schülern in schwierigen Situationen besser abgesichert.
- Mit der neuen Struktur der Schulämter haben wir uns am Grundsatz einer effektiven Verwaltung orientiert. Organisatorisch wurde die Anzahl der Schulämter von elf auf fünf konzentriert. Inhaltlich erfolgte eine klare Orientierung am Konzept der Eigenverantwortlichen Schule.
- Wir haben die Direktwahl der Schülersprecher an unseren weiterführenden Schulen eingeführt. So stärken wir unsere Schulen als Lernorte für Demokratie.
- Thüringen liegt bei allen bundesweiten Vergleichsstudien seit 2009 an der Spitze Deutschlands, so etwa beim Chancenspiegel, beim Bildungsmonitor und bei den Leistungsvergleichen der Kultusministerkonferenz in Mathematik und den Naturwissenschaften (Klasse 9) sowie an Grundschulen (Klasse 4) im sprachlichen Bereich. Dafür wollen wir auch weiterhin sorgen.

Das werden wir tun:

- Wir setzen unsere Anstrengungen fort, den Unterricht konsequent abzusichern. Jede Stunde Unterricht, die ausfällt, ist eine Stunde zu viel. Wir werden deshalb die Personalplanung weiter verbessern. Wenn eine Lehrerin oder ein Lehrer krankheitsbedingt ausfällt, wollen wir für schnellen Ersatz sorgen. Dazu haben wir zusammen mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden das Modell einer Personalreserve mit Vertretungskräften und einem Vertretungsbudget für die Schule entwickelt.

- Den Einstellungskorridor für Nachwuchspädagogen werden wir in den kommenden Jahren ausbauen. Dies ist nötig, um die Abdeckung des Unterrichts, den weiteren Ausbau der Thüringer Gemeinschaftsschule und von schulischen Ganztagsangeboten sowie den Übergang zu einem inklusiven Schulwesen personell abzusichern.
- Die Thüringer Gemeinschaftsschule bauen wir weiter aus. Unser Ziel ist es, sie flächendeckend als leistungsstarke und sozial gerechte Schulart, an der sämtliche Schulabschlüsse erworben werden können, zu etablieren. Unser Ziel für die nächsten fünf Jahre: Jeder Schüler in Thüringen, der dies möchte, soll eine Gemeinschaftsschule in seiner Nähe besuchen können.
- Wir wollen schrittweise ein inklusives Schulsystem realisieren, das den Prinzipien der Chancengerechtigkeit und Diskriminierungsfreiheit gerecht wird. Es ermöglicht gemeinsames Leben und Lernen von Menschen mit und ohne Behinderungen bei bestmöglicher individueller Förderung. Wir werden den Entwicklungsplan Inklusion umsetzen. Das heißt für uns auch, dass es für die Schulen die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen gibt. Gleichwohl wissen wir um die Bedeutung der Förderschulen. Gelingende Inklusion zum Nulltarif ist nicht möglich. Förderschulen bleiben deshalb ein fester Bestandteil der Thüringer Bildungslandschaft.
- Die schulischen Ganztagsangebote werden wir weiter quantitativ und qualitativ ausbauen. Jeder Schüler, der für seine Schullaufbahn ein Ganztagsangebot wahrnehmen möchte, soll dazu Gelegenheit haben. Die Verzahnung von Unterricht und Ganztagsangebot soll stärker der individuellen Förderung dienen. Dafür brauchen wir die Zusammenarbeit zwischen Schule und außerschulischen Partnern.
- In Thüringen ist der Hort fester Bestandteil der Grundschule. In dieser pädagogischen Einheit ist der Hort eine Voraussetzung für ein flächendeckendes Ganztagsangebot im Grundschulbereich. Daran halten wir fest. Eine Kommunalisierung der Grundschule oder anderer Schularten wird es mit uns nicht geben.
- Wir bieten den Thüringer Schulen mehr Eigenverantwortung bei der Organisation des Schullebens. Wir wollen den Entwicklungsbonus – ein Budget für die kleinen Dinge des Schulalltags über das Schulen selbst verfügen können – erhöhen. Darüber hinaus sollen Schulen mehr Möglichkeiten bei Personalauswahl, Personalentwicklung und Personalführung haben. Den Schulversuch, Lehrerinnen und Lehrer passend zum Schulprofil einzustellen (schul-scharfe Ausschreibungen), wollen wir für weitere interessierte Schulen öffnen.
- Schule ist für uns mehr als Unterricht. Wir verstehen Schulen auch als Lern- und Lebensorte für Demokratie. Daher achten wir auf Mitsprache- und

Mitwirkungsmöglichkeiten von Schülern und Eltern an den staatlichen Schulen. Sie sollen aktiv an der Schulentwicklung teilhaben und damit auch verstärkt Verantwortung für ihre Schule übernehmen. Wir werden die Schulkonferenz als Ort demokratischer Mitgestaltung der Schulgemeinde stärken und Schülerparlamente aktiv fördern.

- Schule darf keinen Platz für Rechtsextremismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit bieten. Schulische Projekte gegen Rechts werden wir noch besser unterstützen.
- Gewalt hat an unseren Schulen nichts zu suchen. Zur Prävention setzen wir auf die Partnerschaft von Bildungseinrichtungen, Jugendhilfe, Vereinen, Polizei, Ordnungsbehörden und Gesundheitswesen. Diese Kooperationen werden wir zu regionalen Netzwerken weiter ausbauen.
- Noch immer brechen zu viele junge Menschen ihre schulische Ausbildung ohne einen Abschluss ab. Deshalb werden wir neben der individuellen Förderung und der Schulsozialarbeit die Schulausgangphase weiterentwickeln. An ca. 50 Schwerpunktschulen werden wir mit einem speziellen Sonderprogramm gegensteuern. Bis 2020 wollen wir dafür insgesamt 20 Millionen Euro bereitstellen.
- Wir werden die Integration von Zuwanderern durch schulische Angebote unterstützen. Denn Zuwanderung bedeutet Bereicherung für unser Land. Schulen und Pädagogen versetzen wir in die Lage, insbesondere Sprach-, Lese- und Schreibfähigkeiten gezielt zu vermitteln.
- Wir wollen die baulichen Bedingungen an Schulen verbessern und werden eine Investitionsoffensive Schule starten. Wer die Schulgebäude in Thüringen kennt, sieht an vielen Stellen Handlungsbedarf. Allein schaffen es viele Kommunen nicht, die notwendigen Mittel für Sanierung und Ausbau aufzubringen. 30 Millionen Euro sollen deshalb pro Jahr zusätzlich in Schulbau- und Schulsanierungsmaßnahmen fließen.

BERUFSAUSBILDUNG – DIE RICHTIGE WAHL

Zwei von drei Thüringer Jugendlichen eines Jahrgangs absolvieren eine Berufsausbildung. Wir wollen, dass die Berufsausbildung diesen hohen Stellenwert behält. In der Regel findet die zwei- bis dreieinhalbjährige Ausbildung an zwei Lernorten statt: Im Betrieb und in der Berufsschule. Staat und Wirtschaft arbeiten dabei eng zusammen. Wir wollen die Stärke unseres dualen Systems weiter entwickeln. Der direkte Bezug zur Praxis sorgt dafür, dass wir am Ende die Fachkräfte haben, die wir am Arbeitsmarkt auch brauchen. Insgesamt werden in Thüringen etwa 200 anerkannte Ausbildungsberufe angeboten.

Das haben wir erreicht:

- Wir haben uns gemeinsam mit unseren Partnern in Politik, Gewerkschaften und der Wirtschaft dafür eingesetzt, dass unsere erfolgreiche Berufsausbildung ihre entsprechende Anerkennung im Deutschen und Europäischen Qualifikationsrahmen gefunden hat. Eine Thüringer Berufsausbildung wird inzwischen in ganz Europa anerkannt.
- Die Wahl des passenden Berufes beginnt nicht mit der Ausbildung. Wir haben die Berufsorientierung in der Schule gestärkt und eine entsprechende Landesstrategie entwickelt.
- Wir haben die duale Ausbildung gestärkt und außerbetriebliche Ausbildungen auf das unbedingt notwendige Maß begrenzt.
- Wir haben gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Wirtschaft die Eckwerte für ein Berufsschulnetz der Zukunft festgelegt. Die bereits eingeführten Berufsschulregionen bleiben hier erster Ansprechpartner.
- In Härtefällen hilft das Land jungen Menschen und gewährt einen Zuschuss bei den Fahrtkosten zur Ausbildung.

Das werden wir tun:

- Eine abgeschlossene Ausbildung ist die beste Voraussetzung, um auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein. Ein klares Bild über die eigenen Fähigkeiten und die zukünftigen Anforderungen in einem Beruf erleichtern die richtige Entscheidung. Aus diesem Grund wollen wir auf der Basis der Landesstrategie zur Berufsorientierung die Zusammenarbeit der Schulen mit der Agentur für Arbeit, Bildungsträgern und Unternehmen, Hochschulen und den berufsbildenden Schulen für eine bessere Berufsorientierung stärken. Um das zu erreichen, wollen wir alle Partner in einer Jugendberufsagentur vernetzen. Auf diesem Weg sollen Warteschleifen vermieden und Maßnahmen zielgerichtet eingesetzt werden. Bis 2020 wollen wir dafür mindestens 40 Millionen Euro bereitstellen.
- Wir werden eine Ausbildungsgarantie für alle Schulabgänger einführen. Jeder junge Mensch muss die Chance bekommen, einen Berufsabschluss zu machen. Um dies zu realisieren werden wir einen Ausbildungspakt mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften schließen.
- Bei der Weiterentwicklung des Berufsschulnetzes bedarf es auch zukünftig einer intensiven Abstimmung der kommunalen Schulträger untereinander und mit den Kammern. Wir werden mit ihnen zusammen auf ein flächendeckendes und regional ausgewogenes Berufsschulnetz achten.
- Ein demografiefestes Berufsschulnetz darf nicht zu Lasten der Auszubildenden gehen. Wo sich Fahrwege für die Berufsschüler verlängern bzw. eine Internatsunterbringung notwendig wird, wollen wir finanzielle Unterstützung

durch einen Zuschuss gewähren. Um die Mobilität von Auszubildenden sicherzustellen, werden wir ein Azubi-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr einführen. Wir werden darauf hinwirken, dass junge Menschen verstärkt die Möglichkeiten nutzen, einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland zu absolvieren. Wir werden das Thema Arbeitsrecht und Tarifverträge verstärkt in die Lehrpläne der Berufsausbildung aufnehmen, um junge Menschen über ihre Rechte und Pflichten als zukünftige ArbeitnehmerInnen umfassend zu informieren.

AUF MOTIVIERTE LEHRERINNEN UND LEHRER KOMMT ES AN

Thüringen steht vor einer großen Herausforderung. Die Auswirkungen der früheren Personalpolitik im Schulbereich sind nach wie vor spürbar. Der Altersdurchschnitt der Thüringer Lehrerinnen und Lehrer liegt heute bei 52 Jahren. Eine erhöhte Anzahl an Langzeiterkrankungen und Stundenausfällen ist die Folge. Seit Ende 2009 steuern wir gegen.

Das haben wir erreicht:

- Seit 2010 wurde die Anzahl der Neueinstellungen deutlich erhöht. Im Jahr 2008 wurden gerade einmal 9 Stellen neu besetzt. 2013 und 2014 waren es jeweils 400 Stellen.
- Parallel zu den Neueinstellungen haben wir Teilzeitbeschäftigten schrittweise die Rückkehr zur Vollzeitbeschäftigung ermöglicht.

Das werden wir tun:

- Wir werden die personelle Absicherung des Unterrichts gewährleisten und die Lehrerkollegien verjüngen. Dazu stellen wir in den kommenden Jahren mindestens 500 neue Lehrer ein.
- Wir wollen die Besten gewinnen und langfristig an Thüringen binden. Dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Das heißt für uns: eine mit anderen Bundesländern vergleichbare Entlohnung der Pädagoginnen und Pädagogen und die Rückkehr zur Verbeamtung.
- Wir wollen eine langfristige Personalplanung. Gemeinsam mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden haben wir ein Personalentwicklungskonzept abgestimmt. Damit haben wir die Personalpolitik der nächsten 10 Jahre abgesteckt und wollen weiter an der konsequenten Umsetzung arbeiten.

GUTE LEHRE UND EXZELLENT FORSCHUNG

Durch gute Lehre befähigen die Thüringer Hochschulen ihre Studierenden zur eigenständigen und verantwortungsvollen Arbeit in Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft und

Verwaltung. Die Thüringer Hochschulen tragen maßgeblich dazu bei, den wachsenden Fachkräftebedarf zu decken.

Mit exzellenten Forschungsleistungen sind Hochschulen die treibende Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts. Die enge Zusammenarbeit von Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen hat sich als Erfolgsmodell für Thüringen erwiesen. Es sind die Thüringer Hochschulen, die in kooperativen Netzwerken den überwiegend kleinen Thüringer Unternehmen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten auf internationalem Niveau zur Verfügung stellen. Sie sind damit Garant für die internationale Wettbewerbsfähigkeit – und das unabhängig vom Konjunkturverlauf und Umbrüchen in einzelnen Branchen.

Das haben wir erreicht:

- Wir haben die Finanzausweisungen an die Thüringer Hochschulen deutlich erhöht. Mit der Rahmenvereinbarung III haben wir den Hochschulen zusätzlich 121 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen 40 Millionen Euro jährlich für den Hochschulbau. Die Blockade des Bundes bei der Ausfinanzierung des Hochschulpakts 2020 haben wir überwunden. Bis 2018 erhalten die Thüringer Hochschulen so weitere 120 Millionen Euro zusätzlich.
- Wir haben 608 Millionen Euro in die außeruniversitären Forschungsinstitute investiert und damit den Forschungsstandort Thüringen gestärkt.
- Wir haben den zweiten Bauabschnitt des Uni-Klinikums Jena finanziell abgesichert und auf den Weg gebracht.
- Wir haben den von der CDU eingeführten Verwaltungskostenbeitrag abgeschafft. Für uns ist klar: Allgemeine Studiengebühren wird es mit uns nicht geben – auch nicht durch die Hintertür.
- Studierende brauchen eine gute soziale Infrastruktur. Hierfür steht das Thüringer Studentenwerk. Wir haben dessen Finanzausstattung gestärkt und den Zuschussbedarf mit 5 Millionen Euro pro Jahr bedarfsgerecht festgeschrieben. Mit einem Sonderprogramm wurden mit 4,6 Millionen Euro 700 neue beziehungsweise sanierte Wohnheimplätze geschaffen.
- Wir ermöglichen hervorragende Forschung. Mit der Forschungsinitiative E hoch 4 fördern wir gezielt Forschungsvorhaben im Bereich der regenerativen Energieerzeugung, der effizienten Energiespeicherung, des innovativen Netzausbaus und der Steigerung der Energieeffizienz. Damit leisten wir einen Beitrag zur erfolgreichen Energiewende. Zudem haben wir das Programm ProExzellenz zur Förderung der Spitzenforschung neu aufgelegt und hierfür 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.
- Wir geben Nachwuchswissenschaftlern bessere Perspektiven. Dazu haben wir ein Gesetz auf den Weg gebracht, das den Hochschulen die Möglichkeit eröffnet, herausragende

Nachwuchswissenschaftler direkt von der Juniorprofessur in eine dauerhafte Professur zu berufen. Da akademische Bildung für uns nicht ausschließlich mit dem Abitur beginnt, öffnen wir die Hochschulen für beruflich qualifizierte noch weiter.

Das werden wir tun:

- Wir bekennen uns zu allen neun Thüringer Hochschulen, denn die Vielfalt unserer Hochschullandschaft ist eine tragende Säule für ihre Leistungsfähigkeit und Attraktivität. Gleichzeitig ist es diese Vielfalt, von der das ganze Land profitiert. Unser Ziel ist es, die Konkurrenzfähigkeit unserer Hochschullandschaft im internationalen Wettbewerb zu erhalten und – wo erforderlich – auszubauen.
- Mit der Hochschulstrategie 2020 haben wir uns über die Eckdaten für die kommenden Jahre verständigt: Die Hochschulen schärfen ihre Profile, vernetzen sich im Dienstleistungsbereich untereinander und stimmen ihre Studienangebote besser ab. Dies war ein Strategieprozess, der für die Hochschulen auch mit unpopulären Entscheidungen verbunden war. Und doch: Die selbstkritische und offene Diskussion zu strategischen Zielen, zu neuen Schwerpunkten, aber auch das Aufgeben wenig erfolgreicher Ansätze gehört zum Wesen einer Hochschule. Wir werden nun diese profilierten Strukturen nachhaltig und verlässlich ausfinanzieren, indem wir den Empfehlungen des Wissenschaftsrates folgen und den Hochschulen jährlich die wissenschaftsspezifischen Kostensteigerungen plus 1 % als Aufwuchs garantieren (das entspricht etwa einem jährlichen Aufwuchs von 4 %). Das in Thüringen bewährte Modell der langfristigen Finanzierungssicherheit durch Rahmenvereinbarungen zwischen Landesregierung und Hochschulen setzen wir fort.
- Die spezifischen Profile der Universitäten und Fachhochschulen in Thüringen sollen in Zukunft noch besser genutzt werden, um attraktive Studienwege zu ermöglichen, die das Bachelor- und Masterstudium innovativ an verschiedenen Standorten und Hochschultypen miteinander kombinieren. Hierzu werden wir die Zusammenarbeit der Hochschulen mit der Etablierung von Kooperationsplattformen fördern. Dabei soll auch die Kooperation in zentralen Bereichen, wie den Bibliotheken, Rechenzentren und der Liegenschaftsverwaltung, weiter ausgebaut werden. Für uns ist dabei klar: Kooperationen müssen stets die Qualität erhöhen, sie sind kein Sparmodell. In diesem Prozess muss der Blick über Thüringen hinausgehen. Hochschulplanung darf sich nicht in föderalem Kirchenturmdenken verlieren. Die mit dem Universitätsverbund Halle, Jena, Leipzig bereits angelegte Kooperation im mitteleuropäischen Raum werden wir ausbauen.
- Der Bologna-Prozess ist unumkehrbar. Die Ziele waren richtig und sind es weiterhin: die Mobilität von Studierenden in Europa, die Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen

und den Praxisbezug des Studiums zu verbessern und die Abbruchquoten zu verringern. Bestehende Defizite, etwa bei der Modulbildung und der Prüfungsbelastung, müssen korrigiert und die Chancen der gestuften Studienstruktur noch besser genutzt werden. Die gemeinsam im Dialog mit Studierenden, den Lehrenden und den Hochschulleitungen erarbeiteten Empfehlungen wollen wir in die Praxis umsetzen.

- Um im nationalen und internationalen Maßstab in der Forschung wettbewerbsfähig zu bleiben, muss zum einen die Vernetzung der universitären mit der außeruniversitären Forschung in Thüringen verbessert werden. Zum anderen gilt es, weitere bundesmitfinanzierte Einrichtungen in Thüringen anzusiedeln. Hier haben wir mit der Aufnahme des Institutes für Photonische Technologien in die Leibniz-Gemeinschaft einen großen Erfolg erreicht. Ein wichtiger Schwerpunkt dieser Entwicklung ist der weitere Ausbau des Beutenberg-Campus Jena zu einem leistungsfähigen, international sichtbaren Wissenschaftsstandort, an dem lebenswissenschaftliche mit naturwissenschaftlichen Kompetenzen produktiv verbunden werden. In Ilmenau gilt es, den erfolgreichen Forschungscluster in den Profilschwerpunkten der regenerativen Energietechnik, der nachhaltigen Mobilität und der digitalen Medientechnologie weiter auszubauen. Hierzu werden wir in den kommenden Jahren die bauliche Erweiterung der universitären und außeruniversitären Forschungsinfrastruktur fördern. Dadurch schaffen wir beste Voraussetzungen für exzellente Wissenschaft.
- Thüringen ist eine Impulsregion der europäischen Geschichte. Hier finden sich mit den Bewegungen der Reformation, der Klassik, mit der Arbeiterbewegung und dem Bauhaus Zeugnisse epochaler Anstöße und Umbrüche. Deshalb wollen wir Thüringen als international sichtbares Zentrum der geisteswissenschaftlichen Forschung profilieren. Hierzu wollen wir die Profile der geisteswissenschaftlichen Zentren in Jena, Weimar, Erfurt und Gotha in eine Gesamtkonzeption integrieren.
- Das BAföG soll als Fundament der Studienfinanzierung gestärkt werden. Wir wollen echte Aufstiegschancen durch Bildung ermöglichen. Dabei stehen wir für eine kontinuierliche Anpassung und Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge, die Hebung von Altersgrenzen, die Schließung des „Mittelstandslochs“ durch die Möglichkeit der Gewährung eines Vollدارlehens und die Beseitigung bestehender Förderlücken. Darüber hinaus streben wir die Öffnung des BAföG für in Teilzeit absolvierte Studiengänge von Studierenden mit Kind oder mit Behinderung an. Wir setzen uns für die Förderung über die Höchstdauer hinaus bei der Pflege naher Angehöriger ein.
- Eine gute soziale Infrastruktur ist ein Erfolgsfaktor fürs Studieren. Die Kapazitäten und die Qualität der Wohnheimplätze, Mensen und Cafeterien sowie der

Beratungsangebote sollen mit der steigenden Zahl und den gewandelten Bedürfnissen von Studierenden mithalten. Mit einem Bund-Länder-Sonderprogramm Wohnheimbau wollen wir das Angebot ausbauen und vorhandene Einrichtungen modernisieren. Vor allem Studierende mit Kind werden dabei durch Betreuungsangebote an den Hochschulen besser unterstützt. Gleichzeitig wollen wir das Thüringer Studentenwerk weiterhin bedarfsgerecht ausstatten.

- Wir wollen die Berufsakademie als erfolgreiches Modell der akademischen Qualifizierung im Beruf zur Dualen Hochschule aufwerten. So wollen wir die Stärken der dualen Ausbildung mit der Möglichkeit verbinden, dass die Studierenden ihren Qualifikationsweg in anschlussfähigen, nach Bedarf auch berufsbegleitenden Masterstudiengängen fortsetzen können.
- Wir werden uns über den Bundesrat für eine Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes einsetzen. Uns geht es um gute Arbeit in der Wissenschaft. Dazu wollen wir gesetzliche Mindeststandards für Befristungen schaffen. Bei Befristungen in der Qualifikationsphase muss gelten, dass das Qualifikationsziel innerhalb der Befristung zu erreichen sein muss. Gleichzeitig wollen wir die Gestaltungsspielräume der Tarifparteien durch die Aufhebung der Tarifsperre erhöhen.
- Dem wissenschaftlichen Nachwuchs wollen wir klare, attraktive und planbare Karrierewege eröffnen, die den Eintritt in eine auf Dauer angelegte Tätigkeit in der Wissenschaft früher als derzeit ermöglichen. Den Thüringer Hochschulen haben wir mit der Flexibilisierung des Dienst- und Berufsrechts eine zusätzliche Möglichkeit eröffnet, um den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen bei der Förderung und Gewinnung von qualifiziertem wissenschaftlichem Nachwuchs zu begegnen (tenure-track). Die frühere Berufung von Nachwuchswissenschaftlern werden wir mit einem speziellen Förderprogramm unterstützen.
- Mehr Frauen in der Wissenschaft – wir wollen die Zahl der Professorinnen deutlich erhöhen. Dazu werden wir mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen verbindliche Ziele festlegen. Zur Steigerung des Frauenanteils orientieren wir uns am Kaskadenmodell, das der Wissenschaftsrat entwickelt hat, und plädieren für entsprechende Zielquoten. Mit dem Ausbau von Wiedereinstiegsstipendien werden wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern.
- Den Hochschulpakt 2020 wollen wir gemeinsam mit dem Bund und den Ländern weiterentwickeln. Anders als bisher soll künftig die Finanzierung stärker an der Qualität der Lehre orientiert sein. Zudem muss der Pakt auch Studierende im Master berücksichtigen und die soziale Infrastruktur gefördert werden.

- Wir wollen die Hochschulen als zentrale Struktur des Wissenschaftssystems stärken. Die Exzellenzinitiative hat zu einer nachhaltigen Mobilisierung und Differenzierung der Wissenschaftslandschaft geführt. Der Weg der Profilentwicklung soll fortgesetzt, die Differenzierung des Hochschulsystems als Entwicklungschance begriffen werden. Wir wollen die Thüringer Hochschulen in die nationale Spitzenliga führen.
- Das Kooperationsverbot wollen wir mit einer Grundgesetzänderung für alle Bildungsbereiche abschaffen. Derzeit schultern die Länder 90% der Bildungsausgaben. Künftig soll der Bund dauerhaft zur Finanzierung von Studienplätzen, dem Hochschulbau und der Profilierung der Hochschulen in der Forschung beitragen und damit die Länder unterstützen. Dabei kann die Bundesförderung sich nicht auf die Finanzierung von einzelnen Einrichtungen beschränken, sondern soll für alle Hochschulen zusätzliche Entwicklungsperspektiven schaffen. Mit Hilfe des Bundes wollen wir die Grundfinanzierung der Hochschulen stärken, um durch eine verlässliche Finanzierung gute Lehre und exzellente Forschung zu ermöglichen. Denn für uns gilt: eine auskömmliche Grundfinanzierung ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Drittmittelwerbung.
- Als sofort umsetzbare Maßnahme, zusätzliche Mittel des Bundes direkt der Forschungsinfrastruktur vor Ort zuzuführen, setzen wir uns für die Erhöhung der Programmpauschalen aller Förderinstitutionen durch den Bund auf 40% ein.
- Gute Lehre und exzellente Forschung brauchen eine leistungsfähige Infrastruktur: moderne Hörsäle und Seminarräume, gute Bibliotheken und gut ausgestattete Labore. Zur Verbesserung der wissenschaftlichen Infrastruktur in Thüringen wollen wir in der kommenden Legislaturperiode ein Investitionsprogramm Lehre und Forschung auflegen und bis 2019 mindestens 275 MillionenEuro investieren.

BILDUNG GEHT WEITER – LEBENSLANG LERNEN

Lernen hört nicht nach der Schule auf. Neben frühkindlicher Bildung, dem Schulwesen und den Hochschulen muss auch die Erwachsenenbildung als vierte Säule unseres Bildungssystems gestärkt werden. Lebenslanges Lernen ist für uns das verbindende Element, das von der Kindheit an bis ins hohe Alter eine aktive Teilhabe ermöglicht.

Das haben wir erreicht:

- Wir haben ein neues Erwachsenenbildungsgesetz verabschiedet, das den Trägern Planungssicherheit gibt. Angebote zur Grundbildung (Alphabetisierung/Nachholen von Schulabschlüssen) sind dabei spürbar gestärkt worden.

- Jeder soll lesen und schreiben können. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Bundesweit gelten etwa 14 % der Erwerbsfähigen als funktionale Analphabeten, das heißt sie können keine zusammenhängenden Sätze lesen und schreiben. Deshalb unterstützen wir die Nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener in Deutschland und haben mit den Thüringer Volkshochschulen ein Bündnis gegründet. Die Mittel für die Alphabetisierung haben wir deutlich erhöht (2009: 0 Euro, 2014: 150.000 Euro).
- Wir haben deutlich mehr in die vierte Säule unseres Bildungssystems investiert. Seit 2009 haben wir die Mittel für die Erwachsenenbildung um 20% erhöht und so unsere Volkshochschulen und Erwachsenenbildungseinrichtungen gestärkt.

Das werden wir tun:

- Jeder Mensch soll aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Deshalb setzen wir uns auch künftig dafür ein, dass Bildungsveranstaltungen für Grundbildung flächendeckend im Freistaat angeboten werden. Hierzu werden wir die Initiativen für Alphabetisierung in Thüringen fortsetzen und wollen sie weiter verstärken.
- Das Nachholen von Schulabschlüssen bleibt gebührenfrei. Verpasste Chancen dürfen kein lebenslanges Hindernis darstellen.
- Die Erwachsenenbildung muss sich für neue Lernformen und -bereiche öffnen. Aus diesem Grund werden wir die kommunalen und freien Träger der Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen und anderen Einrichtungen auch künftig angemessen unterstützen.
- Wir haben ein Bildungsfreistellungsgesetz erarbeitet. Innerhalb der ersten 100 Tage der neuen Regierung kann es beschlossen werden. Beschäftigte (Arbeitnehmer, Azubis, Angestellte, Beamte) erhalten einen Anspruch auf fünf bezahlte Freistellungstage pro Jahr, um sich auch im Ehrenamt weiterzubilden. Bildungsfreistellung gibt es bereits in vielen anderen Bundesländern – nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch die Wirtschaft profitiert davon.
- Teilhabe an Bildung ist Ausdruck von Lebensqualität und Lebensfreude auch im fortgeschrittenen Lebensalter. Wir werden die Entwicklung und den Ausbau von spezifischen Bildungsangeboten für ältere Menschen voranbringen.

SICHERHEIT GARANTIEREN – BÜRGERRECHTE VERTEIDIGEN

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Menschen – das ist in Thüringen nicht anders als an anderen Orten der Welt. Sie entsteht dort, wo menschliches Leben und Würde geachtet werden, wo Menschen einander vertrauen und wo Zukunft als gestaltbar erfahren wird. Sicherheit ist gefährdet, wenn grundlegende Regeln des gesellschaftlichen Miteinanders verletzt oder nicht durchgesetzt werden, wenn Privatsphäre verletzt oder Menschen ständig überwacht werden. Sie ist bedroht durch Armut und wenn es an einem Netz fehlt, das diejenigen auffängt, die unverschuldet in Not geraten sind. Wir verstehen Sicherheit daher in einem umfassenden Sinn: als Schutz vor Gewalt und Kriminalität ebenso wie als Schutz vor Ausbeutung und Ausgrenzung.

Für uns Sozialdemokraten ist Sicherheit ein hohes Gut. Zu einer verantwortungsvollen Sicherheitspolitik gehört es, das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit immer wieder neu zu bestimmen. Für die Thüringer Sozialdemokraten gilt dabei die Aussage des Hamburger Parteiprogramms: „Nicht die Verteidigung der Bürger- und Freiheitsrechte, sondern deren Einschränkung bedarf einer Rechtfertigung.“ Wir stehen für die Gewährleistung hoher datenschutzrechtlicher Standards. Entscheidungsprozesse, aber auch die Umsetzung von Vorhaben, Gesetzen oder Verordnungen wollen wir transparent gestalten. Wir stehen für ein umfassendes Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Information.

Die Durchsetzung von Sicherheit ist Teil der Daseinsvorsorge. Der Staat muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass alle Menschen in Thüringen sicher leben können: durch effektiv arbeitende Sicherheits- und Justizbehörden, durch ein tragfähiges soziales Netz, durch klare Regeln für Daten- und Verbraucherschutz. Sicherheit braucht einen starken, einen handlungsfähigen Staat. Würde die Sicherheit allein den Kräften des Marktes überlassen, wären viele Benachteiligte und weniger Begüterte schnell schutzlos. Wir meinen: Das darf nicht sein.

KRIMINALITÄT BEKÄMPFEN – SICHERHEITSBEHÖRDEN ERNEuern

Innere Sicherheit ist wichtig für die Lebensqualität der Menschen in unserem Land. Ziel unserer Politik ist es daher, mehr Sicherheit für die Menschen in Thüringen zu erreichen. Der Freistaat muss sein Sicherheitsversprechen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erfüllen können. Dazu bedarf es einer Polizei, die neueren Erscheinungsformen der Kriminalität, wie der Internetkriminalität, wirkungsvoll begegnen kann. Die Thüringer Polizei muss zudem flexibel auf sich wandelnde Gefahrenlagen reagieren, aktuell etwa durch ein systematisches

Vorgehen gegen rechtsextreme Gewalttäter und durch eine verstärkte Bekämpfung der Drogenkriminalität.

Strukturveränderungen sind an dem Ziel auszurichten, für ein Plus an Sicherheit zu sorgen. Deswegen darf es bei strukturellen Neuerungen im Bereich der Inneren Sicherheit nicht zualtererst um Personalabbau gehen.

Angesichts der massiven Fehler und Fehleinschätzungen, die den Thüringer Sicherheitsbehörden in Bezug auf den gewalttätigen Rechtsextremismus unterlaufen sind, bedarf es dringend einer neuen Sicherheitsarchitektur. Bei den grundlegenden inhaltlichen, strukturellen und personellen Veränderungen werden wir die Erkenntnisse aus der Arbeit der beiden parlamentarischen Untersuchungsausschüsse im Thüringer Landtag berücksichtigen. Die Neuorganisation soll als Chance für durchgreifende Veränderungen bei der Personalentwicklung genutzt werden. Dazu gehört auch ein Personal- und Führungskonzept für den Verfassungsschutz.

Bei der Gefahrenabwehr und bei der Bewältigung von Unglücken und Katastrophen bleiben die Freiwilligen Feuerwehren für uns auch in Zukunft die entscheidende Säule. Ohne das Ehrenamt in der Feuerwehr könnte die Gefahrenabwehr nicht sichergestellt werden. Die Versorgung mit rettungsdienstlichen Leistungen wollen wir auch künftig flächendeckend und bedarfsgerecht gewährleisten.

Das haben wir erreicht:

- Die Aufgaben der Polizei haben wir verfassungskonform neu geregelt. Dabei haben wir insbesondere den Schutz der Privatsphäre und den der Berufsheimlichkeitsrechte gestärkt. Maßnahmen, die in den privaten Lebensbereich der Bürgerinnen und Bürger eingreifen können, haben wir unter einen Richtervorbehalt gestellt.
- Die Thüringer Polizei wurde zum 1. Juli 2012 in einer neuen Organisationsstruktur aufgestellt. Kernstücke der Polizeistrukturreform sind die neue Landespolizeidirektion (LPD) und die Landeseinsatzzentrale. Begleitend haben die Regierungsfractionen die Grundlage für eine strategische Personalentwicklung gelegt. Der Einsatz- und Streifendienst wurde mit bislang 300 zusätzlichen Polizeivollzugsplanstellen ausgestattet. Damit sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass mehr Polizei auf der Straße ist.
- Die Freiwilligen Feuerwehren waren für uns auch in dieser Legislaturperiode ein wichtiges Element der Innenpolitik. Trotz des Spardrucks wurden hier in den vergangenen Jahren keine Abstriche gemacht. Weil die Qualität der Ausbildung immer weiter an Bedeutung gewinnt, haben wir die Aus- und Weiterbildung an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule weiter verbessert und noch stärker

an der Praxis orientiert. Wir haben da gehandelt, wo die Feuerwehren dringend Unterstützung benötigen und das Ehrenamt mit zusätzlichen Maßnahmen gefördert. Unter anderem haben wir den Feuerwehrführerschein eingeführt.

- Mit einer Änderung des Ordnungsbehördengesetzes haben wir den Thüringer Städten und Gemeinden die Möglichkeit gegeben, zum Zwecke des Kinder- und Jugendschutzes den Alkoholverzehr an bestimmten öffentlichen Orten einzuschränken.
- Wir haben für neue Regeln bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen gesorgt. Insbesondere können die Kommunen flexibler über die Höhe des gemeindlichen Eigenanteils entscheiden. Im Ausnahmefall kann von der Beitragserhebung ganz abgesehen werden. Das Problem der so genannten „rückwirkenden“ Beitragserhebung wurde gelöst. Die gleichzeitige Erhebung von wiederkehrenden und einmaligen Beiträgen wird es künftig nicht mehr geben.

Das werden wir tun:

- Neue Strukturen bei der Thüringer Polizei reichen alleine nicht aus. Um sie leistungsfähig zu erhalten, braucht die Polizei klare Perspektiven bei der Personalentwicklung. In enger Abstimmung mit den Gewerkschaften wollen wir die Personalentwicklung so weiterentwickeln, dass weitere Einschnitte im Bereich der Basisdienststellen und des Basisdienstes verhindert werden. Die Stellensituation passen wir den Organisations- und Dienstpostenplänen an und sorgen für eine funktionsgerechte Besoldung. Das Thüringer Landeskriminalamt (LKA) werden wir in die Strukturreform einbeziehen. Wir werden die Ermittlungskompetenz im Sachbereich Internetkriminalität stärken – personell und materiell. Die Präventionsarbeit wollen wir verbessern. Vor allem gilt es, die Thüringerinnen und Thüringer für die Risiken bei der Nutzung moderner Medien zu sensibilisieren und über die Gefahren aufzuklären.
- Wir setzen grundlegende Reformen bei den Thüringer Sicherheitsbehörden um. Der Verfassungsschutz muss sich künftig auf seine Kernaufgaben beschränken: die Beobachtung und Analyse der in Thüringen gefährlichen Bestrebungen und Strukturen, insbesondere im Bereich des Rechtsextremismus. Entsprechend lehnen wir es ab, die Präventionsaufgaben des Verfassungsschutzes zu erweitern. Der Verfassungsschutz hat keinen Bildungsauftrag; die Aufklärungs- und Bildungsarbeit zum Rechtsextremismus wird gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren im erfolgreichen Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit weitergeführt.
- Den Einsatz von sogenannten Vertrauensleuten (V-Leuten) werden wir an eng umrissene Voraussetzungen knüpfen. Dass V-Leute ihren Lebensunterhalt aus den Zahlungen des Verfassungsschutzes bestreiten können, wird es mit uns nicht mehr geben. Der Einsatz nachrichtendienstlicher

Mittel wird auf die Ausforschung gewaltorientierter extremistischer Bestrebungen konzentriert.

- Die Neuorganisation des Verfassungsschutzes bietet die Chance für tiefgreifende Veränderungen bei der Personalentwicklung. Dazu gehören ein spezifisches Personal- und Führungskonzept sowie ein Neuanfang bei der Dienst- und Fachaufsicht und der politisch verantwortlichen Führung für den Verfassungsschutz. Für ausgewählte Führungsfunktionen ist eine Personalrotation in regelmäßigem Turnus vorzusehen. Damit wollen wir den dringend erforderlichen Mentalitätswechsel im Verfassungsschutz herbeiführen.
- Die parlamentarische Kontrolle der Sicherheitsbehörden werden wir über die 2012 beschlossene Erweiterung hinaus substantiell stärken. Dazu werden wir insbesondere die Parlamentarische Kontrollkommission im Thüringer Landtag (ParlKK) personell und in ihren Kompetenzen stärken. Die ParlKK soll künftig durch einen qualifizierten Mitarbeiterstab die Arbeit der Sicherheitsbehörden fortlaufend und effektiv kontrollieren können.
- Das sogenannte Racial Profiling, bei dem Polizistinnen und Polizisten u.a. Durchsuchungen und anlasslose Überprüfungen von Personalien und mitgeführtem Gepäck anhand von Hautfarbe oder als kulturell wahrgenommenen Merkmalen durchführen, lehnen wir ab. Wir fordern ein Sensibilisierungs- und Schulungsprogramm für Polizistinnen und Polizisten, um rassistischer und sich an Stereotypen orientierender Polizeipraxis entgegenzuwirken.
- Wir wollen entsprechend der rechtlichen Vorgaben die Abschiebehaft vom normalen Justizvollzug trennen. Um wegen der geringen Fallzahl eine faktische Einzelhaft zu verhindern, streben wir länderübergreifende Kooperationen an.
- Eine zuverlässige Gefahrenabwehr und die flächendeckende Hilfe bei Katastrophen stellen wir auch weiterhin sicher. Dabei setzen wir auf das Ehrenamt, insbesondere in den Freiwilligen Feuerwehren. Die Wehren bei der Mitgliederwerbung und speziell bei der Gewinnung von Nachwuchskräften zu unterstützen, ist daher ein wesentliches Anliegen. Die Zuweisungen an die Gemeinden zur Unterstützung der Jugendfeuerwehren werden aufgestockt. Bei der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule wird es ebenso wenig Abstriche geben. Die Unternehmen vor Ort betrachten wir als wichtige Partner bei der Sicherstellung eines flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutzes.
- Bei der Neuregelung des Rettungsdienstgesetzes wollen wir sicherstellen, dass die hochwertigen Leistungen auch künftig flächendeckend und bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden. Wir sorgen für hohe Standards und professionelles Personal auch im ländlichen Raum. Die bewährte Zusammenarbeit mit den anerkannten Rettungsdienstorganisationen bleibt erhalten.

BÜRGERFREUNDLICHE JUSTIZ

Eine bürgerfreundliche und effektive Justiz schafft schnelle Rechtssicherheit. Gerichtsverfahren sollen zügig verhandelt und entschieden werden, wobei eine hohe Qualität der Entscheidungen zu gewährleisten ist. Die aufgrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte ergangene Gesetzgebung zur überlangen Verfahrensdauer darf in der praktischen Umsetzung die Unabhängigkeit der Richter nicht beeinträchtigen, sondern macht die hohe Verantwortung des Staates für eine angemessene Ausstattung der Justiz deutlich. Moderne Konfliktlösungen helfen bei der nachhaltigen Streitbeilegung. Dies dient dem Rechtsfrieden und trägt zur sozialen Gerechtigkeit bei.

Wir stehen dafür ein, dass der Zugang zu den Gerichten allen offen steht und bezahlbar bleibt. Die Prozesskosten- und die Beratungshilfe bleiben dabei für uns wichtige Instrumente für die Rechtssuchenden. Wir werden auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass Gerichte für alle Bürgerinnen und Bürger gut erreichbar bleiben und die Justiz in der Fläche präsent ist.

Wir stehen für den Ausbau der Opferrechte im Strafverfahren. Opfer einer Straftat können schon heute aktiv im Strafverfahren mitwirken. Sie erhalten staatliche Unterstützung, etwa in Form von Beratung, anwaltlichem Beistand, psychologischer Prozessbegleitung. Neben dem Recht auf Informationen und Aktenauskünfte haben sie auch Anspruch auf materiellen Ausgleich für die erlittenen Schäden. Dennoch gilt es, insbesondere in der praktischen Hilfe für diejenigen, die Opfer von Straftaten geworden sind und unserer Hilfe bedürfen, nicht nachzulassen.

Besonders wichtig ist uns, die Ursachen von Gewalt und Kriminalität zu bekämpfen. Eine gute und vorsorgende Sozialpolitik, die Armut, Ausgrenzung und Unwissenheit entgegenwirkt, ist das beste Mittel, um zu verhindern, dass sich kriminelle Karrieren entwickeln. Wir stehen deshalb für eine Bildungs- und Jugendpolitik, die jungen Menschen Ausbildungs- und Jobperspektiven gibt.

Moderne Gefängnisse dienen dem Schutz der Bürger und ermöglichen einen modernen Strafvollzug, der auch der Gewalt unter den Gefangenen entgegenwirkt. Effektive Resozialisierungsmaßnahmen während der Haft beugen neuen Straftaten vor. Dazu gehört, straffällig gewordenen Personen durch gute Ausbildungs-, Arbeits- und Therapieangebote Zukunftschancen zu eröffnen und sie nach Verbüßung ihrer Strafe nicht alleine zu lassen. So lassen sich dauerhaft weitere Kosten für das Gemeinwesen vermeiden.

Die Justiz steht in den nächsten Jahren vor neuen wichtigen Herausforderungen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass eine funktionierende Justiz ein bedeutender Standortvorteil ist. Sie ist daher entsprechend auszustatten. Zudem setzen der Justizgewährleistungsanspruch und das Verfassungsgebot effektiven Rechtsschutzes den Einsparungen

Grenzen und erfordert Investitionen. Auf die Altersstruktur in Richterschaft, Staatsanwaltschaft, und Vollzugsdienst müssen wir mit wirksamen Maßnahmen reagieren. Ein ausreichender Einstellungskorridor ist sicher zustellen. Die Ausstattung und Besoldung der Justiz muss sie gegenüber der privaten Konkurrenz auch weiterhin für die besten Absolventen attraktiv machen. Hierzu gehören auch die Dauer der Probezeit und die Ableistung des Referendardienstes im Beamtenverhältnis auf Widerruf. Ein neues Richter- und Staatsanwaltschaftsgesetz soll die Unabhängigkeit der Justiz sichern und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Personalvertretungen und des Landtags ausbauen. Hierzu sollen auch ggf. Änderungen im Bundesrecht und in der Verfassung angestrebt werden. Das Beurteilungswesen in der Justiz ist zu verbessern und auch der Einsatz von Beurteilungsgremien anstelle der Beurteilung durch die Präsidenten zu prüfen. Die Stellenausstattung im gehobenen Dienst ist im Hinblick auf die bestehenden Rückstände, die Übertragung der PKH Nachbetreuung und ihren Einsatz in den Fachgerichtsbarkeiten auszubauen.

Das Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten ist in Kraft getreten. Die EDV-Ausstattung der Gerichte ist nunmehr an den neuen Anforderungen und gesetzlichen Möglichkeiten (insbesondere der elektronischen Aktenführung) auszurichten, damit Arbeitsabläufe innerhalb der Gerichte zukünftig straffer und effektiver gestaltet werden können. Die konsequente Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte wird längerfristig zu erheblichen Verbesserungen in den Verfahrensabläufen führen, auch wenn zunächst entsprechende Investitionen notwendig sind. Die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs ist insoweit ein Modernisierungsprogramm, das sich durch spätere Effektivitätsgewinne refinanzieren wird. Die anstehenden Neuerungen werden in der Folge Vorteile sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für berufliche Nutzer (Rechtsanwälte, Notare u. a.) und schließlich für die Justiz selbst mit sich bringen. Erforderlich ist jedoch, dass durch das Land leistungsfähige Datenleitungen und ausreichende Bandbreiten zur Verfügung gestellt werden, die das sprunghaft steigende Kommunikationsaufkommen bewältigen können. Die Nutzung aktueller technischer Möglichkeiten (elektronische Diktiersysteme, Videokonferenzen, eine moderne technische Ausstattung von Gerichtssälen, juristische Hilfsprogramme) ist zukünftig konsequent zu ermöglichen. Die Sicherheit an den Gerichten ist weiter auszubauen, um Übergriffe in den Gerichtsverhandlungen auszuschließen.“

Das haben wir erreicht:

- Zur Beschleunigung von Verfahren nach dem Sozialgesetzbuch II wurden 33 Richterstellen und 30 Stellen in der Geschäftsstelle der Sozialgerichte zugewiesen.
- Wir haben alternative Konfliktlösungsmodelle – Mediation und Güterichter – in den vergangenen fünf Jahren erweitert. Das Modell des Güterichters wurde auf alle

Gerichtszweige ausgedehnt und die verschiedenen Akteure für Mediation, die Schlichtungs- und Schiedsstellen, in einem Beirat vernetzt.

- Wir haben die Thüringer Kommunen, die Städte und Kreise, von den Gerichtskosten in der ordentlichen Gerichtsbarkeit entlastet.
- Um den besonderen Bedürfnissen junger Menschen gerecht zu werden, haben wir das Jugendrechtshaus in Erfurt gestärkt und in Jena eine Rechtsberatungsstelle für Jugendliche eingerichtet.. Sie leisten als Anlauf-, Beratungs- und Vermittlungsstelle Hilfe in allen Lebenslagen. Wir werden beide Einrichtungen über den Trägerverein zusammen mit den Kooperationspartnern weiter fördern. Außerdem haben wir eine zusätzliche Jugendstation in Jena eingerichtet.
- Um Korruption und Wirtschaftskriminalität in Thüringen wirksam zu bekämpfen, haben wir die Schwerpunktstaatsanwaltschaft Mühlhausen personell verstärkt. Zudem haben wir eine vierte Wirtschaftsstrafkammer am Landgericht Mühlhausen eingerichtet, um die Strafverfahren weiter zu beschleunigen.
- Mit dem Gefahrenabwehrprojekt HEADS-Thüringen und der eingerichteten Täterberatung haben wir das Risiko gemindert, dass als besonders rückfallgefährdet eingestufte Sexualstraftäter wieder Straftaten begehen. Das bestehende Beratungsangebot in Gera für Täter häuslicher Gewalt wurde durch die Bewährungs- und Straffälligenhilfe erweitert und eine neue Beratungsstelle in Erfurt geschaffen. Diese Projekte werden wir weiter fördern.
- Zur Sicherheit in den Thüringer Gerichten haben wir Scanner und Sicherheitsschleusen an vielen Gerichten eingeführt.
- Mit dem neuen modernen Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch haben wir einheitliche Regelungen für den gesamten Straf- und Jugendstrafvollzug sowie den Vollzug der Untersuchungshaft geschaffen. Damit erreichen wir es, Straf- und Jugendstrafgefangene von Beginn der Haftzeit an auf die Zeit nach der Haftentlassung vorzubereiten und sie wieder voll in unsere Gesellschaft zu integrieren.
- Im Jugendstrafvollzug wurden Deradikalisierungsprogramme erfolgreich aufgelegt. Deren Finanzierung – auch durch den Bund – ist auch in Zukunft sicherzustellen. Zur Verhinderung weiterer Selbstmorde von Gefangenen, die Anfang der vorherigen Wahlperiode in den Vollzugsanstalten verstärkt auftraten, haben wir außerdem ein Konzept zur Suizidprophylaxe beschlossen und umgesetzt. Dazu zählen u. a. der Aufbau einer zentralen Eingangsstation für alle Gefangene in der JVA Tonna und eines wissenschaftlichen Kriminologischen Dienstes.
- Mit der Vollendung der Jugendstrafanstalt Arnstadt löst das modernste Gefängnis Deutschlands mit umfassenden

Resozialisierungsangeboten die unzeitgemäße Haftanstalt in Ichtershausen ab. Zugleich haben wir den Bau einer gemeinsamen Justizvollzugsanstalt mit dem Freistaat Sachsen in Zwickau-Mariantal auf den Weg gebracht. Dadurch können in wenigen Jahren die zum Teil unwürdigen Haftbedingungen in Hohenleuben und Gera beendet werden. Teil unserer nachhaltigen und breit angelegten länderübergreifenden Vollzugspolitik ist auch die Zusammenarbeit mit Hessen zur Unterbringung Sicherungsverwahrter in der JVA Schwalmstadt.

- Wir haben zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger die elektronische Fußfessel zur Überwachung von aus der Haft entlassener Strafgefangener in Thüringen eingeführt und damit mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger erreicht.

Das werden wir tun:

- Wir halten an der längst überfälligen Verabschiedung eines Richter- und Staatsanwältegesetzes fest. Mit unserem vorliegenden Gesetzentwurf stärken wir die Mitbestimmung der Richter und Staatsanwälte auch gegenüber den Präsidenten der obersten Gerichte. Die Auswahl der Thüringer Richterinnen und Richter soll demokratischer werden. Der neue Justizwahlausschuss soll in seinen Kompetenzen gestärkt und bereits bei der Ersteinstellung von Richtern und Staatsanwälten einbezogen werden.
- Wir werden die Modernisierung der Thüringer Gerichte, insbesondere der Amtsgerichte Mühlhausen, Rudolstadt, Arnstadt und Pößneck, fortsetzen und die notwendigen Haushaltsmittel dafür bereitstellen. Gleiches gilt für eine angemessene Unterbringung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs im noch zu sanierenden Gebäude des ehemaligen Landgerichtes in Weimar. Um auch in Zukunft die Sicherheit von Parteien, Zeugen und des Justizpersonals in den Gerichten zu gewährleisten, ist eine weitere Verstärkung der Bediensteten notwendig. Wir setzen hierbei auf zusätzliches Justizpersonal anstatt auf private Sicherheitsdienste.
- Zur Verbesserung der Information der Ratsuchenden setzen wir uns für barrierefreie und umfassende Internetangebote der Thüringer Gerichte ein.
- Die Personalpolitik für die Justiz muss auf die unausgewogene Altersstruktur reagieren und bereits jetzt über das Jahr 2020 hinaus denken. Damit reagieren wir auf die unausgewogene Altersstruktur und denken bereits jetzt über das Jahr 2020 hinaus. Das neue Justizvollzugsgesetzbuch verlangt zur Umsetzung seiner Ziele eine Verbesserung im personellen Bereich. Ziel muss es einerseits sein, durch begleitende Maßnahmen, z. B. Gesundheitsmanagement, und flexible Möglichkeiten des Übergangs in den Ruhestand die Arbeitsfähigkeit und Motivation zu erhalten. Andererseits muss durch gezielte Neueinstellungen und nachhaltige Fortbildung ein Einstellungskorridor

aufgebaut werden. Dadurch kann die dringend erforderliche Arbeitsentlastung des vorhandenen Personals erreicht werden. Zudem werden wir die Förderung von Frauen in Führungspositionen der Justiz vorantreiben.

- Wir werden die begleitende Opferhilfe weiterentwickeln. Dazu wollen wir eine Opferhilfestiftung für Thüringen gründen – die erste in den neuen Ländern.
- Wir werden den elektronischen Rechtsverkehr in der gesamten Justiz (sog. E-Justice/E-Government), die Einführung von elektronischen Akten, Elektronischem Vereins- und Handelsregister weiter vorantreiben. Denn eine moderne Hard- und Softwareausstattung und einfach zu handhabende Kommunikationsmittel erhöhen die Gerichtszugangsmöglichkeiten für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen.
- Wir setzen uns auf Bundesebene für ein eigenständiges Unternehmensstrafrecht ein. Zugleich stehen wir aus Gründen der Steuergerechtigkeit für eine strenge Verfolgung von Steuerhinterziehung. Wir wollen die rechtliche Möglichkeit schaffen, „Steuer-CDs“ durch den Staat anzukaufen, um Steuerhinterzieher zu enttarnen und strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.
- Um Arbeitnehmer vor Überwachung zu schützen, setzen wir uns für ein längst überfälliges Gesetz für den Beschäftigtendatenschutz auf Bundesebene ein. Dabei muss auch der Hinweisgeberschutz klar ausformuliert werden.
- Die Gerichte und Behörden sollen stärker als Dienstleister agieren. Die ehrenamtliche Betreuung muss ebenfalls gestärkt und auch finanziell besser anerkannt werden. Hier werden wir uns für die Erhöhung der Ehrenamtszuschale oder steuerlicher Freibeträge einsetzen. Die Zuständigkeit für das Staatshaftungsrecht soll auf die Fachgerichtsbarkeiten korrespondierend zu ihrer bestehenden materiellen Zuständigkeit verlagert werden.
- Thüringen war in den vergangenen zehn Jahren zweimal von Hochwassern stark betroffen. Um für die Zukunft Sicherheit zu bieten, haben wir uns für eine verpflichtende Elementarschadensversicherung eingesetzt und entsprechende Initiativen in die Konferenz der Justizminister und Justizministerinnen eingebracht und setzen uns weiter aktiv für die Einführung einer entsprechenden Versicherung ein.
- Die Rechtspolitik muss sich auch der Digitalisierung der Gesellschaft annehmen. Um einer „Abzocke“ im Internet vorzubeugen, erfolgt eine beständige Verstärkung des Verbraucherschutzes, dessen Einhaltung durch die Strafverfolgungsorgane unterstützt wird. Wir werden am Standort Mühlhausen die personellen und technischen Voraussetzungen verbessern, um noch besser gegen Internetkriminalität vorzugehen.

- Durch rechtspolitische Initiativen „Gegen Doping – für einen sauberen Sport“ konnte Thüringen bundespolitische Eckpunkte setzen. Dies werden wir konsequent fortsetzen.
- Wir setzen uns für ein Korruptionsregister auf Bundes- bzw. auf europäischer Ebene ein und werden dazu eine Bundesratsinitiative starten. Wir werden mit dem Erlass eines Jugendarrestvollzugsgesetzes den Vollzug des Jugendarrestes in Abstimmung mit anderen Bundesländern rechtlich verbindlich regeln und modernisieren.

INFORMATIONSFREIHEIT AUSBAUEN – DATENSCHUTZ ERWEITERN

Wir müssen etwas tun: Mit der informationellen Selbstbestimmung ist die Privatsphäre zwar grundrechtlich geschützt und Gesetze wie das Thüringer Datenschutzgesetz und das Bundesdatenschutzgesetz formen diesen Schutz näher aus. Damit hat es jedoch nicht sein Bewenden. Die NSA-Affäre führt deutlich vor Augen, dass Datenschutzgesetze umgesetzt und befolgt werden müssen und dass diese Umsetzung der umfassenden und eingehenden Kontrolle bedarf. Der schleichende Verlust der Privatsphäre nimmt dem Individuum die Selbstbestimmung, degradiert es zum Datenschatten und gibt totalitären Big-Data-Mechanismen Raum. Mensch sein ist allerdings mehr, als eine Datenhülle gefüllt mit Verhaltensalgorithmen. Eigenwert und Eigenständigkeit prägen die Würde des Menschen, einschließlich seiner Geheimnisse. Diese Menschenwürde darf nicht zum bloßen Gegenstand staatlichen oder unternehmerischen Handelns verkommen. Bestrebungen, das Zusammengehen von Staat und Wirtschaft gerade auch in der Datennutzung zu intensivieren, bergen die Gefahr einer ungehemmten Zerstörung der Privatsphäre, es droht uns Big-Data-2.0. Dazu darf es nicht kommen. Privatheit und personenbezogene Daten schützen sich indes nicht von selbst. Fehlentwicklungen im behördlichen und unternehmerischen Schutz der persönlichen Datenschere bedürfen dringend der Korrektur. Darüber hinaus müssen die Bürger und Bürgerinnen in die Lage versetzt werden, sich ungehinderter als bisher vom Staat Informationen beschaffen zu können, um informiert an der demokratischen Meinungs- und Willensbildung teilhaben zu können. Datenschutz und Informationsfreiheit müssen auf eine zeitgemäße gesetzliche Grundlage gestellt werden. Dazu gehört auch, dass den Bürgerinnen und Bürgern mit dem Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit ein starker Partner an die Seite gestellt wird. Denn unsere Position ist ganz klar: Die Menschenwürde ist unantastbar, nicht aber Geschäftsmodelle und Behördenhandeln!

Das haben wir erreicht:

- Ein verbessertes Thüringer Datenschutzgesetz: Das seit Januar 2012 geltende Gesetz sorgt dafür, dass der Datenschutz in Thüringen verbessert werden konnte. Die Videoüberwachung durch öffentliche Stellen wird damit

gesetzlich geregelt und schafft so mehr Rechtssicherheit. Erfolgreich hat sich die SPD dafür stark gemacht, den Arbeitnehmerdatenschutz ins Gesetz aufzunehmen. Denn uns ist wichtig, dass auch die personenbezogenen Daten der Beschäftigten geschützt sind.

- Die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten: Diese haben wir durch ein neues Verfahren für die Wahl des Landesdatenschutzbeauftragten des Freistaats und eine Erweiterung seiner Zuständigkeit gestärkt. Der Thüringer Datenschutzbeauftragte wird nun nicht mehr auf Vorschlag der Landesregierung, sondern allein vom Landtag bestimmt und gewählt. Mit dem neuen Datenschutzgesetz erhält er zudem die Zuständigkeit für den Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich. Der Datenschutzbeauftragte kümmert sich seitdem auch darum, dass Firmen, Betriebe und Handwerker die bei ihnen vorhandenen Daten ausreichend schützen.
- Die gesetzliche Verankerung der Informationsfreiheit: Datenschutz und Informationsfreiheit sind die zwei Seiten einer Medaille. Wer einen Anspruch auf Zugang zu Informationen der öffentlichen Verwaltung erhält, muss diese nicht erst langwierig einklagen. Deshalb haben wir das neue Thüringer Informationsfreiheitsgesetz auf den Weg gebracht. Wir ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern damit einen schnellen Zugang zu behördlichen Informationen, ohne dass dabei die Persönlichkeitsrechte Dritter oder die Geschäftsgeheimnisse von Firmen „auf der Strecke“ bleiben. Denn auch diese sind durch das Thüringer Informationsfreiheitsgesetz geschützt. Wer bei der öffentlichen Verwaltung mit einem Antrag nach dem Thüringer Informationsfreiheitsgesetz „auf taube Ohren“ stößt, kann sich nunmehr an den Thüringer Informationsfreiheitsbeauftragten wenden, der ihn als Ombudsmann unterstützt, seine Rechte wirksam wahrzunehmen. Stellt der Thüringer Informationsfreiheitsbeauftragte dabei Verstöße gegen das Thüringer Informationsfreiheitsgesetz fest, so kann er ihre Behebung in angemessener Frist verlangen.

Das werden wir tun:

- Wir sprechen uns dafür aus, dass die behördlichen Datenschutzbeauftragten nicht nur für die Dauer von vier Jahren bestellt werden können. Diese Thüringer Regelung ist bundesweit beispiellos und schwächt den Datenschutz in der Verwaltung. Die SPD wird sie abschaffen. Zudem werden wir die Möglichkeit schaffen, externe Datenschutzexperten als behördliche Datenschutzbeauftragte zu ernennen. Damit beschreiten wir den Weg zu einem effizienten Datenschutz in allen Thüringer Behörden.
- Die bisherigen Regelungen zur Videoüberwachung durch Behörden sind noch lückenhaft. Deswegen machen wir uns für detailliertere Regelungen zur Videoüberwachung im öffentlichen Bereich stark. Die Videoüberwachung soll nur zulässig sein, soweit sie im Rahmen der behördlichen Aufgabenerfüllung zum Schutz von Leben, Gesundheit, Freiheit oder Eigentum von Personen oder zum Schutz von Kulturgütern oder öffentlichen Einrichtungen erforderlich ist.
- Der NSA-Skandal zeigt, dass der Schutz der Privatsphäre über Ländergrenzen hinweg gesichert werden muss. Deswegen betrachten wir den Datenschutz als eine europäische Aufgabe. Wir treten für einen umfassenden Datenschutz in der EU ein, ohne dass wir unsere im Vergleich mit anderen Ländern hohen nationalen Standards aufgeben werden.
- Der Arbeitnehmerdatenschutz wird bei der SPD groß geschrieben. Wir werden die Beschäftigtendaten in den Telemedien, insbesondere im Internet, noch besser schützen. Deshalb wird eine entsprechende Schutzklausel in das Thüringer Datenschutzgesetz eingefügt. Darüber hinaus bleibt dieser sensible Bereich im Fokus der SPD, sodass weitere Korrekturen zum Schutz der Beschäftigten zügig gesetzlich umgesetzt werden können.
- Datenschutz stellt einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Wirtschaftsspionage muss unterbunden werden. Wir unterstützen unsere Unternehmen dabei, ihre Firmendaten besser zu schützen.
- Ein öffentlich zugängliches zentrales Informationsfreiheitsregister wird nach dem Willen der SPD verbindlich eingerichtet und im Thüringer Informationsfreiheitsgesetz neu geregelt. Damit beseitigen wir das bisherige Manko, dass eine Einrichtung nur nach den technischen und organisatorischen Möglichkeiten vorgesehen ist. Die Bürgerinnen und Bürger werden wichtige Daten, zum Beispiel zu Abfallsatzungen, Bebauungsplänen, Gesetzen bis hin zu maßgebenden Gerichtsurteilen und Verordnungen, unkompliziert einsehen können.
- Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die Kostenpflicht für Auskünfte nach dem Informationsfreiheitsgesetz so reduziert wird, dass der Informationszugang von allen Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen werden kann. Auf diesem Wege tragen wir dem Gedanken des „Open-Data“ Rechnung, dass öffentliche Informationen grundsätzlich frei zugänglich sein sollen.
- Wirksamer Datenschutz wird nur durch eine Datenschutzbehörde garantiert, die auch die Kompetenz zum Einschreiten und gegebenenfalls zur Verhängung von Sanktionen hat, wenn Dinge falsch laufen. Die Sanktionsrechte des Datenschutzbeauftragten sollen daher gestärkt werden.
- Das geheimdienstliche Abschöpfen von Daten im großen Stil, die Datenfallen in sozialen Netzwerken, datenschutzrechtliche Probleme bei der Nutzung von Smartphones – diese Gefahren verlangen nach geeigneten Informationen über Möglichkeiten des Schutzes. Deshalb werden

wir in Thüringen eine Aufklärungsoffensive zum Datenschutz starten. Neben dieser konkreten Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern im täglichen Umgang mit dem Internet werden wir Angebote für einzelne Altersgruppen – von Schülern bis zu Senioren – unterbreiten. Die Medienkompetenz von Lehrerinnen und Lehrern sowie von Lehramtsanwärtern werden wir durch entsprechende Angebote gezielt stärken.

- Gegenwärtig verfügen in Thüringen die meisten Behörden über keine aktuellen Verschlüsselungstechniken. Illegalen Datenabschöpfungen ist damit Tür und Tor geöffnet. Die SPD wird das ändern. Notwendig ist, dass der Einsatz modernster Verschlüsselungstechnik in allen Thüringer Behörden, die personenbezogene Daten verarbeiten und übermitteln, Einzug hält. Wir sorgen dafür, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu regelmäßig geschult werden.

VERBRAUCHER BESSER SCHÜTZEN

Lebensmittelskandale, unübersichtliche Finanzierungsmodelle oder die Diskussion über die Gefahren der Grünen Gentechnik: Diese Beispiele zeigen, dass Verbraucherschutz vielschichtig ist und Menschen bewegt. Unternehmen haben oft eine hohe Marktmacht. Der einzelne Bürger hat diese Macht nicht. Er braucht Schutz durch Regeln und Organisationen. Wir sehen die Verbraucherzentrale als einen unverzichtbaren Partner beim Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Das haben wir erreicht:

- Auch in Zeiten finanzieller Zwänge ist es uns gelungen, die Verbraucherzentrale Thüringen auskömmlich zu fördern und zu sichern. Allerdings gilt es, dem stark gestiegenen Beratungsbedarf – z.B. im Bereich der Finanzdienstleistungen – zusätzlich Rechnung zu tragen.
- Ausführliche Verbraucherschutzberichte haben den Bürgerinnen und Bürgern transparent aufgezeigt, welche Kontrollen durchgeführt wurden, welche Mängel festgestellt wurden und welche Risiken bestanden und beseitigt wurden.
- Durch die Zusammenlegung des Thüringer Landesamts für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz (TLV) mit dem Thüringer Landesamt für Arbeitsschutz und technischen Verbraucherschutz zu einem Landesamt für Verbraucherschutz (TLV) wurden wichtige Synergien geschaffen. Aus unserer Sicht besteht jedoch weiterer Handlungsbedarf. So sind weiterhin große Verwaltungsbereiche, die der Fachaufsicht des Thüringer Sozialministeriums unterliegen, dem Thüringer Landesverwaltungsamt zugeordnet. Das Thüringer Landesverwaltungsamt ist jedoch dem Thüringer Innenministerium nachgeordnet. Diese Zuordnung führt zu Doppelstrukturen, Abstimmungsproblemen und Verzögerungen im Verwaltungshandeln.

Das werden wir tun:

- Der Beratungsauftrag der Verbraucherzentrale Thüringen – unabhängig von wirtschaftlichen Interessen – ist angesichts der immer unübersichtlicheren Märkte als Gegengewicht für den Verbraucher dringender denn je. Wir wollen die Finanzierung der Verbraucherzentrale angemessen erhöhen, um den bestehenden Beratungsumfang zu erhalten. Die Finanzierung der Verbraucherzentrale wird in den kommenden Jahren auch die Preisentwicklung berücksichtigen. Dabei soll vor allem die institutionelle Förderung verstärkt werden, um die Verbraucherzentrale unabhängiger zu machen.
- Sonntagsarbeit belastet Arbeitnehmer und Familien. Der Sonn- und Feiertagsschutz ist ein wichtiges Gut. Deshalb werden wir Sonntagsarbeit auf ein erforderliches Minimum begrenzen. Dazu wird der Thüringer Kriterienkatalog, der Sonntagsarbeit Grenzen setzt, bei Bedarf erweitert. Hierbei werden die Erkenntnisse des im Februar 2014 wieder gegründeten Beirats für Arbeitsschutz berücksichtigt. Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften das Bundesarbeitszeitgesetz ändern, um den Sonn- und Feiertagsschutz zu stärken.
- Die Wohnungsmiete darf nicht zur sozialen Frage werden. Deshalb gilt es die Balance zwischen den berechtigten Interessen der Vermieter und der Mieter zu wahren. In Städten wie Jena, Weimar und Erfurt zeichnet sich durch den knappen Wohnraum bereits heute ein Ungleichgewicht ab. Wir werden deshalb mit einer Mietpreislösung für die Städte Jena, Weimar und Erfurt den Anstieg der Mieten eindämmen. So sollen Mieten in einem Zeitraum von vier Jahren nicht stärker als 15 % steigen dürfen. Bei Neuvermietungen werden wir die Mietpreissteigerung auf maximal 10 % über dem örtlichen Mietspiegel begrenzen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die Förderung des sozialen Wohnungsbaus wieder stärker von Investoren nachgefragt wird. Denn durch die Schaffung neuen, preiswerten Wohnraumes kann einer drohenden Wohnungsnot am besten begegnet werden.
- Um den weiteren notwendigen Personalabbau verkraften zu können und um eine effizientere Aufgabenerfüllung zu erreichen, sollen Fach-, Rechts- und Dienstaufsicht im Bereich des Verbraucher- und Arbeitsschutzes gebündelt werden. Alle Sachgebiete werden in das Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz (TLV) eingegliedert. Das TLV soll mittelfristig zur zentralen Oberbehörde für die Bereiche der Marktüberwachung entwickelt werden, damit Fachaufsicht und Vollzug gebündelt sind. In diesem Zusammenhang gilt es auch, im Rahmen der anstehenden Gebiets- und Verwaltungsreform, ressortübergreifend Strukturen zu identifizieren, die zusammengelegt bzw. unter das Dach einer Oberbehörde gebracht werden können.

- Das Angebot an Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen nimmt ständig zu und die Hersteller agieren zunehmend überregional. Hinzu kommen immer neue Verfahren der Bearbeitung von Lebensmitteln, neue Materialien und Werkstoffe, chemische Substanzen usw.. Die zunehmende Produktvielfalt verlangt eine höhere Spezialisierung und eine vertiefte Erfahrung der amtlichen Überwachung. Diese Spezialisierung ist nicht für alle Aufgaben durch die kommunalisierte Überwachung zu leisten. Vor allem die Kleinteiligkeit der kommunalen Strukturen verhindert eine Spezialisierung. Wir wollen spezialisierte und überregionale Kontrollteams in den Bereichen schaffen, für deren Überwachung den Landkreisen und kreisfreien Städten das notwendige Spezialwissen fehlt. Ebenfalls auf den Prüfstand gehört aber auch die Option einer Rückverstaatlichung von Aufgaben und Zuständigkeiten der Veterinär-, Lebensmittelüberwachungs- und Umweltämter.
- Im TLV wollen wir Sachverständigenteams schaffen bzw. verstärken. Zu deren Aufgaben soll die Überwachung von Großbetrieben mit komplexer Technologie oder überregional agierender Unternehmen gehören. Sie sollen zudem Nahrungsergänzungsmittel, Zusatzstoffe, Bedarfsgegenstände oder kosmetische Mittel überwachen. Diese Kontrollteams können im Krisenfall schnell reagieren.
- In vielen Bereichen versagt die Selbstregulation des Marktes, bestehen Vollzugsdefizite bei der Marktüberwachung

oder werden Verbraucher durch „Abzockstrategien“ systematisch geschädigt. Hier fehlen die notwendigen Marktwächter. Für bestimmte Fragen brauchen wir daher zur Unterstützung der Verbraucher und der staatlichen Überwachung auch kollektive Klagerechte. Wir treten auf Bundesebene für Klagerechte von Verbraucherschutzorganisationen z.B. der Verbraucherzentralen ein. Wir wollen Klagerechte für Verbraucherorganisationen z.B. gegen typische „Abzockstrategien“ bei geringen Streitwerten und bei unlauterem Wettbewerb (Mondpreise, Lockvogelangebote, falsche Preisauszeichnung).

- Die in Thüringen und Deutschland erreichten Standards des Verbraucher-, Arbeits-, Gesundheits-, und Umweltschutzes sowie einer funktionierenden Daseinsvorsorge (Wasserversorgung, Energieversorgung, Abfallentsorgung) werden wir bewahren. Wir lehnen ein transatlantisches Freihandelsabkommen ab, das diese erreichten Standards in Frage stellt. Auf Bundes- und EU-Ebene werden wir dafür eintreten, dass diese Maßgabe auch bei den weiteren Verhandlungen von deutscher Seite berücksichtigt wird. Aus demokratischen und rechtsstaatlichen Gründen ist die bisherige Art der Verhandlungen als eine Art „Geheimdiplomatie“ abzulehnen, ebenso die Aushebelung der deutschen bzw. der EU-Gerichtsbarkeit durch Einrichtung nichtstaatlicher Schiedsgerichte. Zweifelhaft ist auch, ob es sinnvoll ist, den Prozess bilateraler Freihandelsabkommen fortzusetzen.

LAND UND KOMMUNEN GESTALTEN – DURCH INFRASTRUKTUR, INVESTITIONEN, INNOVATION

Wir wollen die Zukunft unseres Landes gestalten, ohne die nachfolgenden Generationen mit neuen Schulden zu belasten. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir klug und solide haushalten. Wir werden die Reformen der Verwaltung in Thüringen weiter vorantreiben, damit die knappen Ressourcen dort eingesetzt werden können, wo sie für unser Land und seine Bürger den größten Mehrwert erreichen: in den Bereichen Bildung, wirtschaftliche Entwicklung, sozialer Ausgleich und nachhaltige Energieversorgung.

SOLIDE FINANZEN STATT GEERBTEN SCHULDENBERGEN

Unter den gegebenen Rahmenbedingungen wird nicht alles Wünschenswerte auch finanzierbar sein. Deshalb kämpfen wir für eine gerechtere Steuerpolitik. Wir wollen die Schwachen entlasten und Reiche stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen. Hiervon profitiert der Freistaat Thüringen genauso wie von einem dauerhaft verlässlichen solidarischen Länderfinanzausgleich, den wir in den anstehenden Verhandlungen anstreben.

Das haben wir erreicht:

- Wir haben für eine Finanzpolitik mit Augenmaß gesorgt. Noch nie hat eine Landesregierung besser gewirtschaftet als in den vergangenen fünf Jahren. Seit 2012 ist der Thüringer Landeshaushalt ausgeglichen. In den Jahren 2013 und 2014 konnten bzw. können sogar erstmals seit 1990 in nennenswertem Umfang Schulden getilgt werden. Die in der Landeshaushaltsordnung verankerte Schuldenbremse wurde eingehalten. Trotzdem haben wir in wichtige Zukunftsbereiche investiert. Durch gezielten Mitteleinsatz hat das Land die Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2009 bis 2011 gut gemeistert. Mit dem Schwung dieser Förderung ist es dem Freistaat Thüringen gelungen, gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Und: Wir haben deutlich mehr Geld in die Bildung gesteckt – das zahlt sich dauerhaft aus.
- Thüringen hat die unsoziale Steuerpolitik der früheren schwarz-gelben Bundesregierung nicht mitgetragen. Einer Steuerlastumverteilung von oben nach unten wurde auf Druck der Thüringer SPD im Bundesrat nicht zugestimmt.

Steuerprüfdienste und Steuerfahndung wurden gestärkt, um Steuergerechtigkeit durchzusetzen und die eigenen Einnahmen zu erhöhen.

- Die SPD hat sich von Anfang an für die Beteiligung Thüringens am Kauf von Steuer-CDs ausgesprochen, um ein Zeichen zu setzen, dass es der Freistaat ernst meint mit dem Kampf gegen Steuerbetrug. Unter diesem Druck hat das CDU-geführte Finanzministerium, das den Kauf mehr als ein Jahr lang ablehnte, schließlich eingelenkt. Thüringen verhält sich inzwischen beim Steuer-CD-Kauf wieder solidarisch mit den anderen Bundesländern.
- Gemäß dem Personalabbaukonzept der Landesregierung wurden Stellen in der Landesverwaltung sozial verträglich verringert. Gleichzeitig wurden aber neue Einstellungskorridore eröffnet, um z.B. im Bereich der Schulen Fehlentscheidungen der Vorgängerregierung zu korrigieren.
- Die Thüringer Aufbaubank konnte sich weiter als zentrales Förderinstitut des Landes etablieren.

Das werden wir tun:

- Der Freistaat Thüringen steht auf Grund des Abschmelzens der Mittel des Solidarpaktes II und den deutlich zurückgehenden EU-Zuschüssen in der kommenden Wahlperiode vor großen Anforderungen an die Finanzpolitik. Um die Zukunftsfähigkeit des Landes zu gewährleisten, müssen die Konsolidierungserfolge der vergangenen Jahre fortgeschrieben werden. Wir wollen deshalb die Einnahmen des Landes verbessern. Wir unterstützen Steuerpläne auf Bundesebene, die Schwache entlasten und Reiche stärker zur Mitfinanzierung des Gemeinwohles verpflichten. Durch weitere Verstärkung der Steuerprüfdienste und der Steuerfahndung kann auch der Freistaat Thüringen dazu beitragen, die eigene Einnahmesituation zu verbessern. Dies ist ein Beitrag, um Steuergerechtigkeit zu erreichen. Der ehrliche Steuerzahler darf nicht der Dumme sein.
- Wir wollen keine neuen Schulden aufnehmen. Seit 2009 sieht die Thüringer Landeshaushaltsordnung eine Schuldenbremse vor. Wir haben sie eingehalten und werden sie weiterhin einhalten. Thüringen ist dank solider Finanzpolitik gut vorbereitet auf die generelle Schuldenbremse, die im Grundgesetz verankert ist und ab 2020 in vollem Umfang wirksam wird.
- Die Grundsätze zur Finanzverteilung zwischen den Ländern werden in der nächsten Legislaturperiode neu verhandelt. Wir wollen den Länderfinanzausgleich gerecht gestalten. Die kommunale Finanzkraft ist dabei stärker als bisher zu berücksichtigen. Ein Steuersatzwettbewerb zwischen den Bundesländern muss verhindert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass für finanzschwache Bundesländer zukünftig ergänzende Bundesmittel unabhängig von der Himmelsrichtung fließen.

- Die kommunale Familie hat einen großen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts erbracht. Weitere Einsparungen im Bereich der Kommunen sind in erster Linie durch Optimierung der Verwaltungs- und Gebietsstrukturen möglich. Mit einer unmittelbaren Revision des kommunalen Finanzausgleichs wollen wir das Thüringer Modell der Kommunalfinanzierung überprüfen, weiterentwickeln und damit noch gerechter machen. Dabei werden wir darauf achten, dass spezielle Leistungen, wie etwa die Mittel für die Kindertagesbetreuung, auch unmittelbar vor Ort ankommen.
- Die von der neuen Bundesregierung vereinbarte Entlastung bei der Finanzierung der Eingliederungshilfe für die Integration von Menschen mit Behinderungen durch den Bund muss schnell in die Tat umgesetzt werden. Dadurch ergeben sich neue finanzielle Spielräume für die Kommunen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Entlastungen durch den Bund die Thüringer Kommunen erreichen.
- Um Verständnis in der Bevölkerung für Haushaltsentscheidungen zu erreichen, ist Transparenz und Offenheit im Finanzgebaren des Landes notwendig. Sondervermögen werden so weit wie möglich aufgelöst. Die Verpflichtungen werden in den Landeshaushalt integriert.
- Wir werden die Pensionslasten seriös ausweisen und begrenzen. Für alle neuen Beamten wird eine versicherungsmathematisch berechnete Rücklage für die später anfallenden Pensionen gebildet, damit nicht noch weitere Lasten in die Zukunft verschoben werden.
- Die Rechnungshöfe haben der Wirtschaftlichkeit von alternativen Finanzierungs- und Maßnahmen der Öffentlich-Privaten Partnerschaften ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Das Land wird deshalb in Zukunft auf solche Maßnahmen verzichten, damit keine neuen verdeckten finanziellen Lasten entstehen.
- Die Dreigliedrigkeit des Bankenwesens in Deutschland (Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Privatbanken) sorgt für Wettbewerb der Banken untereinander, aber auch für die Stabilität des Systems. Das hat sich in der Finanzkrise bewährt. Die SPD spricht sich für eine Stärkung dieses Systems aus und wird das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen auch weiterhin unterstützen. Die Beteiligung des Landes an der Hessisch-Thüringischen Landesbank (Helaba) wird aufrechterhalten. Die Möglichkeiten stärkerer Zusammenarbeit zwischen Thüringer Aufbaubank und Helaba werden wir prüfen.

UNSERE KOMMUNEN: LEISTUNGSFÄHIG UND BÜRGERNAH

Die Thüringer Kommunen brauchen eine starke und solide Basis, damit sie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger tätig werden können. Voraussetzung dafür ist eine

angemessene finanzielle Ausstattung. Damit gewährleisten wir, dass die Kommunen auch künftig vernünftig investieren und freiwillige Aufgaben in angemessenem Umfang finanzieren können. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass die Kreistage und Gemeindevertretungen ihrem Gestaltungsauftrag nachkommen können. Wir stehen für eine starke kommunale Selbstverwaltung.

Ein Höchstmaß an individueller Lebensqualität in den Thüringer Kommunen ist unser Ziel. Wie sehr sich die Menschen an ihren Wohnort gebunden fühlen, hängt auch davon ab, welche kommunalen Angebote es im Sozial-, Bildungs- oder Kulturbereich gibt. Qualitativ hochwertige Angebote auf diesen Gebieten machen die Thüringer Kommunen zudem für Auswärtige attraktiv. Vor allem hier wird sich die Zukunft Thüringens entscheiden. Wir arbeiten dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger auch künftig ihre Anliegen in den Thüringer Kommunen gut aufgehoben wissen.

Thüringen soll auch in Zukunft eigenständig und handlungsfähig bleiben. Dazu müssen wir die Verwaltung modernisieren und die kommunale Struktur neu ordnen. Dies wird uns gelingen, wenn wir die Verwaltungen in den Kommunen besser nutzen und ihnen zusätzliche Aufgaben übertragen. Wir stehen für eine Konzentration der Verwaltung in den Kommunen, für Effizienzgewinne, für eine Verwaltung nah beim Bürger und für eine sichere finanzielle Basis von Sozial- und Kultureinrichtungen. Dafür müssen die Kommunen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihrer Rolle als Servicepartner auch gerecht werden können.

Kommunale Unternehmen sind die Garanten für eine sichere Versorgung der Menschen mit Wasser, Strom, Energie und den Angeboten des öffentlichen Nahverkehrs. Diese Funktion gilt es in Anbetracht der Auswirkungen des demografischen Wandels weiterzuentwickeln und abzusichern. Nur so können die Kommunen auch künftig flächendeckend und in einer gleich bleibend hohen Qualität ihre Aufgaben erledigen. Wir stehen für starke kommunale Unternehmen und handlungsfähige Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge.

Die Erhaltung und Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit der Bürgerinnen und Bürger hat für uns einen großen Stellenwert. Dafür sind eine stärkere Transparenz der Verwaltung und der Wille zur Beteiligung bei den Bürgerinnen und Bürgern notwendig. Um die Beteiligung zu ermöglichen und zu erleichtern, stehen wir für überschaubare Strukturen und die Stärkung der Rechte der Ortsteil-/Ortschaftsräte.

Das haben wir erreicht:

- Auf dem Weg zu einer sinnvollen Neuordnung der gemeindlichen Strukturen sind wir ein gewisses Stück vorangekommen. Im Zuge mehrerer Neugliederungsmaßnahmen ist die Zahl der Gemeinden in Thüringen weiter gesunken.

- Im Rahmen unserer Demografie-Politik haben wir den Kommunen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Wir unterstützen Städte und Gemeinden, die vom Bevölkerungsverlust in einem besonderen Ausmaß betroffen sind. Dafür haben wir die investive Leistungsfähigkeit der betroffenen Kommunen gestärkt, indem wir zielgerichtet 35,6 Millionen Euro Finanzhilfen zur Verfügung gestellt haben.

- Wir haben mit der Neuregelung des Gemeindegewirtschaftsrechts abgesichert, dass sich die Kommunen auch zukünftig in den Bereichen Strom-, Gas-, Wärme-, Wasserversorgung und Abfallentsorgung sowie des öffentlichen Verkehrs wirtschaftlich betätigen können. Die Neuregelungen fördern zudem die Leistungsfähigkeit der Kommunen und reduzieren die Abgabenlast der Bevölkerung. Die Kreditaufnahme zum Zwecke der Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien haben wir erleichtert. Dadurch sind die wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten der Kommunen im Bereich der erneuerbaren Energien erweitert worden.

Das werden wir tun:

- Eine am tatsächlichen Bedarf ausgerichtete Finanzierung der Kommunen ist unser Ziel. Wir werden den kommunalen Finanzausgleich nachjustieren und die vorgesehene große Revision vorziehen. Für uns gehört dazu ein realistischer Ansatz bei den Kostensteigerungen, insbesondere im Energiebereich und bei den Löhnen. Berücksichtigt werden muss der Investitionsstau an kommunalen Einrichtungen als Bedarf der Gemeinden, Städte und Landkreise. Ein besonderes Augenmerk wollen wir auf den Sozialsektor legen, damit die Kommunen die Mittel erhalten, die sie für die Absicherung der sozialen Leistungen auch benötigen. Die Zuschüsse des Landes zur Finanzierung der Kita-Einrichtungen sollen zielgerichtet zugewiesen werden.
- Eine Reform der Gebietsstrukturen ist erforderlich, um die Zukunftsfähigkeit Thüringens zu sichern. Die Zahl der Landkreise und kreisfreien Städte werden wir um etwa die Hälfte reduzieren. Die Größe der Gemeinden muss gewährleisten, dass sie dauerhaft handlungsfähig bleiben und Leistungen in hoher Qualität für die Bürgerinnen und Bürger erbringen können. Wir werden ein Leitbild für die kommunalen Strukturen in Thüringen unter Beteiligung der Öffentlichkeit entwerfen und daraus die entsprechenden Grundsätze für eine Neugliederung ableiten. Dadurch erhalten die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort endlich die nötige Planungssicherheit. Die Gemeinden erhalten die Möglichkeit, sich im Rahmen einer Freiwilligkeitsphase unter Beachtung der mit dem Leitbild aufgestellten Eckpunkte neu zu gliedern. Der gesamte Prozess der Neugliederung soll 2018 abgeschlossen sein.
- Eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur in den Städten, Gemeinden und Landkreisen schafft den Rahmen für

ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben in jeder Altersgruppe. Sie trägt dazu bei, den Wegzug junger Menschen zu verhindern und erleichtert die Lebensbedingungen der Berufstätigen. Zugleich ermöglicht sie Älteren, ihren Lebensabend in ihrer gewohnten Umgebung zu verbringen. Zur Unterstützung einer bedarfsgerechten kommunalen Infrastruktur werden wir ein Landesprogramm „Zukunft für Thüringen – solidarisches Zusammenleben der Generationen“ initiieren.

- Wir stärken die Investitionskraft der Kommunen. Dazu werden wir die Möglichkeiten der Kreditaufnahme erweitern. Eine Kreditaufnahme soll dann zulässig sein, wenn die Rentierlichkeit und Nachhaltigkeit der beabsichtigten Investition gegeben ist. So können die Kommunen von den historisch niedrigen Kommunalkreditkosten profitieren und den bestehenden Investitionsstau schrittweise abbauen.
- Wir werden die besondere Bedeutung der Kommunen bei der Bewältigung des demografischen Wandels und der Sicherung der Daseinsvorsorge stärker berücksichtigen und Finanzmittel entsprechend zuweisen. Dass betrifft insbesondere die Fähigkeit der Kommunen, notwendige Investitionen zur Anpassung vorzunehmen.
- Im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit werden wir den Anpassungsprozess bei den Wasser-Abwasser-Zweckverbänden mit Strukturhilfen unterstützen. Wir wollen, dass die Thüringer Zweckverbände durch Fusionen und durch die Aufnahme von Einzelentsorgern leistungsfähiger werden. Dadurch können die Bürgerinnen und Bürger von Abgaben entlastet werden.
- Ehrenamtliches Engagement ist auch in größeren kommunalen Strukturen möglich. Wir wollen die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger sich zu engagieren unterstützen und fördern die Gremienarbeit. Zudem werden wir die entsprechenden Vergütungsordnungen überarbeiten.
- Die Vielzahl an Rechtsvorschriften erschwert es Kommunalverwaltungen, den Überblick zu behalten. Sie wirken sich nachteilig auf die Leistungsfähigkeit aus. Wir werden deshalb zusammen mit den Kommunen diese Regelungen auf ihre Praxistauglichkeit überprüfen. Gemeinsam beraten wir über Vereinfachungen oder Aufhebungen und werden diese dann auch umsetzen. Wir unterstützen die Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte bei der Zusammenarbeit im Verkehrsbereich.

ZUKUNFTSFÄHIGE INFRASTRUKTUR ENTWICKELN

Wir stehen für eine aktive Infrastrukturpolitik, um Arbeitsplätze und Wohlstand in Thüringen zu sichern. Wir stehen für mehr Zukunftsinvestitionen und somit für mehr Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Die Sanierung der Thüringer

Landesstraßen wollen wir planmäßig vorantreiben. Wir stehen für bezahlbare Mobilität. Deshalb werden wir das öffentliche Verkehrsangebot fördern und dabei auf eine wirtschaftliche Integration der unterschiedlichen Verkehrsträger achten.

Das haben wir erreicht:

- Wir haben den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Thüringen attraktiver gemacht. Verkehrsangebote und Verkehrsträger haben wir besser aufeinander abgestimmt. Beispielhaft dafür steht unsere Förderung des Tarifverbundes Mittelthüringen. Sie hat zu einer spürbaren Verbesserung des Angebots geführt.
- Die Entwicklung der Hochgeschwindigkeitsstrecke Nürnberg-Erfurt-Halle/Leipzig ist planmäßig vorangekommen. Sie und der zweigleisige, elektrifizierte Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung werden in absehbarer Zukunft den Verkehrsknotenpunkt Erfurt bilden. Damit haben wir die Voraussetzungen für eine bessere überregionale Erschließung Thüringens geschaffen.
- Mit dem Landesentwicklungsprogramm (LEP) 2025 „Thüringen im Wandel“ haben wir auf veränderte Entwicklungsbedingungen, wie den demografischen Wandel und die energiepolitischen Herausforderungen, reagiert. Mit einem neuen Landesplanungsgesetz haben wir für die kontinuierliche und zielgerichtete Weiterentwicklung der Regionalpläne gesorgt.
- Mit der Internationalen Bauausstellung zeigen wir neue Gestaltungsmöglichkeiten im Wohnungs- und Städtebau auf. Wir haben den Grundstein für modellhafte Lösungen im Wohnungs- und Städtebau gelegt.

Das werden wir tun:

- Wir wollen ein Gesamtkonzept, mit dessen Hilfe wir den ÖPNV auf die unterschiedlichen Herausforderungen in den Städten und im ländlichen Raum ausrichten können. Wir fördern Investitionsvorhaben zum Aufbau, zur Modernisierung und zum Erhalt der ÖPNV-Infrastruktur und unterstützen alternative ÖPNV-Bedienformen im ländlichen Raum. Wir werden für eine attraktive Anbindung des Ostthüringer Raums an das Fernverkehrsnetz und den Knoten Erfurt sorgen. Dazu werden wir den Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung weiter voranbringen. Mit unserer Unterstützung für den Verkehrsverbund Mittelthüringen werden wir zur Qualitätsentwicklung des ÖPNV-Angebots in Thüringen beitragen.
- Wir wollen den öffentlichen Personenverkehr weiter zu einer attraktiven Alternative zum Individualverkehr entwickeln. Dazu werden wir auf Grundlage der Fortschreibung des Nahverkehrsplans den öffentlichen Personennahverkehr auf Schiene und Straße aufeinander abstimmen und effizient verknüpfen. Dabei wollen wir vor allem bezahlbare Mobilität und einen attraktiven Radverkehr mit guten

Verkehrsbedingungen auf einem sicheren und integrierten Radwegenetz.

- Bei Straßensanierung und Straßenbau wollen wir uns für verlässliche Verkehrsinvestitionen in den Kommunen einsetzen. Auf der Grundlage eines Landesstraßenbedarfsplans werden wir den Zustand der Landesstraßen systematisch verbessern. Wir wollen sicherzustellen, dass die Menschen im ländlichen Raum ihre Arbeitsplätze in zumutbarer Zeit erreichen können. Dazu werden wir weitere Pendler-Parkplätze einrichten. Bei der Entlastung der Menschen von den Folgen des wachsenden Verkehrsaufkommens legen wir den Schwerpunkt auf den Bau von Ortsumfahrungen. Die Gemeinden wollen wir dauerhaft vom Winterdienst auf Bundes- und Landesstraßen entlasten.
- Wir setzen uns für eine beschleunigte Umsetzung des LEP 2025 in die Regionalplanung ein. Wir wollen sicherstellen, dass die Anpassung der Regionalpläne an die Vorgaben der Landesplanung spätestens 4 Jahre nach dem Beschluss des LEP 2025 erfolgt. Mit einem Wachstumszentrum (Erfurt-Weimar-Jena) wollen wir die urbanen Qualitäten Thüringens stärken und Thüringen für Unternehmen, junge Menschen und qualifizierte Arbeitskräfte attraktiver machen.
- Wir wollen der Stadtentwicklungspolitik in Thüringen eine zeitgemäße Orientierung geben und dabei die soziale Integration, den ökologischen Umbau und die demografische Entwicklung stärker berücksichtigen. Dazu wollen wir den flexiblen Mitteleinsatz aus den verschiedenen Städtebauförderprogrammen sichern. Die Potenziale der Bahnbrachen wollen wir für die Entwicklung der Städte und Gemeinden besser nutzbar machen.
- Wir wollen eine soziale Wohnraumversorgung. Dazu bringen wir Investitionen in Wohnungsbau und energetische Sanierung voran. Wir wollen selbstbestimmtes Wohnen im Alter ermöglichen. Dazu werden wir ein Förderprogramm „Altersgerechtes Wohnen“ auflegen. Mit unserer Wohnungspolitik werden wir den unterschiedlichen Entwicklungen in den Landesteilen Rechnung tragen. Die kommunalen Wohnungsunternehmen und die Wohnungsgenossenschaften werden wir stärken. Dazu unterstützen wir ihre Forderungen zur Fortführung der Altschuldenentlastung. Auch die Aufwertung des Wohnumfeldes, der Straßen und Plätze sind Bestandteil unserer Politik für gutes Wohnen.
- Wir wollen verhindern, dass Menschen aufgrund steigender Mieten aus ihren Wohnungen und ihrem sozialen Umfeld verdrängt werden. Mit einer bedarfsgerechten Wohnraumversorgung und einer Mietpreisbremse wollen wir die Mieten begrenzen. Im Zentrum unserer Bemühungen stehen die Erschließung von Bauland und ein – der Situation angemessener – Wohnungsneubau. Dafür unterstützen wir die Städte bei der Bereitstellung von Bauland, bei

Flächenkonversion und bei der Revitalisierung von Brachflächen.

- Wir wollen den Hochwasserschutz verbessern: Die Hochwasserschäden von 2002 und 2013 zeigen, dass dem Hochwasserschutz mehr Beachtung geschenkt werden muss. Wir wollen nicht ein drittes Mal dabei zusehen, wie große Teile unseres Landes enormen Schaden nehmen. Die künftige Hochwasserschutzpolitik und insbesondere auch das bereits initiierte „Landesprogramm Hochwasserschutz“ richten wir deshalb an folgenden Prioritäten und Prämissen aus:
 1. Statt Hochwasserschäden regulieren zu müssen, setzen wir auf einen mit Bund und Nachbarländern abgestimmten präventiven Hochwasserschutz.
 2. Wir wollen natürliche Rückzugsräume für das Wasser. Wir setzen uns deshalb für einen ökologischen Hochwasserschutz mit Auenrevitalisierung und rückgewinnbaren Überschwemmungsflächen ein. Zudem werden wir die Renaturierung von Flüssen vorantreiben, um ihnen mehr Raum zu geben. Damit ist auch klar: Hochwassergebiete sind nicht der geeignete Ort für neue Flächenversiegelungen. Wir akzeptieren dort künftig weder den Bau neuer Häuser, noch neuer Gewerbegebiete. Wir schieben die Probleme nicht flussabwärts.
 3. Auf Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes wollen wir künftig nur dort setzen, wo der Schutz von Menschen und Wirtschaftsgütern nicht anders möglich ist. Generell werden wir die Maßnahmen der Gewässerunterhaltung verstärken, um Überschwemmungsrisiken zu minimieren.

ENERGIEWENDE ZUM ERFOLG FÜHREN

Die Energiewende ist eines der zentralen wirtschafts-, infrastruktur- und forschungspolitischen Projekte der nächsten Jahre. Ziel in Deutschland und Thüringen ist es, eine kosteneffiziente, umweltfreundliche und sichere Energieversorgung zu schaffen. Entscheidend ist dabei sowohl für die privaten Haushalte als auch für die Unternehmen, dass wir die Kosten in den Griff bekommen. Wir sind der festen Überzeugung: Durch unsere Ingenieurskunst und Innovationskraft werden wir die Energiewende zum Erfolg führen. Wenn gleichzeitig Effizienzpotenziale gehoben werden, wird es sogar zur Kostenentlastung kommen.

Unterm Strich ist die Energiewende eine große ökologische sowie wachstums- und beschäftigungspolitische Chance auch für Thüringen. Dafür ist notwendig, dass wir im Freistaat konsequent die vorhandenen Potenziale nutzen und die verbliebenen Kompetenzen ausbauen.

Es geht nicht nur darum, den Anstieg der Strompreise zu bremsen, sondern auch unserer Vorreiterrolle als Grüner

Motor Deutschlands gerecht zu werden. Das Rückgrat des neuen Energiesystems werden die Erneuerbaren Energien sein. Damit die Energiewende gelingt, müssen Flexibilitätsoptionen geschaffen, Netze ausgebaut, die Effizienz auf allen Ebenen erhöht und mehr Speicher eingesetzt werden. Angebot und Nachfrage müssen optimal aufeinander abgestimmt werden. All das ist eine große Herausforderung, bietet aber gerade für das Wissenschafts- und Industrieland Thüringen erhebliche Chancen.

Die Energiewende ist nicht nur eine Stromwende. Vor allem auch in der Wärmeversorgung, die 40 % unseres Energieverbrauchs ausmacht, müssen die Weichen in Richtung der Erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz gestellt werden. Studien belegen, dass der Energieverbrauch in den Thüringer Wohnhäusern bis zu fünf Mal so hoch ist wie der „Niedrigstenergiestandard“. Hier muss in Thüringen über alle Ressorts hinweg ein integrierter Politikansatz verfolgt werden.

Das haben wir erreicht:

- Wir haben Thüringen zu einem „Grünen Motor“ im Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland gemacht. Wir haben die Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur (ThEGA) als zentrale Koordinierungsstelle der Energiewende aufgebaut. Wir unterstützen kommunale Konzepte und die Förderung von Energiegenossenschaften sowie weitere Maßnahmen für mehr Dezentralisierung und Bürgerbeteiligung.
- Wir haben die Kommunalordnung geändert, damit sich die Städte und Gemeinden stärker wirtschaftlich in dem Wachstumsmarkt Energiewende engagieren können.
- Wir haben unsere Kommunen bei der Rekommunalisierung der Energieversorgung beraten und unterstützt.
- Wir haben das Förderprogramm „Thüringen-GreenTech“ mit einem Volumen von 280 Millionen Euro auf den Weg gebracht.
- Wir haben die Thüringer Energieeffizienz-Offensive (ThEO) auf den Weg gebracht, um Beratung und technische Ausstattung in diesem Bereich zu fördern. Allein durch das 1000-Dächer-Programm konnten 200 neue Photovoltaik-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 11 Megawatt mit rund 3,4 Millionen Euro gefördert werden.

Das werden tun:

- Wir wollen den Anteil der Erneuerbaren Energien weiter erhöhen. Wir bekennen uns zum Ziel, einen Anteil Erneuerbarer Energien am Nettostromverbrauch bis 2020 von 45 % und am Endenergieverbrauch bis 2020 von 30 % zu erreichen. Mit Blick auf die Rahmenbedingungen, die durch die neue Bundesregierung gesetzt wurden, wird es in Thüringen notwendig sein, ein neues Energiekonzept auf den Weg zu bringen. Im Dialog mit der Bundesregierung und

den anderen Ländern werden wir unseren Beitrag zu einem integrierten, bundesweiten Ausbaukonzept leisten.

- Die Energiewende ist vor allem eine gewaltige Koordinierungsaufgabe. Wir wollen deshalb die Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur (ThEGA) als zentrale Koordinierungsstelle der Energiewende stärken. Doppelstrukturen werden wir beseitigen. Denn die regionale Wertschöpfung im Bereich der Erneuerbaren bietet erhebliches Potenzial. Zu diesem Zweck wollen wir die ThEGA konsequent zu einer Netzwerk-, Cluster- und Berater-Institution ausbauen, bei der alle landesweit relevanten Aktivitäten gebündelt werden. Die Förderung von energieeffizienten und ressourcenschonenden Projekten wird in der nächsten Legislaturperiode eine Querschnittsaufgabe bleiben. Damit begleitet Thüringen den internationalen Trend hin zu „Grünen Märkten“.
- Wir unterstützen kommunale Konzepte und die Förderung von Energiegenossenschaften. Denn Energie in Bürgerhand fördert die Akzeptanz der Energiewende, schafft individuelle Teilnahme und sensibilisiert für ein modernes, verantwortungsvolles und nachhaltiges Zeitalter. Auf diese Weise werden die Erlösströme weg von großen Energieversorgern und zurück in unsere Region geführt. In Thüringen gibt es derzeit knapp 40 Bürgerenergiegenossenschaften; diese Zahl wollen wir erhöhen. Dadurch können wir die Importkosten für fossile Energien senken, zusätzlich Arbeitsplätze vor Ort schaffen und attraktive Einnahmen vor Ort generieren. Im Jahr 2012 hat es durch den Ausbau und die Nutzung der Erneuerbaren Energien in Deutschland eine kommunale Wertschöpfung in Höhe von 17 Milliarden Euro gegeben. Dieses Potenzial müssen auch wir in Thüringen nutzen.
- Entgegen vieler öffentlicher Behauptungen ist die Energieerzeugung mittels Sonne und vor allem Wind eine besonders kostengünstige Form der Erneuerbaren Energien. Wir sehen in der Produktion und Nutzung sowohl der Solar- als auch der Windenergie eine Zukunftschance für Thüringen. Deshalb wollen wir die Kompetenzen im Bereich der Photovoltaik stärken und eine sachliche Diskussion um neue Windenergiestandorte führen. Ziel ist es, eine Verdreifachung der Windenergienutzung von derzeit rund 0,3 % auf 1 % der Fläche Thüringens zu realisieren. „Im Bezug auf die in vergleichbaren Flächenländern formulierten Ziele ist dies moderat.“
- Die größte Herausforderung bei der Systemintegration von Wind- und Solarenergie ist ihre unstete Erzeugung. Deshalb werden weiterhin schnell regelbare Kraftwerke benötigt. Dazu gehören jedoch nicht nur moderne Gaskraftwerke, sondern auch grundlastfähige Formen der Erneuerbaren Energien wie Biogas und Erdwärme. Bei Biogas werden wir Nutzungskonkurrenzen verhindern und die Nachhaltigkeit stärken. Eingesetzt werden sollten vorwiegend Rest- und

Abfallstoffe; die Energieerzeugung muss systemdienlich erfolgen.

- Zu den Erzeugungsformen mit dem höchsten Wirkungsgrad gehört die energie- und CO₂-arme Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Unser Ziel ist die stärkere Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung im privaten wie gewerblichen Bereich. Wir wollen ein Thüringer Programm zum Ausbau der KWK auf den Weg bringen. Darüber hinaus werden wir die Thüringer Energieeffizienz Offensive profilieren und ausbauen.
- In der nächsten Legislaturperiode werden wir zudem das Kriterium „Ressourceneffizienz“ in die Förderpolitik einführen.
- Durch die Debatte um steigende Strompreise tritt viel zu häufig in den Hintergrund, dass die Ausgabenposten Wärme und Benzin die privaten Haushalte weitaus stärker belasten. Wir wollen deshalb den Einsatz von Erneuerbaren Energien im Bereich Wärme ausbauen und entsprechende Förderansätze entwickeln. Dabei verfolgen wir eine konsequente Dreifachstrategie aus verstärktem Einsatz von Erneuerbaren Energien, der Modernisierung der Heizungsanlagen und der energetischen Gebäudesanierung. Zudem

unterstützen wir den Ausbau der Elektromobilität in Thüringen, um frühzeitig einen Zukunftsmarkt zu besetzen, Mobilität kostengünstiger zu gestalten und den Anteil der CO₂-Emissionen im Straßenverkehr zu senken. Eine starke Rolle sehen wir beim „Thüringer Innovationszentrum für Mobilität“. Wir wollen die Projektansätze nutzen, die im Rahmen des „Schaufensters Elektromobilität“ entwickelt wurden.

- Zur zügigen und planungssicheren Umsetzung der Energiewende gehört auch der Um- und Ausbau der Stromnetze, weil die Erneuerbaren Energien nicht immer dort erzeugt werden, wo auch die industriellen Verbrauchszentren liegen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass der bisherige maßgebliche Beitrag Thüringens beim Ausbau der Übertragungsnetze anerkannt und berücksichtigt wird. Wir fordern eine gerechte Lastenverteilung und die Prüfung von Alternativen. Wir stehen dafür, dass Ausbau vor Neubau geht und vorhandene Optimierungspotenziale bei den bestehenden Netzen genutzt werden. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Netze müssen synchronisiert werden.

THÜRINGENS VIELFALT ERLEBEN

Thüringen ist ein Erlebnis. Viele lieben dieses Land und seine ganz eigene Mischung aus Natur, Kultur und Lebensqualität. Wir wollen diesen besonderen Charakter Thüringens lebendig halten und für alle – Thüringerinnen und Thüringer wie Gäste – erlebbar machen. Dazu gehören spannende Sportangebote genauso wie Kammerkonzerte, Freilicht-Festivals und erholsame Naturspaziergänge.

KULTURLAND THÜRINGEN – KREATIVITÄT FREIRAUM GEBEN

Thüringen ist Kulturland. Thüringen ist verbunden mit großen Namen: Luther, Bach, Goethe oder das Bauhaus haben von Thüringen aus die europäische Kulturgeschichte geprägt. In Eisenach, Gotha und Erfurt finden sich zentrale Traditionsstätten der deutschen Arbeiterbewegung. Thüringen ist ein Land der Aufbrüche, aber auch ein Ort der dunklen Kapitel deutscher Geschichte. Heute zeichnet sich Thüringen durch eine einzigartig dichte und blühende Kulturlandschaft aus: eine reiche Theater- und Orchesterlandschaft, Museen mit herausragenden und einzigartigen Sammlungsbeständen, eine lebendige Literatur- und Kunstszene und eine kreative Soziokultur. Die Thüringer Kultur steht wieder für neue Ideen und Aufbrüche.

Die Thüringer SPD setzt sich dafür ein, das reiche kulturelle Erbe Thüringens zu erhalten, die Kulturlandschaft des Freistaats weiter zu entwickeln und gleichzeitig den

Kulturschaffenden die nötigen Freiräume zu eröffnen, um ihre Visionen umzusetzen. Für uns steht fest: Die Thüringer Kultur ist nicht der Steinbruch der Haushaltskonsolidierung. Neue Ideen und Kreativität brauchen Freiräume, um sich zu entfalten. Wir setzen uns für eine Verstärkung der Kulturausgaben ein.

Das haben wir erreicht:

- Seit 2009 prägt der offene Dialog mit den Kulturschaffenden, den Kommunen, den Kulturträgern und den Bürgerinnen und Bürgern unseren Weg. Im Rahmen des Kulturforums wurde 2011 gemeinsam ein Leitbild Kultur für den Freistaat Thüringen erarbeitet. Als erstes Bundesland hat sich Thüringen ein solches Leitbild gegeben und ist damit deutschlandweit Vorreiter. Dabei haben wir erfolgreich die Sicht auf Kultur geändert. Kultur ist für uns nicht etwas, was man sich leisten kann, sondern was man sich leisten muss. Kultur prägt das Selbstverständnis der Thüringerinnen und Thüringer. Kultur ist maßgeblich für das Image und die Lebensqualität des Landes.
- Ausgehend vom Leitbild wurde das Kulturkonzept des Freistaats erarbeitet. Es ist unser Bekenntnis zur Zukunft des Kulturlands Thüringen. Es zeigt, was Thüringen heute zu bieten hat und wo wir die Perspektiven für das Kulturland Thüringen sehen.
- Die Ideen des Kulturkonzepts sind mit harten Zahlen untermauert. Lagen 2009 die gesamten Kulturausgaben des

Landes bei 123 Millionen Euro, so werden es dank unseres Einsatzes im Jahr 2014 155 Millionen Euro sein. Wir haben die Kulturfinanzierung in Thüringen so auf ein sicheres Fundament gesetzt.

- Wir haben geschafft, woran sich die Vorgängerregierungen die Zähne ausgebissen haben. Es gab keine Debatte um die Zukunft eines Orchesters und Theaters, aber es gab einen intensiven Dialog zur Leistungsfähigkeit und Strahlkraft unserer Theater- und Orchesterlandschaft. Denn für uns war klar: Die Theater und Orchester gehören zur Region und zum Land. Die Förderung der Thüringer Theater und Orchester haben wir erhöht.
- Kulturelle Teilhabe muss allen möglich sein. Gerade unseren Kindern. Hier setzt das Programm „Kulturagenten“ an. Die Kulturagenten führen Schülerinnen und Schüler an die Kultur heran. Im Fokus stehen dabei Kinder, die bislang Kulturangebote nur wenig nutzen. Unsere Kulturagenten öffnen die Türen von Museen, Theatern und Ateliers und begeistern Kinder mit ihren Angeboten für die Kultur.
- Museen sind unser historisches Gedächtnis. Sie sind unverzichtbare Bildungs- und Forschungsstätten. Die Thüringer Museen sind Publikumsmagneten: Vier Millionen Besucher pro Jahr sprechen für sich. Wir haben die Museen gestärkt und die Förderung des Landes deutlich erhöht. Denn nur so können wir die hohe Qualität unserer Museen erhalten.
- Die jüdische Kultur und ihre Traditionen gehören zu den Fundamenten der europäischen und thüringischen Identität. Die Alte Synagoge in Erfurt, die dortige Mikwe, der Erfurter Goldschatz und die mittelalterlichen Handschriften sind Zeugnisse dieser großen Geschichte und eines auch heute wieder blühenden jüdischen Lebens. Wir setzen uns dafür ein, dass Erfurt für die Stätten des mittelalterlichen jüdischen Lebens den UNESCO-Welterbetitel erhält. Den Antrag der Stadt Erfurt unterstützen wir mit aller Kraft.
- Wir stehen für ein würdiges Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, für Aufarbeitung, Forschung und Vermittlung. Die Arbeiten für die neue Dauerausstellung zur Geschichte des Konzentrationslagers Buchenwald haben begonnen. Mit dem Antrag zur Aufnahme des ehemaligen Lagergeländes des Konzentrationslagers Buchenwald als elementares Zeugnis der nationalsozialistischen Verbrechen und der Geschichte des 20. Jahrhunderts in das UNESCO-Welterbe haben wir die Bedeutung des Doppelorts Weimar-Buchenwald hervorgehoben: auf der einen Seite der Geist der großen deutschen Dichter und Denker, auf der anderen Seite der Nationalsozialismus als dunkelstes Kapitel der deutschen Geschichte. Die Erinnerung an beide Seiten der Geschichte darf nicht verblassen.
- Das Aufarbeiten der SED-Diktatur ist ein wichtiges Anliegen für uns alle. Um auch für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in die Zukunft wirkende Strukturen zu schaffen,

haben wir uns von einer Historikerkommission beraten lassen. Ihre Empfehlungen für eine Landesförderkonzeption sind nun Grundlage für die Projektförderung durch das Land. Die Zusammenführung der Stiftung „Gedenken – Erinnern – Lernen“ mit der Stiftung Ettersberg hat die Gedenkstättenarbeit auf eine verlässliche Basis gestellt. Das ehemalige Stasi-Gefängnis in der Erfurter Andreasstraße ist zu einem überregional sichtbaren Gedenk- und Lernort geworden.

- Das Bauhaus war ein weltweit bedeutsamer Aufbruch aus Thüringen in die Moderne. Walter Gropius und seine Mitstreiter setzten auf die gebündelte Kraft von Kunst und Handwerk, von Architektur und Design. In Weimar befindet sich die Wiege des Bauhauses. Den jahrelangen Streit über den richtigen Standort des Bauhaus-Museums haben wir gelöst. In einem internationalen Architektenwettbewerb wurde der bestmögliche Entwurf für die Gestaltung des Neubaus ausgewählt. Auf dieser Basis entsteht nun das neue Museum. In dem von uns mit initiierten länderübergreifenden Bauhaus-Verbund sorgen wir dafür, dass das Bauhaus und seine Thüringer Wurzeln bis zum Jubiläumsjahr 2019 mit vielen Veranstaltungen und Ausstellungen der internationalen Öffentlichkeit angemessen präsentiert werden.
- Wir haben die Finanzmittel für das Projektmanagerprogramm deutlich erhöht. So haben wir auf vielen Feldern neue Spielräume für kulturelle Innovationen geschaffen. Auch viele andere Bereiche, wie die Literatur, die Musik und die Museen, wurden finanziell gestärkt, um so die gute Arbeit der Einrichtungen und Vereine auf hohem Niveau fortführen zu können.
- Wir haben den Kulturlastenausgleich eingeführt. Mit ihm werden Kommunen mit einem besonders reichen kulturellen Erbe und einer dichten Kulturszene unterstützt. Im Haushalt 2013/2014 stehen dafür jährlich 9 Millionen Euro bereit. Diesen Kulturlastenausgleich werden wir fortführen.
- Wir fördern die Entwicklung regionaler Kulturentwicklungskonzeptionen. Mit ihnen wollen wir gemeinsam mit den Kommunen und Landkreisen neue Formen der Zusammenarbeit und Partnerschaften zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur auf den Weg bringen, die sich über die kommunalen Grenzen und kulturelle Sparten hinweg bilden. Hierzu fördern wir die Erarbeitung regionaler Kulturentwicklungskonzeptionen in den beiden Modellregionen Hildburghausen/Sonneberg und Nordhausen/Kyffhäuser.
- Wir haben zahlreiche Investitionen in die kulturelle Infrastruktur angestoßen und zum Erfolg geführt. Das Meininger Theater erstrahlt nach der Generalsanierung in neuem Glanz. Das Gästehaus der Landesmusikakademie wurde fertiggestellt.

- Wir haben neue Aufbrüche in Weimar und Gotha ermöglicht. Das Goethe-Schiller-Archiv wurde mit 9,5 Millionen Euro grundsanitiert und erweitert. Die Bauplanungen für das Schloss laufen. Mit einer Förderung von 40 Millionen Euro soll bis zum Jahr 2023 das neue Zentrum des Kosmos Weimar entstehen. In Gotha haben wir gemeinsam mit der Stadt die letzten Hürden auf dem Weg zum Barocken Universum Gotha aus dem Weg geräumt. Dort ist ein neuer kultureller Leuchtturm entstanden. Allein in den ersten beiden Monaten nach seiner Eröffnung lockte das neue Herzogliche Museum 30.000 Besucher an.

Das werden wir tun:

- Wir setzen uns für eine Verstärkung der Kulturausgaben ein, auch wenn der Landeshaushalt in ihrem Gesamtumfang sinken wird.
- Wir stehen für den Erhalt der reichen und traditionsreichen Thüringer Orchester- und Theaterlandschaft. Gemeinsam mit den kommunalen Trägern und dem partizipierenden Umland wollen wir auch künftig allen Theatern und Orchestern finanzielle Planungssicherheit mit langfristigen Finanzierungsvereinbarungen geben, um so eine gute künstlerische Entwicklung zu ermöglichen.
- Die Projektförderung trägt maßgeblich dazu bei, dass neue Ideen eine Chance zur Verwirklichung erhalten. Das von uns gestärkte Projektmanagerprogramm ermöglicht die Umsetzung von größeren, landesweiten Vorhaben. Daran wollen wir festhalten und auch zukünftig Landesmittel in gleicher Höhe zur Verfügung stellen. Gleichzeitig wollen wir für die Landesverbände und Landesarbeitsgemeinschaften mit der Einführung einer mehrjährigen Förderung finanzielle Planungssicherheit schaffen.
- Wir wollen es den Kulturschaffenden ermöglichen, sich ganz auf ihre Projekte zu konzentrieren. Deshalb wollen wir bürokratische Lasten abbauen und die Förderung flexibilisieren.
- Wir wollen die Welt dazu einladen, die großen und die vielen versteckten Schätze des Kulturlands Thüringen zu entdecken. Mit dem weiteren Ausbau eines multimedialen virtuellen Portals soll Menschen in aller Welt das Kulturland Thüringen ansprechend präsentiert werden. Portale sollen an besonders bekannten Orten wie zum Beispiel Weimar den Touristen aus aller Welt die Schatzkammer Thüringen vorstellen und Lust machen auf längere Besuche und neue Entdeckungen in Thüringen.
- Wir wollen die Möglichkeiten von digitalen Angeboten für die Teilhabe und die Vermittlung unseres kulturellen Erbes stärker nutzen. Dazu wollen wir den weiteren Aufbau eines zentralen Kultur- und Wissensportals weiter vorantreiben und als Beitrag Thüringens zur Deutschen Digitalen Bibliothek profilieren. Hierbei werden wir die Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden gezielt bei Erstellung ihrer Angebote unterstützen. Den Zugang zu den wertvollen Beständen der Archive wollen wir für die Forschung und interessierte Öffentlichkeit durch eine Digitalisierungsinitiative erleichtern.
- Wir haben die Museumsförderung deutlich erhöht und stehen auch in Zukunft gemeinsam mit den Kommunen für die finanzielle Sicherheit der Museen ein. Wir wollen zur Stärkung der pädagogischen und wissenschaftlichen Arbeit in den Museen ein Volontariatsprogramm starten.
- Wir stehen für ein würdiges Gedenken. Wir wollen die Erinnerungen der Verfolgten und Häftlinge für alle Zeit respektvoll bewahren und gleichzeitig die Bildungs- und Forschungsarbeit der Gedenkstätten im Dienste des Austauschs, der Verständigung und der Demokratie weiter stärken.
- Mit einer gezielten Förderpolitik wollen wir gemeinsam mit den Kommunen das Angebot der Musik- und Jugendkunstschulen erhalten. Gerade im ländlichen Raum muss es Ziel sein, dass Jugendliche diese Angebote auch in Zukunft nutzen können. Zudem wollen wir die Kooperationen mit anderen Kultureinrichtungen stärken.
- Bibliotheken sind nicht nur Orte der Information, sondern in vielen Gemeinden und Städten auch Orte der Begegnung, des Austausches und ein Mittelpunkt des kulturellen Lebens. Es muss auch zukünftig darum gehen, gemeinsam mit den Kommunen dieses Angebot zu erhalten. Wir wollen die Bibliotheken als außerschulischen Lernort stärken und mehr in die schulische Arbeit integrieren.
- Thüringen ist das Land von Goethe und Schiller, eine Landschaft der deutschen Dichtung. Dieser Tradition fühlen wir uns verpflichtet. Wir wollen die Thüringer Literaturfestivals und damit die überregionale Präsentation der Thüringer Autoren weiter unterstützen. Die Leseförderung in den Schulen wollen wir mit dem Ziel weiterentwickeln, bei den jungen Thüringern schon früh die Freude an Literatur zu wecken.
- Soziokultur in den Kommunen lädt dazu ein, Kultur zu erleben und eigene Ideen zu verwirklichen. Wir wollen die wichtige Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur weiter fördern. Gleichzeitig wollen wir Innovationen und die Umsetzung von neuen Ideen durch eine unbürokratische und flexible Projektförderung unterstützen.
- Thüringen ist Musikland. Tradition und Innovation beflügeln sich gegenseitig. Zahlreiche Festivals, wie die Thüringer Bachwochen oder der Güldene Herbst begeistern ein internationales Publikum. Junge Projekte, wie der Zughafen in Erfurt, setzen neue Akzente. Wir wollen diese Festivals und Projekte stärken und weiter profilieren. Mit ihnen wollen wir mehr Besucher aus dem In- und Ausland nach Thüringen locken.

- Thüringen ist Kernland der Reformation. Mit der Reformationsdekade und dem Reformationsjubiläum 2017 wollen wir Menschen aus aller Welt und mit unterschiedlicher Weltanschauung einladen, sich hier in Thüringen auszutauschen. Wir wollen Thüringen als Ort des Dialogs – über religiöse und kulturelle Grenzen hinweg – präsentieren.

LEBENSQUALITÄT DURCH SAUBERE UMWELT UND NATURSCHUTZ

Thüringen ist weit über seine Grenzen hinaus als das grüne Herz Deutschlands für seine einzigartige Natur bekannt. Natur und Landschaft bieten mit ihrer Vielfalt und Schönheit nicht nur Thüringern ein lebenswertes Umfeld und Raum für Erholung.

Umwelt- und Ressourcenschutz gehören zu den wichtigsten Themen unserer Zeit. Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, Ressourcen und der biologischen Vielfalt sind nicht nur eine ökologische Herausforderung, sondern sie entscheiden auch wesentlich über unsere soziale und ökonomische Zukunft. Umweltschutz ist für uns deshalb kein ökologisches Nischenthema, sondern von hoher Bedeutung. Nachhaltigkeit wird so immer mehr zu einem Kennzeichen einer erfolgreichen Volkswirtschaft und die Umwelttechnologien zu einem wichtigen Impuls für Wachstum und Beschäftigung. Ökonomie und Ökologie sind für Sozialdemokraten keine Gegensätze, vielmehr gilt es, sie durch kluge Politik in Einklang zu bringen.

Gute Luft, saubere Gewässer, Schutz vor Lärm – für uns ist Umwelt- und Ressourcenschutz immer ein Beitrag zu mehr Lebensqualität, auf die alle Bürger Anspruch haben. Wir brauchen deshalb weitere Fortschritte etwa bei der Energieeffizienz, der Senkung des Ressourcenverbrauchs, bei der ökologischen Landwirtschaft und bei der Bereitstellung gesunder Lebensmittel.

Das haben wir erreicht:

- Im Oktober 2011 haben wir die Thüringer Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt beschlossen. Diese Strategie wirkt dem anhaltenden Schwund von Tier- und Pflanzenarten sowie ganzen Lebensräumen entgegen. Die Strategie ist auf das Jahr 2020 ausgerichtet und formuliert Ziele für den Arten- und Lebensraumschutz und eine stärkere Integration von Biodiversitätsbelangen in die Land- und Forstwirtschaft. Wir haben uns darauf verständigt, einen Flächenanteil der Wälder von mindestens 5 % der Waldfläche (25.000 Hektar) aus der Nutzung zu nehmen.
- Wir haben mehr als 100.000 Hektar gefahrenanfällige Waldbestände zu artenreichen, stabilen und damit risikoreicheren und leistungstärkeren Mischwäldern gestaltet.
- Wir haben eine Verdreifachung der Mittel für die Stiftung Naturschutz auf 9,1 Millionen Euro erreicht.

- Wir haben die Aufnahme des Nationalpark Hainich in das UNESCO-Weltnaturerbe erreicht und verhindert, dass der Nationalpark Teil der neu gegründeten Forstanstalt wurde.
- Seit 2004 besteht das Nachhaltigkeitsabkommen Thüringen mit unserer Wirtschaft. Damit stärken wir nicht nur das Umwelt-/Nachhaltigkeitsbewusstsein in den Unternehmen, sondern tragen auch zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Thüringen bei. Seitdem wir im November 2011 die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet haben, sind alle Ministerien aufgefordert, bei allen wesentlichen Projekten den Grundsatz der Nachhaltigkeit zu berücksichtigen.
- Wir schützen unsere Gewässer. Die Einleitung von Salzabwässern aus der Kaliproduktion in die Werra wurden reduziert und deren Versenkung in den Untergrund wurden in Thüringen endgültig eingestellt.
- Wir haben Thüringen als gentechnikfreie Region etabliert: Der Freistaat Thüringen ist dem Europäischen Netzwerk „Gentechnikfreie Regionen“ beigetreten und auf landeseigenen bzw. vom Land verpachteten Flächen dürfen keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden.

Das werden wir tun:

- Die biologische Vielfalt ist Grundlage unseres Lebens, Handelns und Wirtschaftens. Die Thüringer Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt wollen wir konsequent vorantreiben. Die Strategie verfolgt das Ziel, bis 2020 den Erhaltungszustand von 50 % der bedrohten Arten zu verbessern, für die Thüringen auch internationale Verantwortung im Rahmen von Natura 2000 trägt.
- Ein Teil der biologischen Vielfalt ist vor allem in nutzungs-freien Waldgebieten zu Hause. Bestimmte Tier-, Pflanzen- und Pilzarten benötigen alte Bäume und Totholz als Lebensraum. Wir halten am Ziel fest, mindestens 5 % unseres Waldes, also 25.000 Hektar, aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen und damit die Biodiversitätsstrategie des Bundes umzusetzen. Hierzu gehören vor allem auch großräumige Flächen, denn nur so können die anspruchsvollen Natur- und Artenschutzziele erreicht werden. Die für die Sicherung der heimischen Artenvielfalt sowie zum Erhalt der Lebensraum- und Landschaftsvielfalt dafür wichtigen Förderprogramme, wie KULAP und ENL, wollen wir weiter fortführen und ausreichend ausfinanzieren. Das ENL-Programm soll dabei ab 2015 mindestens mit 7 Millionen Euro ausgestattet sein. Die Stiftung Naturschutz in Thüringen wollen wir strukturell und finanziell stärken.
- Wir werden unsere wunderbaren Naturlandschaften wie den Nationalpark Hainich, die Biosphärenreservate Vesertal und Rhön und unsere Naturparke weiter fördern und entwickeln. Das Naturschutzgroßprojekt Hohe Schrecke werden wir positiv begleiten. Wir werden in einen

moderierten Dialog mit allen Beteiligten zur Einrichtung eines länderübergreifenden Biosphärenreservats Gipskarstlandschaft im Südharz eintreten. Die mit Unterstützung des Bundes und der EU laufenden Naturschutzgroßprojekte wollen wir weiterhin verfolgen.

- Der Klimawandel ist eine Schlüsselherausforderung unserer Zeit. Die klimatischen Veränderungen haben weit reichende Folgen. Handeln ist dringend geboten, die Ursachen des Klimawandels müssen eingedämmt und Anpassungen an die veränderten Bedingungen vorgenommen werden. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 mindestens 95 % der CO₂-Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 zu reduzieren. Dieses Ziel wollen wir auch in Thüringen erreichen. Erste Schritte sind bereits eingeleitet: die Neuausrichtung unserer Energiepolitik, die Gründung der Thüringer Klimaagentur, die Förderung des kommunalen Klimaschutzes oder die Erarbeitung eines Klimaanpassungsprogramms. Darüber hinaus wollen wir ein eigenes Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen und gemeinsam mit der Wohnungsbau- und der Verkehrsbranche verbindliche Vereinbarungen treffen.
- Wir vereinbaren ein neues Nachhaltigkeitsabkommen mit der Thüringer Wirtschaft. Ein verantwortungsbewusstes Verhalten der Wirtschaftsakteure und der Verbraucherinnen und Verbraucher trägt wesentlich zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen und der biologischen Vielfalt bei.
- Wir lehnen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab. Wir wollen Bürger und Natur im Freistaat vor den Gefahren der sogenannten grünen Gentechnik schützen. Die Nutzung gentechnisch veränderter Pflanzen im Freistaat schadet nicht nur dem Image „Thüringer Qualität“ sondern birgt auch unabschätzbare Risiken. Wir setzen daher unsere Mitarbeit im Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen engagiert fort. Um das Thüringer Engagement weiter zu unterstreichen, streben wir in der kommenden Legislatur den Vorsitz im Netzwerk an.
- Wir wollen unsere Gewässer besser schützen. Saubere Flüsse und Seen sowie sauberes Grundwasser sind eine wichtige Lebensgrundlage. Eine geordnete Abwasserbeseitigung ist dafür unerlässlich. Trotz massiver Förderung hinkt Thüringen im Ländervergleich hinterher. Wir werden auch künftig Fördermittel insbesondere im ländlichen Raum zur Verfügung stellen. Wir werden künftig dezentrale technische Konzepte gleichwertig fördern und auf eine effiziente Aufgabenerledigung dieser für die Daseinsvorsorge so zentralen Aufgabe achten. Wir halten auch nach wie vor an dem Ziel fest, die Werra zu einem naturnahen Gewässer zu machen. Wir werden deshalb weiter darauf hinwirken, die Voraussetzungen für die Genehmigungsfähigkeit und Machbarkeit einer Nordsee-Pipeline zu schaffen.
- Eine Privatisierung der Fernwasserversorgung lehnen wir strikt ab. Dort, wo es sinnvoll und möglich ist, streben wir eine Nachnutzung der von der Thüringer Fernwasserversorgung zu unterhaltenden, aber für die Trinkwassersicherung nicht mehr benötigten Talsperren an. Damit wollen wir zum einen Kosten reduzieren, um stabile, möglichst einheitliche Fernwasserpreise zu garantieren. Zum anderen leisten wir damit einen Beitrag zur umweltfreundlichen Erzeugung und Speicherung von Energie.
- Wir setzen uns für Bodenschutz ein. Böden dienen als Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen. Sie sind jedoch nicht unbegrenzt belastbar. Wir wollen deshalb künftig sicherstellen, dass für jede neue Flächenversiegelung ein Ausgleich geschaffen wird, zum Beispiel durch den Rückbau von un- oder untergenutzter Infrastruktur.
- Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die risikoreiche Gasgewinnung (Fracking-Methode) generell und flächendeckend in ganz Deutschland verboten wird.
- Wir wollen einen eigenständigen Tierschutz- und Tiergesundheitsbericht erarbeiten und herausgeben, um dem Tierschutz – auch öffentlich – einen höheren Stellenwert einzuräumen. Wir setzen uns im Bundesrat dafür ein, dass im Baugesetzbuch der Zubau von Intensivtierhaltungsanlagen eingeschränkt wird. Wir werden mit den Akteuren im Tierschutz die Einführung eines Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzverbände beraten und prüfen.

SPORT – AKTIV DURCHS LEBEN

Sport übernimmt in unserer Gesellschaft wichtige Aufgaben. Er stiftet Gemeinschaftsgefühl, trägt maßgeblich zur Gesunderhaltung bei und vermittelt Werte wie Fairness. Sport und Sportvereine haben auch Einfluss auf wirtschaftliche und touristische Entwicklungen. Darum setzen wir uns dafür ein, angemessene Rahmenbedingungen für den Sport abzusichern und eine auskömmliche Finanzierung zu gewährleisten.

Das haben wir erreicht:

- Es ist uns gelungen, die Mindestfördersumme des Landessportbundes im Rahmen des Glücksspielgesetzes (8,81 Millionen Euro) bis einschließlich 2016 festzuschreiben und somit eine Planungsgrundlage für den Thüringer Landessportbund zu erhalten.
- Wir haben die Ausgaben für die investive und nichtinvestive Sportförderung stabil gehalten. Dadurch waren dringende Investitionen im Breitensport möglich (z.B. Sporthalle in Elxleben, Kaulsdorf, Bad Berka, Greiz, Schalkau sowie die Riethalle in Erfurt, Stadien in Sonneberg, Bad Köstritz, Heiligenstadt, Ilmenau und Sanierung der Schwimmhallen in Gotha und in Ilmenau).

- Wir haben ein „Oberhofkonzept“ erarbeitet und gemeinsam mit den Akteuren vor Ort die Umsetzung in Angriff genommen. Was über Jahre verschleppt wurde, ist uns gelungen: Wir haben die Strukturen und Trägerschaft der Sport- und Freizeitanlagen in Oberhof in einem Zweckverband mit Beteiligung des Landes geordnet. Dies ist eine wichtige Voraussetzung um den Wintersport- und Tourismusstandort Oberhof dauerhaft zu sichern. Zudem haben wir wichtige Investitionen (in Höhe von 33 MillionenEuro) in Oberhof angeschoben.
- Thüringen konnte als Vorsitzland der Sportministerkonferenz wichtige bundespolitische Impulse im Bereich der Bekämpfung und Vorbeugung des Rechtsextremismus im Sport sowie bei der Stärkung des Ehrenamts im Sport setzen.

Das werden wir tun:

- Gemeinsam mit dem Landessportbund Thüringen soll partnerschaftlich ein „Pakt für den Sport“ erarbeitet werden, der folgende Schwerpunkte setzt:
- Finanzierung: Die gesellschaftliche Rolle des Sports erfordert eine stabile finanzielle Grundlage. Wir wollen die Arbeit des Landessportbundes verlässlich finanzieren und seine Selbstständigkeit in der Prioritätensetzung unabhängig von Haushaltsverhandlungen stärken. Diese Finanzierung werden wir dauerhaft über Regelungen im Thüringer Glücksspielgesetz sichern.
- Sportstätten: Damit Sport nachhaltig in die Gesellschaft wirken kann, sind intakte Sportstätten notwendig. Wir wollen sicherstellen, dass allen Bürgerinnen und Bürgern ein angemessenes Betätigungsfeld für Sport angeboten wird. Das stärkt die Vereine und steigert die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden. Die Kommunen sind mit dem Erhalt bzw. Unterhalt von Sportanlagen stark belastet. Wir setzen uns dafür ein, dass für Vereine die Benutzung der Sportstätten insbesondere zum Lehr- und Übungsbetrieb kostenfrei bleibt. Wir werden mit einem Masterplan Sportstättenbau die Landesmittel verdoppeln. Das bedeutet zusätzliche Mittel in Höhe von 10 Millionen Euro jährlich, die dringend gebraucht werden um den Investitionsstau abzubauen. Zusätzlich wollen wir dazu beitragen, Anlagen noch stärker energetisch zu sanieren, um so Betriebskosten zu senken. Davon sind insbesondere Freibäder betroffen. Wir werden für diese Zwecke ein Sonderprogramm zur Sanierung von Freibädern von 2 Millionen Euro pro Jahr auflegen
- Wir werden die für die Traineranstellungen notwendigen Förderungen im Nachwuchsleistungssport erhöhen und langfristig sichern. Gemeinsam mit dem Sport wollen wir dafür sorgen, dass die Attraktivität des Trainerberufs im Nachwuchsleistungssport erhöht wird.“
- Nachwuchsgewinnung: Wie alle gesellschaftlichen Bereiche unterliegt auch der Sport den Auswirkungen des demografischen Wandels. Die Nachwuchsgewinnung wird immer mehr an Bedeutung gewinnen. Wir setzen uns dafür ein, die Zusammenarbeit zwischen Schule, Kindertagesstätten und Sportvereinen zu verbessern. Die Finanzierung von Kooperationsmaßnahmen soll ausgebaut werden. Es müssen Anreize geschaffen werden, die es Sportlehrerinnen und Sportlehrern ermöglichen, sportartspezifische Fortbildungen der Sportfachverbände regelmäßig zu besuchen und stärker mit Sportvereinen zusammenzuarbeiten. Wir wollen die Funktion der Sportkoordinatoren langfristig stärken und ihre Vernetzung fördern.
- Gesundheitsförderung: Bewegungsmangel, falsche Ernährung und Fehlbelastungen im Alltag schaden der Gesundheit. Wir wollen das Bewusstsein für sportliche Betätigung von Kindesbeinen an bis ins hohe Alter schärfen. Gemeinsam mit dem Landessportbund Thüringen haben das Sozial- und das Bildungsministerium sowie die AGETHUR das Konzept „Bewegte Kinder – fit für Thüringen“ Thüringer Bewegungsstrategie für Kinder 2015 bis 2020 erarbeitet. Ziele des Projektes sind unter anderem die Förderung körperlicher Aktivität der Kinder und von regelmäßiger Bewegung und Sport. Dazu sollen dauerhafte Bewegungsangebote geschaffen werden. Das Projekt soll durch den jeweiligen Kreis- bzw. Stadtsportbund koordiniert und durchgeführt werden. Zielgruppen sind Kitas, Grundschulen, Sportvereine und Familien. Die Schwerpunkte sollen dabei in sozialen Brennpunkten in Thüringen liegen, da hier die Probleme besonders häufig auftreten.
- Ehrenamt: Ehrenamtliche haben besonders in den ländlichen Bereichen eine weiter wachsende Bedeutung in der Sicherung sportlicher Angebote. Dies muss unterstützt und gewürdigt werden. Wir wollen besonders ehrenamtliche Sportvorstände entlasten. Wir setzen uns dafür ein, die Freiwilligendienste enger mit dem Sport zu verzahnen und die Thüringer Sportjugend als Projektträger zu stärken, damit Freiwillige die Sportvereine in Jugend- und Seniorenarbeit sowie bei Veranstaltungen unterstützen können. Mit dem Bildungsfreistellungsgesetz wollen wir das Ehrenamt nachhaltig unterstützen. Mit bis zu fünf Tagen Bildungsurlaub, die zum Besuch von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen bei anerkannten Bildungsträgern des organisierten Sports möglich sind, stärken wir das ehrenamtliche Engagement in den Sportvereinen.
- Wir wollen mit einem speziellen Ausbildungskonzept Spitzensportler unterstützen und für einen beruflichen Einstieg beim Land gewinnen. Das Land hilft dabei im Rahmen seiner Möglichkeiten, dass Spitzensport und Beruf unter einen Hut passen. Wenn die sportliche Laufbahn zu Ende ist, sollen den jungen Frauen und Männern Entwicklungs- und Aufstiegschancen offen stehen.

- In einer alternden Gesellschaft brauchen wir geeignete Sportangebote für Senioren. Die Grundlagen dafür, werden wir gemeinsam mit dem Landessportbund und den Krankenkassen in einer „Allianz für aktives Altern“ verbessern.

TOURISMUS STÄRKEN

Tourismus ist in Thüringen traditionell ein wichtiger Wirtschafts- und Beschäftigungssektor. Jährlich werden rund 3 Milliarden Euro umgesetzt. Rund 100.000 Personen verdienen in der Branche ihren Lebensunterhalt. Der Tourismus hat sich in Thüringen in den vergangenen Jahren vielerorts positiv entwickelt. Wir sind mit der „Landestourismuskonzeption 2011 – 2015“ auf einem guten Weg. Aber wir sind überzeugt: Thüringen hat noch deutlich mehr Potenzial in diesem wichtigen Wirtschaftsbereich.

Das haben wir erreicht:

- Mit der Landestourismuskonzeption Thüringen 2015 haben wir Qualität, Service sowie eine klare Imageprofilierung im Thüringer Tourismus geschaffen. Dabei konzentrieren wir uns vor allem auf unsere Stärken im Kultur- und im Natur-/Aktivtourismus. Mit dem Handlungskonzept „Wintersport- und Tourismuszentrum Oberhof“ haben wir damit begonnen Oberhof zu einer Wintersport- und Tourismushochburg auszubauen.
- Wir haben mit „Das ist Thüringen.“ und „Thüringen entdecken“ – die erfolgreichste Thüringer Standort- und Tourismuskampagne aller Zeiten gestartet. Als erstes deutsches Bundesland gewann Thüringen mit dem Wirtschaftsfilm der Standortkampagne bei den Cannes Corporate Media & TV Awards 2013 eine Auszeichnung.
- Wir haben uns für moderne Stadien in Erfurt und Jena stark gemacht. Die Europäische Kommission hat die Förderung für die geplanten Multifunktionsarenen genehmigt. Somit wurde der Stadt Erfurt im März 2013 ein Zuwendungsbescheid über rund 29 Millionen Euro übergeben. Noch in diesem Jahr soll mit dem Neubau begonnen werden.

Das werden wir tun:

- Wir wollen Thüringen als Tourismusstandort weiter stärken. Dafür werden wir die Landestourismuskonzeption

konsequent umsetzen und über das Jahr 2015 hinaus weiterentwickeln. Neben der kontinuierlichen Steigerung der Übernachtungszahlen müssen wir insbesondere die Qualität des Angebots verbessern. Dazu werden wir die koordinierende Funktion der „Thüringen Tourismus GmbH“ (TTG) ausbauen und das „Kompetenzzentrum Tourismus“ bei der TTG stärken. Denn hier liegen die touristische Produktentwicklung, die Klassifizierung und Zertifizierung von touristischen Dienstleistungen, die Kontrolle der Servicequalität und Weiterbildung in guten Händen.

- Wir werden den Wettbewerb „Tourismusbudget“ zur Stärkung der regionalen Zusammenarbeit fortsetzen. Mit diesem Wettbewerb wollen wir die touristische Infrastruktur weiter verbessern. Zuletzt konnten wir die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Hainich-Werratal mit dem Konzept „Hainichland – Aktiv in der Welterberregion“ fördern.
- Wir werden den Ausbau touristischer Highlights in Thüringen fördern und Thüringen als Reiseziel bewerben. Dazu werden wir die mittlerweile international prämierte gemeinsame Standort- und Tourismuskampagne gezielt fortführen.
- Wir wollen die Potenziale im Bereich Natur- und Aktivtourismus noch stärker nutzen. Soweit dies mit dem Schutzzweck vereinbar ist, soll die umweltschonende Entwicklung des Tourismus rund um unsere Nationalen Naturlandschaften gezielt gefördert werden. Besonders geeignet sind hier Formen des sanften Tourismus wie Wandern, Radwandern und Wassertourismus. Positive Beispiele, wie die Entwicklung der Weltnaturerberregion Hainich, sollen als Leuchtturm dienen und andere Regionen ermutigen, die enormen wirtschaftlichen Chancen von geschützter Natur zu nutzen.
- Wir wollen die nachhaltige Produktion regionaler Nahrungsmittel, Qualitätsgastronomie und Erlebnistourismus zusammen denken und fördern. Die Wertschöpfungspartnerchaft der Thüringer Ökolandwirtschaft und der Thüringer Gastronomen muss gestärkt und ausgebaut werden. Die Gastronomie kann Qualitätsprodukte und Spezialitäten aus der Region als Alleinstellungsmerkmal begreifen und nutzen. Wir werden dazu das Gespräch mit der Thüringer Ernährungswirtschaft, dem Hotel- und Gaststättenverband Thüringen und der Thüringer Tourismus Gesellschaft suchen.

MITGESTALTEN – MEHR DEMOKRATIE WAGEN

Mitmachen, Mitbestimmen, Verantwortung tragen – das sind wesentliche Elemente in einem demokratischen Gemeinwesen. Die Demokratie braucht Menschen, die sich beteiligen und in verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft einbringen. Dies ist nicht zuletzt auch eine Lehre aus den Erfahrungen vorausgegangener Diktaturen. Aufgabe der Politik ist es, dieses demokratische Engagement zu fördern und

Bedingungen zu schaffen, unter denen es wirksam werden kann.

Darum setzen wir uns seit jeher für Regelungen ein, die die direktdemokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben in Thüringen, in Deutschland und in der EU erleichtern. Diese politische Teilhabe schafft

Zusammengehörigkeit und ist Voraussetzung für eine Gesellschaft, in der Menschen mit unterschiedlichen politischen, religiösen sowie gesellschaftlichen Überzeugungen und verschiedener Herkunft gut zusammenleben können. Konstruktiv beteiligen kann sich jedoch nur, wer auch informiert ist. Umfassende und barrierefreie Bildungs- und Informationsangebote sind dafür ebenso wichtig wie die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen in Politik und Verwaltung.

So unverzichtbar es für eine lebendige Demokratie ist, dass sich die Bürgerinnen und Bürger politisch einbringen, so wichtig ist es, dass die politisch Verantwortlichen eine am Gemeinwohl orientierte Politik betreiben. Glaubwürdigkeit, Transparenz und das beständige Gespräch der politischen Entscheidungsträger mit den Menschen sind dabei von übertragender Bedeutung. Abgeordnete des Thüringer Landtags und die Mitglieder der Landesregierung tragen eine besondere Verantwortung gegenüber den Menschen in unserem Land.

Das haben wir erreicht:

- Durch die Wiedereinführung von Stichwahlen bei Bürgermeister- und Landratswahlen wurde die Legitimation der politischen Amtsträger in den Kommunen erheblich verbessert.
- Wir haben die Bannmeile um den Thüringer Landtag abgeschafft und damit das Demonstrationsrecht der Menschen im Freistaat gestärkt.
- Wir haben ein neues Informationsfreiheitsgesetz geschaffen, das den Zugang zu Akten der Verwaltung verbessert. Durch schnelle Akteneinsicht können Betroffene rechtzeitig gegen Fehlplanungen – zum Beispiel beim Bau von Leitungen oder Kläranlagen – vorgehen. Der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und Informationsfreiheit ist zu einem kompetenten Ansprechpartner für das Informationsrecht der Bürgerinnen und Bürger geworden.
- Wir haben gegen erhebliche Widerstände die Einrichtung eines Diskussionsforums zu wichtigen Gesetzgebungsvorhaben auf der Homepage des Thüringer Landtags durchgesetzt. Bürgerinnen und Bürger können sich durch dieses Instrument an der Diskussion beteiligen und werden in die Beratungen des Landtags einbezogen.
- Mit dem Gesetz über den Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur stellen wir sicher, dass die Auseinandersetzung mit dem Unrecht in der DDR fortgeführt wird. Dazu gehören eine umfassende Beratung der Opfer, Information, Bildung und wissenschaftliche Forschung sowie die Unterstützung der Opferverbände und Gedenkstätten, die im Thüringer Geschichtsverbund eine hervorragende Arbeit leisten.

- Wir haben erreicht, dass die Landeszentrale für politische Bildung in Erfurt weiterhin maßgeblich für die politische Bildungsarbeit in unserem Land verantwortlich ist und über auskömmliche finanzielle Mittel verfügt.
- Mit dem von uns verabschiedeten Gesetz zur Offenlegung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften der Abgeordneten des Thüringer Landtags werden die Parlamentarier mit Beginn der neuen Wahlperiode verpflichtet, Nebentätigkeiten, Nebeneinkünfte und Spenden anzuzeigen. Diese Angaben werden im Handbuch und auf der Homepage des Landtags veröffentlicht. Bei Verstößen gegen die Anzeigepflicht kann der Landtagspräsident ein Ordnungsgeld bis zur Höhe von 50 % der jährlichen Grundentschädigung verhängen.

Das werden wir tun:

- Auf Bundesebene setzen wir uns weiter aktiv für die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden ein. Entsprechende Vorstöße im Bundesrat werden wir aktiv unterstützen.
- Auch im Freistaat werden wir die direkte Demokratie weiter stärken. Auf Landesebene sollen die Hürden für den Bürgerantrag gesenkt werden. Das so genannte „Finanztabu“ für Volksbegehren soll künftig nur noch eingeschränkt gelten. Es muss möglich sein, Volksbegehren auf den Weg zu bringen, auch wenn damit (begrenzte) Auswirkungen für den Landeshaushalt verbunden sind.
- Wir werden das aktive Wahlalter für Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre senken. Aufgrund der demografischen Entwicklung in unserem Land geraten Jugendliche unweigerlich in eine Minderheitensituation. Wenn das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt wird, können sich in Thüringen rund 25.000 Jugendliche mehr für ihre Belange einsetzen. Durch gezielte Bildungsangebote in der Schule wollen wir die Jugendlichen auf ihre erste Wahl oder Abstimmung vorbereiten.
- Auf kommunaler Ebene werden wir die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden erleichtern, indem wir missverständliche oder überzogene Verfahrensbedingungen beseitigen. Darüber hinaus werden wir ermöglichen, dass Gemeinde- und Stadträte sowie Kreistage selbst Bürgerentscheide ansetzen können (sogenanntes Ratsbegehren). Die Stadt- und Gemeinderäte sollen zudem bei einem Bürgerentscheid eine Alternativvorlage mit zur Abstimmung stellen können. Diese Instrumente stärken die Rolle der Gemeinderäte in direktdemokratischen Verfahren.
- Das Verbot, Bürgerentscheide an Wahlen koppeln zu können, wollen wir aufheben. Außerdem sollen die Kommunen verpflichtet werden, vor einem Bürgerentscheid eine Informationsbroschüre an jeden Stimmberechtigten zu senden, in der Pro- und Contra-Argumente zur

anstehenden Entscheidung gleichberechtigt dargestellt werden. Dadurch können sich die Bürgerinnen und Bürger noch besser und wirksamer vor Ort einbringen.

- Als neues Instrument der direkten Demokratie führen wir eine Privatisierungsbremse ein. Sie sieht vor, dass öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge nur dann verkauft werden können, wenn die Bürgerinnen und Bürger der Privatisierung in einem Referendum zustimmen. Dadurch wollen wir erreichen, dass die langfristigen Interessen der Menschen nicht einem kurzfristigen Interesse an schnellen, einmaligen Erlösen zum Opfer fallen. Die Privatisierungsbremse soll gemeinsam mit der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse dafür sorgen, dass künftige Generationen einen ausreichenden finanziellen Spielraum für gestaltende Politik behalten.
- Wir sprechen uns für eine angemessene Karenzzeit beim Wechsel von Mitgliedern der Landesregierung sowie politischen Beamten in die freie Wirtschaft aus und werden das Ministergesetz und andere Regelungen dementsprechend novellieren. Den Kreis der politischen Beamten wollen wir auf das in anderen Ländern übliche Maß reduzieren.
- Wir wollen das Untersuchungsausschussgesetz novellieren und öffentlichkeitsfreundlicher gestalten. Jeder Interessierte soll künftig die Ausschussprotokolle über öffentliche Beweisaufnahmen einsehen können.

UNSERE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2014

WAHLKREISKANDIDATEN

NR.	WAHLKREIS	KANDIDAT/IN
001	Eichsfeld I	Birgit Pelke
002	Eichsfeld II	Ronny Fritzlar
003	Nordhausen I	Dagmar Becker
004	Nordhausen II	Andreas Wieninger
005	Wartburgkreis I	Jürgen Holland-Nell
006	Wartburgkreis II / Eisenach	Heidrun Sachse
007	Wartburgkreis III	Matthias Kehr
008	Unstrut-Hainich-Kreis I	Dr. Holger Poppenhäger
009	Unstrut-Hainich-Kreis II	Sandy Kirchner
010	Kyffhäuserkreis I	Dorothea Marx
011	Kyffhäuserkreis II	Uwe Ludwig
012	Schmalkalden-Meiningen I	Rolf Baumann
013	Schmalkalden-Meiningen II	Stephan Danz
014	Gotha I	Dr. Werner Pidde
015	Gotha II	Matthias Hey
016	Sömmerda I / Gotha III	Uwe Szpöt
017	Sömmerda II	Frank Weber
018	Hildburghausen I	Uwe Höhn
019	Sonneberg I	David Christian Eckardt
020	Hildburghausen II / Sonneberg II	Alexander Humann
021	Suhl / Schmalkalden-Meiningen III	Diana Lehmann
022	Ilm-Kreis I	Stefan Sandmann
023	Ilm-Kreis II	Eleonore Mühlbauer
024	Erfurt I	Torsten Haß
025	Erfurt II	Frank Warnecke
026	Erfurt III	Dr. Wolfgang Beese
027	Erfurt IV	Dr. Cornelia Klisch
028	Saalfeld-Rudolstadt I	Marion Rosin
029	Saalfeld-Rudolstadt II	Julienne Trempert
030	Weim. Land I / Saalf.-Rudolstadt III	Wilfried Regenhart
031	Weimarer Land II	Dirk Schütze
032	Weimar	Dr. Thomas Hartung
033	Saale-Orla-Kreis I	Kai Vöcking
034	Saale-Orla-Kreis II	Frank Roßner
035	Saale-Holzland-Kreis I	Michael Gauer
036	Saale-Holzland-Kreis II	Regine Kanis
037	Jena I	Christoph Matschie
038	Jena II	Jörg Vogel
039	Greiz I	Marie-Theres Mayer
040	Greiz II	Heike Taubert
041	Gera I	Kirsten Joachim Breuer
042	Gera II	Claudia Scheerschmidt
043	Altenburger Land I	Dr. Hartmut Schubert
044	Altenburger Land II	Norman Müller

LANDESLISTE DER SPD

1. Heike Taubert
2. Christoph Matschie
3. Dorothea Marx
4. Uwe Höhn
5. Eleonore Mühlbauer
6. Dr. Werner Pidde
7. Diana Lehmann
8. Frank Warnecke
9. Dagmar Becker
10. Dr. Hartmut Schubert
11. Marion Rosin
12. Matthias Hey
13. Birgit Pelke
14. Dr. Thomas Hartung
15. Claudia Scheerschmidt
16. Rolf Baumann
17. Regine Kanis
18. David Christian Eckardt
19. Dr. Cornelia Klisch
20. Dr. Holger Poppenhäger
21. Heidrun Sachse
22. Kirsten Joachim Breuer
23. Sandy Kirchner
24. Frank Weber
25. Julienne Trempert
26. Frank Roßner
27. Marie-Theres Mayer
28. Ronny Fritzlar
29. Romy Arnold
30. Dr. Jörg Vogel
31. Elena Unruh
32. Dirk Schütze
33. Irene Schlotter
34. Matthias Kehr
35. Anika Gruner
36. Stefan Sandmann
37. Hannelore Hauschild
38. Norman Müller
39. Constanze Höhn
40. Alexander Humann
41. Corinna Appenrodt, 42. Stephan Danz,
43. Martina Zentgraf-Christ, 44. Andreas Wieninger,
45. Janine Merz, 46. Wilfried Regenhart,
47. Uwe Ludwig, 48. Kai Vöcking,
49. Dr. Wolfgang Beese, 50. Jürgen Holland-Nell,
51. Uwe Szpöt, 52. Torsten Haß, 53. Michael Gauer,
54. Manfred Oswald, 55. Jörg Esser,
56. Alexander Burkhardt, 57. Emanuel Wolfram,
58. Michael Rosenbusch, 59. Martin Luckert,
60. Rainer Heuchel, 61. Andreas Haase,
62. Thomas Liehr, 63. Jörg Kühn

SPD-Landesverband Thüringen

Juri-Gagarin-Ring 158

99084 Erfurt

Telefon: +49 361 22844-0

Telefax: +49 361 22844-27

E-Mail: thueringen@spd.de

www.spd-thueringen.de

facebook.com/spdthueringen

twitter.com/spd_thueringen